



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>

Ger

WIDENER LIBRARY



HX 3CJI 6

Ger
2195
.48

Harvard College Library



FROM THE
**J. HUNTINGTON WOLCOTT
FUND**

GIVEN BY ROGER WOLCOTT [CLASS
OF 1870] IN MEMORY OF HIS FATHER
FOR THE "PURCHASE OF BOOKS OF
PERMANENT VALUE, THE PREFERENCE
TO BE GIVEN TO WORKS OF HISTORY,
POLITICAL ECONOMY AND SOCIOLOGY"



Drei und dreißig Sätze

vom

Deutschen Bunde.

Von

C. Franz.

Und gedächte jeder wie ich, so stünde die
Macht auf
Gegen die Macht, und wir erfreuten uns
alle des Friedens.
Götze, Herrmann und Dorothea.

Berlin, 1861.

Ferdinand Schneider.

Victoria-Strasse 11.

Ger 2195.48

✓



Wolcott

Weiß doch Jedermann, der im Denken einige Übung hat, wie wesentlich für den Erfolg einer jeden Untersuchung, die Fragestellung ist, so wesentlich, daß eine richtige Fragestellung fast immer schon die Hälfte der Lösung ist.

Wohl sagt das Sprüchwort: ein Narr kann mehr fragen als zehn Weise beantworten, aber die Weisen wissen auch, daß eine gute Frage selbst die Quelle aller Weisheit ist. Darum sind ja alle philosophischen Systeme selbst durch ihre Grundfrage charakterisirt, und gewissermaßen nur verschiedene Antworten auf verschiedene Fragen. So weit reichen die Folgen der Fragestellung selbst für das reine Denken, wo man doch immer noch die Freiheit behält, die Untersuchung hin und her zu wenden, und in jedem Augenblick von Neuem anzufangen. Aber wie muß es erst in der Politik gehen, wo jeder Schritt unmittelbare Folgen hat, die immer schwer und oft gar nicht zu redressiren sind, und wo man den Gang der Entwicklung nicht beliebig verändern kann, sondern einmal in eine gewisse Richtung hineingerathen, durch die Gewalt der Dinge selbst unaufhaltsam fortgetrieben wird.

Sieyès eröffnete die französische Revolution mit seinem bekannten Qu' est ce que le tiers état, weil er dadurch die Rechte des dritten Standes zur Grundfrage machte. Denn da sich nun der dritte Stand in Folge dessen als Nationalversammlung constituirte, so war die ganze alte Verfassung über den Haufen geworfen, und die beabsichtigte Reform zur unaufhaltsamen Revolution geworden.

Wir wollen damit kein Schreckbild aufstellen, denn gleich viel, ob es das in den deutschen Völkern vorherrschende

Rechtsgefühl, oder vielleicht die übergroße Schläffheit ist, wodurch eine totale Revolution bei uns verhindert wird, so halten wir eine solche jedenfalls für sehr unwahrscheinlich. Um so wahrscheinlicher aber, und (wenn die Art und Weise, wie die deutsche Frage bisher betrieben worden, noch lange fortbauert) ganz unvermeidlich ist eine zunehmende Verwirrung der öffentlichen Meinung, und steigende Zwietracht der Bundesglieder, wodurch die deutsche Kraft einstweilen gänzlich gelähmt, und bei einem bevorstehenden äußeren Conflict der Zerfall des ganzen deutschen Körpers zu befürchten ist.

Dieser traurige Zustand beruht auf der Unklarheit des Denkens und Wollens, die nirgends so groß ist als in unserem lieben Deutschland, und selbst aus zwei Quellen entspringt. Einmal nämlich aus der so lange einseitig gepflegten speculativen Geistesrichtung, welche durch ihr Uebermaß die deutsche Denkkraft weit mehr abgestumpft als geschärft, und uns insbesondere des praktischen Urtheils entwöhnt hat. So geschieht es, daß wir immer nur schwer und langsam begreifen, worauf es in der Praxis ankommt, und dadurch im Verhältniß zu anderen Nationen, die weit weniger gelehrt und philosophisch geschult sind, aber das Praktische viel schneller fassen, in Nachtheil gerathen. Die andere Quelle liegt in dem überwallenden Gemüthe der Deutschen, also gerade in der köstlichsten Eigenthümlichkeit der deutschen Natur. Nur leider daß dieses deutsche Gemüth das Verstandesgebiet überwallt, und dergestalt beherrscht, daß unsere deutsche Politik fast immer in Gefahr steht in Gefühlen und Phantasieen zu ertrinken.

Zeuge dessen die gegenwärtige Schwärmerei für Italien,

für dasselbe Italien, welches im erklärten Bunde mit dem Erbfeinde jenseits des Rheines steht, und soeben damit beschäftigt ist, die eine der beiden deutschen Großmächte wo möglich gänzlich lahm zu legen. Deutschland aber feiert sein Schillerfest, und während bei uns der Chor erschallt:

„Seid umschlungen Millionen!“

annectirt Sardinien eine Provinz nach der anderen, um dadurch zu einem um so wirksamern Gehülfen Frankreichs zu werden, und das Alles unter dem schallenden Applaus der lieben Deutschen. Gewiß, so etwas ist nur in einem Lande erklärbar, wo Philanthropie und Kosmopolitismus die Stelle der Politik vertreten, ja wo neun Zehnthelle aller derjenigen, welche in den Ständekammern oder in den Zeitungen und öffentlichen Versammlungen sich über Politik vernehmen lassen, ihre politische Bildung aus dem Schiller geschöpft haben, und „wonnetrunken aus Elysium“ die politische Tribüne besteigen. Sancta simplicitas!

III.

Die falsche Fragestellung.

Bermöge dieser deutschen Neigung, oder um es gerade heraus zu sagen, dieser deutschen Schwachheit und Untugend, die Politik nach den Eingebungen des Gemüthes zu behandeln, ist auch die deutsche Frage von vornherein in eine ganz falsche Richtung gebracht. Nämlich dadurch, daß man

sie auf die Basis des deutschen Einheitsgefühls stellte, und somit die Grundfrage erhob:

Wie verwirklichen wir die deutsche Einheit? Und eben diese Fragestellung ist es, welche Alles verdorben hat. Es war ganz unvermeidlich.

Das deutsche Einheitsgefühl ist freilich eine Thatsache, die auch der Verstandespolitiker, d. h. der Politiker schlechtweg, nicht ignoriren darf, sondern als eine belebende Kraft sehr hoch anschlagen muß, aber niemals als ein konstitutives Element ansehen darf, weil es selbst gar keine politische Existenz ist. Wollte man es als eine solche behandeln, so verschwindet es sofort in den Wolken. Oder man müßte ein Revolutionsfeuer daraus machen wollen, wozu dann aber auch wieder etwas ganz Anderes gehören würde als die idealen Lichter der Poesie, welche in diesem Falle grade nur dazu dienen unser praktisches Unvermögen zu illustriren.

Sehen wir jetzt, wohin diese falsche Fragestellung geführt hat.

IV.

Folgen derselben.

Die erste Folge ist die ganz theoretische Richtung, welche die deutsche Frage dadurch erhalten hat. Die Einheit wird zum Selbstzweck, die Aufgabe einen Tempel zu bauen, worin das Einheitsgefühl seinen Cultus findet,

und dieser Tempel soll die Reichsverfassung sein. Sie muß also wohl ein Ausbund von idealer Vollkommenheit werden. Die ganze Staatsphilosophie wird daher hervorgezogen, alle Constitutionen werden durchgemustert und ausgebeutet, der Blick schweift von den Alpen über den Ocean, bis nach Utopien hin. Von Allem ist die Rede, nur leider von dem nicht, was dem deutschen Vaterlande Noth thut. Und doch liegt die Sache so einfach und so handgreiflich vor Augen.

Es handelt sich darum, wie ein so zusammengesetzter Körper, als es das deutsche Staatensystem ist, von Osten und Westen eingeschlossen von den größten Militairmächten der Erde, nach beiden Seiten hin seine Unabhängigkeit und Würde sicher stellen, und dabei zugleich im Norden den Uebermuth der Dänen, und im Süden die noch gefährlicheren Schwindeleien der Piemontesen zügeln kann. Offenbar eine politisch-militairische Frage. Das Erstere, weil es darauf ankommt, nicht nur das innigste Zusammenwirken der deutschen Staaten selbst herbeizuführen, sondern so viel als möglich auch außerhalb dieses Kreises Allirte zu gewinnen; das Andere, weil doch in den Militairkräften die ultima ratio liegt. Was hat dies mit dem Parlamentarismus, mit Ministerverantwortlichkeit, Theilung der Gewalten und dem ganzen Rüstzeug des Constitutionalismus zu schaffen? Unmittelbar gar nichts, und auch mittelbar nur sehr wenig. Denn wenn es freilich unbestreitbar ist, daß um ein solches Zusammenwirken aller deutschen Staaten zu ermöglichen, auch gewisse Einrichtungen getroffen werden müssen, welche zur Zeit noch nicht bestehen, und womit wir uns

alsbald beschäftigen werden, so sind dieselben lediglich nach ihrem Zweck zu bemessen. Der Zweck ist, aber hier ein ganz anderer, als derjenige, welchen die constitutionelle Theorie verfolgt, deren Problem ja lediglich darin besteht, die Rechte der Staatsbürger gegenüber der Regierung zu sichern. In unserem Falle hingegen handelt es sich nicht um Staatsbürger, sondern um Staaten, und nicht um Schuß gegen die Regierung, sondern gegen Frankreich und Rußland, und respective gegen Dänemark und Sardinien. Allerdings wird dazu gehören, daß das deutsche Staatensystem einen Fortschritt in der Einigung macht, aber diese Einigung ist nur ein Mittel zum Zweck, und braucht nicht weiter zu gehen, als es der Zweck erheißt. Wird statt dessen die Einheit auf Grundlage des Nationalgefühls zum Selbstzweck erhoben, so geräth man alsbald auf Anforderungen, die ebenso über das wirkliche Bedürfniß wie über das möglich Erreichbare weit hinausgehen, und darum anstatt ein Resultat herbeiführen, nur Aufregung und Verwirrung hervorrufen.

Die zweite Folge dieses Irrthums ist, daß man von vornherein den Boden der thatsächlich und rechtlich bestehenden Verhältnisse verläßt, und unvermeidlich in das Gebiet der reinen Speculation oder der radikalen Revolution geräth. An Stelle des bestehenden deutschen Staatensystems wird die deutsche Nation untergeschoben, um im Namen derselben Forderungen zu erheben, die keine rechtliche Grundlage haben, weil die deutsche Nation kein Rechts-Subject ist. Es handelt sich ja um den deutschen Bund, der bekanntlich nicht die ganze deutsche Nation umfaßt, da die Deutschen in der Schweiz, im Elsaß, in

Schleswig, Posen, West- und Ostpreußen, Curland und Livland nicht dazu gehören, während andererseits ein beträchtlicher Theil der Bundesbevölkerung, wie in Illyrien, Mähren, Böhmen, Oberschlesien und der Lausitz, nicht der deutschen Nationalität angehört, so daß der deutsche Bund und die deutsche Nation zwei sehr verschiedene Dinge sind. Und selbst die innerhalb des Bundes wohnenden Deutschen bilden doch keinen rechtlichen Körper. Was kann es also in der Politik bedeuten, wenn man von der deutschen Nation oder zu der deutschen Nation spricht?

Der Politiker hat die realen Staatsverhältnisse zu behandeln, und muß folglich auf dem thatsächlich und rechtlich Bestehenden fußen. Er wird darum die deutsche Nation keinesweges übersehen, aber er wird sie als das ansehen, was sie ist, d. h. allerdings als den Träger des deutschen Staatensystems, der aber seine politische Existenz selbst nur in diesem Staatensystem findet, welches daher für den Politiker der einzige Gegenstand direkter Einwirkung ist. Er fragt also nicht:

Wie ist es möglich die deutsche Nation zur Einheit zu führen?

sondern:

Wie ist es möglich Oesterreich, Preußen, Sachsen, Baiern, u. s. w. zu vereinigen?

und da er sogleich sieht, daß dieselben im deutschen Bunde bereits vereinigt sind, so kann es sich für ihn nur darum handeln, diese bereits bestehende Einheit zu bekräftigen und zu beleben, nicht aber an der Stelle derselben eine ganz neue Einheit zu erfinden. Will man sich aber statt dessen

an die deutsche Nation wenden, um aus dieser heraus einen neuen Körper zu bilden, so hört man auf Politiker zu sein, sondern wird Demagoge, und kann als solcher nur dann auf Erfolg hoffen, wenn man eine radikale Revolution beabsichtigt, so gewiß als ein deutscher Nationalstaat nur auf den Trümmern des deutschen Staatenystems entstehen kann.

Ohne Zweifel fehlt es unter den Nationalitäts-Politikern nicht an Leuten, die ein genügendes Bewußtsein darüber haben, wohin diese Richtung führt, d. h. zur radikalen Revolution, aber die große Masse derjenigen, welche ihren Stimmführern folgen, hat aller Wahrscheinlichkeit nach diese Einsicht nicht, und horcht ganz unbefangen der so wohlklingenden Rede. Ist doch trotz der viel gerühmten Mündigkeit und politischen Bildung des Volkes, in der That die politische Unmündigkeit nirgends so auffallend als in Deutschland. Und zwar ganz natürlich, weil, wie schon gesagt, die deutsche Bildung wesentlich philanthropisch und kosmopolitisch ist, also nicht politisch. Darum haben die Wenigsten ein Bewußtsein darüber, wie ganz verschieden die Stellung des Staatsmannes von der des Dichters, und überhaupt des Schriftstellers oder Redners ist, der sein Publikum sucht und findet, so weit die deutsche Zunge klingt, und für welchen die deutschen Partikularstaaten, wie überhaupt die ganze Staatenwelt, gar nicht existiren, sondern nur eine Leserschaft und Hörschaft, d. h. ein Publikum. Der Staatsmann aber steht nicht einem Publikum gegenüber, sondern einer Staatenwelt, mit ihren scharf begrenzten Interessen, Rechten und Pflichten. Dies ist der Kreis, worin er sich zu bewegen, und das Material, was er zu verarbeiten hat.

Ihm erscheint die deutsche Nation nicht als eine über dem deutschen Staatensystem schwebende Macht, sondern umgekehrt, er sieht in den deutschen Staaten die allein berechtigten Repräsentanten der deutschen Nation, und handelt es sich um Veränderungen in den bestehenden Verhältnissen, so wendet er sich mit seinen Projekten an die deutschen Staaten, nicht aber an die deutsche Nation, welche keine rechtliche Existenz ist.

Die dritte Folge des in Rede stehenden Irrthums ist, daß man sich durch diese falschen Bestrebungen von vornherein in eine unheilbare Opposition zu allen bestehenden Gewalten setzt, d. h. zu den Partikularstaaten mit ihren Regierungen und Fürsten, indem man durch Verkehrung der natürlichen Ordnung, wonach der Staat über der Nationalität steht, nun vielmehr all diese Partikularstaaten durch das souveräne Nationalgefühl mediatisiren will. Es ist ganz natürlich, daß sie sich mit allen Kräften dagegen sperren, so gewiß als jede Gewalt sich zu erhalten sucht, und überhaupt jedes Wesen das Seinige vertheidigt. *Omne ens in suo esse perseverare studet*, jagt Spinoza. Die deutschen Partikularstaaten und Fürsten wollen also auch in ihrem Esse bleiben, und stoßen eine Einheit zurück, welche damit beginnen soll sie sämmtlich zu mediatisiren. Nun mag man über die deutschen Fürsten und Regierungen denken wie man will, so kann doch Niemand übersehen, daß sie jedenfalls die wirklichen Inhaber der öffentlichen Gewalt sind, und folglich über den größten Theil der Nationalkräfte gebieten, insbesondere über alle organisirten Kräfte, worauf es doch am meisten ankommt. Welchen Erfolg kann man

also für Deutschland hoffen, wenn man ein Projekt aufstellt, welches bei den mächtigsten Elementen nicht nur keine Unterstützung, sondern das unvermeidlichste Widerstreben findet? Natürlich gar keinen, wenn man nicht etwa beabsichtigt diese widerstrebenden Gewalten selbst zu vernichten, d. h. eine radikale Revolution zu beginnen. Darüber mag man sich mit seinem Gewissen abfinden, aber es wird dann doch wenigstens Methode in das Ganze kommen. Sollen hingegen die deutschen Partikularstaaten mit ihren Regierungen und Fürsten fortbestehen, während man ihnen gleichzeitig die Perspektive der Mediatisirung eröffnet, und sie folglich auf das Aeußerste reizt sich derartigen Einheitsbestrebungen zu widersetzen, so muß man dem gesunden Menschenverstand den Rücken zugekehrt haben, um darin noch irgend welchen Sinn zu finden. Da nun eine wirkliche Revolution nicht stattfindet, andererseits aber die falsche Bahn, welche man seit zwölf Jahren betreten, bis diesen Tag nicht verlassen wird, so ist das Resultat, daß die deutsche Frage nicht um einen Schritt vorwärts kommt, grade wie ein Wagen, an welchem man gleichzeitig nach rückwärts und nach vorwärts zieht.

Diese Thatsache springt in die Augen, und kann von Niemand geleugnet werden. Wir sind noch heute um keinen Schritt weiter als vor zwölf Jahren, und während sich in unseren Nachbarländern die ungeheuersten Veränderungen vollziehen und vollzogen haben, bleibt Deutschland immer im statu quo, an welchem es sich zerarbeitet.

Gleichwohl scheint es den Herren von der National- und Einheitspartei bis diesen Tag noch nicht in den Sinn ge-

kommen zu sein, die Ursachen dieses traurigen Zustandes da zu suchen, wo sie wirklich liegen, nehmlich in dem falschen Wege, welchen man eingeschlagen. Kein Gedanke daran, sondern dieser falsche Weg soll schlechterdings zum Ziele führen, und weil er das in alle Ewigkeit nicht thut, so wird man bitterböse, und anstatt seinen eigenen Unverstand anzuklagen, sucht man die Schuld in dem bösen Willen der Regierungen, die sich dem edlen Streben aus purer Selbstsucht widersetzen. Diese Regierungen sind aber nicht nur in ihrem guten Rechte, wenn sie das, was ihnen rechtlich zusteht, auch zu behalten begehren, und verdienen um deswillen nicht den geringsten Tadel, sondern sie sind dazu ganz ausdrücklich verpflichtet. Sie sollen den Posten, den sie nach der bestehenden Verfassung einnehmen, mit allen Kräften behaupten, denn dazu sind sie da, und sie sind es nicht nur sich selbst und ihrer eigenen Ehre, sondern sogar der ganzen deutschen Nation schuldig, daß sie auf ihrem Posten verharren; und dadurch die Nation vor dem Unglück bewahren, in die Hände unberufener Demagogen zu fallen.

Natürlich geht es dabei nicht immer, wie es sich gehörte. Die Leidenschaft weckt die Leidenschaft, und nachdem sich die Stimmung je mehr und mehr verbittert, geschehen die widerwärtigsten Dinge. So ist es nun einmal im Staatsleben, welches unvermeidlich die Gebrechen der menschlichen Natur theilt. Wenn aber im Privatleben die Hauptquelle des Uebels in der Eiferhaftigkeit und Böswilligkeit der Menschen liegt, so tritt im Staatsleben doch nur selten eigentliche Böswilligkeit hervor, sondern die Absichten sind allermeist gut, oder wenigstens erträglich, das meiste Unglück

aber entspringt aus Schwäche des Willens, und noch häufiger aus Schwäche des Verstandes, d. h. aus Unklarheit über Ziel und Weg, über Bedingungen und Mittel. Und das Allerschlimmste ist, sich in eine falsche Richtung zu verrennen, wie es der deutschen Nation nun schon seit zwölf Jahren ergeht.

V.

Warum der deutsche Bund seiner Bestimmung nicht entspricht.

„Der deutsche Bund besteht nach Art. 2. der Wiener Schlußakte, in seinem Inneren als eine Gemeinschaft selbstständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertrags-Rechten und Vertrags-Obliegenheiten, in seinen äußeren Verhältnissen aber, als eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht.“ Man beachte diese Worte: eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht. Gewiß, das ist ja Alles, was wir verständigerweise verlangen können. Mögen doch die deutschen Staaten so unabhängig sein und bleiben als sie wollen, wenn sie nur nach Außen hin als eine Gesamtmacht auftreten, so muß wohl Deutschland eine respectable Stellung in Europa einnehmen. Ist also der Bund, was er nach dem vorstehenden Artikel sein soll, was kann uns weiter Noth thun?

Inhalts-Verzeichniß.

	Seite
I. Worauf es ankommt.	1
II. Wichtigkeit der Fragestellung.	2
III. Die falsche Fragestellung.	5
IV. Folgen derselben.	6
V. Warum der deutsche Bund seiner Bestimmung nicht entspricht.	14
VI. Die Hauptursache ist das pentarchische Großmächts- System.	16
VII. Nähere Betrachtung dieses Systems.	19
VIII. Die zweite Ursache ist der Mangel einer Bundes- Centralgewalt.	31
IX. Das deutsche Fürstenthum bildet den Mittelpunkt der Frage.	34
X. Die Bundes-Centralgewalt muß eine Dreiherr- schaft sein.	40
XI. Die Mittelstaaten.	51
XII. Nähere Beschreibung der Dreiherrschaft.	55
XIII. Rechtliche Stellung derselben.	58
XIV. Warum es bisher keine Bundespolitik gab.	62
XV. Einrichtung von Bundesgesandtschaften.	66
XVI. Wie man die Sache zu beurtheilen hat.	70
XVII. Allmältige Entwicklung einer deutschen Politik.	73
XVIII. Ein praktisches Beispiel derselben.	75
XIX. Wie Frankreich und Rußland darüber denken.	80
XX. Deutscher Blödsinn in der italienischen Frage.	82

	Seite
XXI. Die Bundeskriegsverfassung.	89
XXII. Was zu dem Verfall des deutschen Reiches beitrug.	92
XXIII. Ein Mittelpunkt unserer National-Entwicklung.	97
XXIV. Vom deutschen Parlament.	103
XXV. Der deutsche Bund als Fürstenbund.	108
XXVI. Periculum in mora.	115
XXVII. Der Föderalismus als Princip des deutschen Bundes.	119
XXVIII. Holland, Belgien und die Schweiz.	127
XXIX. Weitere Folgen des föderativen Principis.	132
XXX. Ein Blick auf Schweden und Spanien.	136
XXXI. Der deutsche Bund als Grundlage einer neuen Staatenordnung	143
XXXII. Was dem deutschen Bunde Noth thut.	147
XXXIII. Schluß.	148



I.

Worauf es ankommt.

Was dem deutschen Bunde am meisten fehlt, ist ein actives Auftreten nach Außen hin, um dem deutschen Staatenkörper denjenigen Einfluß in den europäischen Angelegenheiten zu sichern, den er nach dem Maasßstabe seiner inneren Kräfte fordern muß, und wovon wir doch zur Zeit entfernter sind als je. Denn wo wäre jetzt von einem deutschen Einfluß auch nur eine Spur zu finden, sondern es sieht fast so aus, als ob die Deutschen für Europa nur eine passive Masse bildeten, auf die selbst ein Dänemark und Sardinien mit Verachtung blicken. Wie traurig ist es zu sagen, daß sie Grund dazu haben. Also ein actives Auftreten nach Außen, und sonst nichts weiter.

Wir urgiren demnach zuvörderst die mangelnde Activität, und nicht etwa die mangelnde Einheit, weil es ein reiner Pleonasmus wäre, von einem activen und einheitlichen Auftreten des deutschen Bundes zu reden, indem es sich ganz von selbst versteht, daß der deutsche Bund als Einheit handelt, sobald er nur überhaupt ein actives Subjekt wird, das Unglück aber eben darin liegt, daß er ein solches actives Subjekt überhaupt nicht ist, außer

etwa in der inneren Polizei. Nach Außen hin verharret er in absoluter Passivität. Was dem deutschen Bunde fehlt, ist daher in erster Linie nicht sowohl die Einheit als vielmehr die Activität. Denn eine Einheit ist ja wirklich schon vorhanden, so gewiß als der deutsche Bund doch ganz ohne Zweifel einen politischen Körper bildet, und sogar als solcher völkerrechtlich anerkannt ist, nur leider einen Körper von rein passiver Existenz.

II.

Wichtigkeit der Fragestellung.

So lautet also die Grundfrage, welche wir zum Ausgangspunkt unserer Untersuchung nehmen:

Wie kann und soll der deutsche Bund activ werden?

und wir behaupten jetzt, und werden es im Verfolg beweisen, daß dies die einzig richtige Fragestellung ist, um einen Weg zu finden, welcher zu einem praktischen Resultat führen kann, während alle die gescheiterten Versuche, die seit zwölf Jahren gemacht, und bis diesen Tag noch fortgesetzt werden, eben daraus entsprungen sind und entspringen, daß man von vornherein einen falschen Ausgangspunkt nahm, und sich ein falsches Ziel setzte, weil man die Einheitsfrage an die Spitze stellte, und dadurch nur die Uneinigkeit beförderte.

Allein, es liegt die unbestreitbare Erfahrung vor, daß der deutsche Bund von seiner Gründung an bis diesen Tag noch niemals als eine Gesamtmacht aufgetreten ist, und daß das gesammte Ausland noch niemals etwas Anderes von dem Bunde erfahren hat, als seine gänzliche Ohnmacht. So groß ist der Unterschied zwischen dem, was der Bund sein soll, und was er wirklich ist.

Weit entfernt diese Thatsache irgend wie zu verkennen, theilen wir vielmehr das Gefühl, was jedem rechten Deutschen die Schamröthe auf die Wangen und den Zorn auf die Stirn treibt, wenn er einerseits auf die politische Wichtigkeit Deutschlands blickt, und andererseits auf die Fülle von moralischen und materiellen Kräften, welche dies Land in sich trägt. Grade der beste Theil der Nation wird am meisten von diesem Gefühl ergriffen sein, und wer sich um deswillen von dem Bunde abwendet, den wollen wir wahrlich nicht schelten. Das Gefühl verdient unsere Achtung, aber das Urtheil, welches diesen traurigen Zustand dem Bunde Schuld giebt, erklären wir gleichwohl für ganz unrichtig, und wollen als bald zeigen, wo die wahre Schuld liegt.

Daß man dies erkenne, ist von der äußersten Wichtigkeit, grade wie in einem Krankheitsfalle Alles darauf ankommt, daß man die Krankheitsursache erkennt, und diese zu heben sucht, nicht aber gegen Symptome ankämpft. Ganz ähnlich ist es den deutschen Patrioten ergangen. Die Ohnmacht des Bundes liegt vor Augen, und darum wird auf den ohnmächtigen Bund losgeschlagen, ohne sich zu fragen, ob denn dieser Bund auch selbst die Quelle seiner Ohnmacht

ist, oder ob dieselbe vielleicht ganz anderswo entspringt?
Sie entspringt aber:

- 1) aus Umständen, welche ganz außerhalb des Bundes liegen;
- 2) allerdings auch aus einer mangelhaften Ausbildung des Bundes, die jedoch selbst wieder eine indirekte Folge jener Umstände ist, und nie gehoben werden kann, so lange jene Umstände selbst noch fortbestehn.

VI.

Die Hauptursache ist das pentarchische Großmächts-System.

Jetzt behandeln wir den ersten Punkt, und fragen also:
Wie ist es denn gekommen, daß der deutsche Bund trotz der ausdrücklichen Bestimmung der Wiener Schluß-Acte noch niemals als eine Gesamtmacht nach Außen hin aufgetreten ist?

Die Antwort lautet:

Der deutsche Bund ist daran gänzlich unschuldig, da er sich in der absoluten Unmöglichkeit befindet als eine Gesamtmacht aufzutreten, solange seine beiden Hauptglieder, d. h. Oesterreich und Preußen, als für sich selbst bestehende Großmächte gelten, und in dieser

Eigenschaft folglich nur eine österreichische und eine preußische Politik führen, eine deutsche Gesamtpolitik aber weder führen können noch wollen, so daß die verheißene deutsche Gesamtmacht natürlich nur auf dem Papiere steht, da der Bund selbstredend keine Mittel besitzt, um Oesterreich und Preußen zum Aufgeben ihrer Großmachtpolitik zu nöthigen, und ihm selbst folglich nur die Resignation der Dynastie übrig bleibt.

Da liegt also die Quelle des Uebels, d. h. in dem System der sogenannten europäischen Großmächte, in der Pentarchie.

Der Verfasser dieser Blätter hat in den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht, Berlin 1859“ eine ausführliche Erörterung über die Entstehung, über den Fortgang und Verfall dieses pentarchischen Systems angestellt, und erlaubt sich den geneigten Leser darauf zu verweisen, insofern ihm diese Frage interessiren sollte. Sie sollte aber wohl jeden deutschen Politiker aufs Höchste interessiren, denn es ist nicht eine Frage neben vielen andern, sondern es ist für Deutschland die Frage über Sein oder Nichtsein, so gewiß, als solange die Pentarchie existirt, von einer deutschen Gesamtmacht gar keine Rede sein, sondern eine solche erst dann hervortreten kann, wenn die Pentarchie thatsächlich gestorben, und anerkanntermaßen begraben ist. Daß sie thatsächlich abgestorben ist, glauben wir bewiesen zu haben, und ist uns nirgends eine Spur von einem versuchten Gegenbeweis bekannt geworden, aber mit der Anerkennung dieser Thatsache sieht es noch möglich aus.

Wie dem auch sei, so frage man sich doch, welchen Platz denn ein Deutschland, oder der deutsche Bund in Europa einnehmen soll, so lange die Grundsätze der Pentarchie gelten, d. h. so lange die fünf Großmächte England, Frankreich, Rußland, Oesterreich und Preußen das Collegium bilden, von welchem alle europäischen Fragen entschieden werden sollen? Liegt es hierin nicht ausgesprochen, daß Deutschland nicht zu den activen Mächten gehört noch gehören soll? Für die Pentarchie ist ja überhaupt kein Deutschland vorhanden, sondern nur ein Oesterreich und ein Preußen. Entweder also keine Pentarchie oder kein Deutschland, d. h. kein Deutschland als active Macht, sondern nur als passive Masse.

Zwar kann man wohl meinen, und ist auch oft genug gesagt worden, weil doch Oesterreich und Preußen selbst zum deutschen Bunde gehören, so sei ja Deutschland in der Pentarchie vertreten, und sogar mit zwei Stimmen. Danach müßte es freilich einen ganz außerordentlichen Einfluß in Europa besitzen, nur daß ihn leider kein Mensch bemerkt; und das ist auch ganz natürlich. Denn sollte Deutschland durch Oesterreich und Preußen vertreten sein, so müßte man ja voraussetzen, daß diese beiden Mächte die eine und selbe Richtung in der Pentarchie verfolgen, was kaum je der Fall ist, da ihre Richtungen immer mehr oder weniger divergiren, zuweilen bis zum Gegensatz. Geht nun Oesterreich rechts, und Preußen links, wodurch sich ihr Einfluß gegenseitig aufhebt, so ist die Vertretung Deutschlands genau auf Null reduziert.

Aber selbst wenn ein beständiges Zusammengehn Oester-

reichs und Preußens stattfände, so gewiß als es nicht stattfindet, so sind doch Oesterreich und Preußen jedes für sich etwas ganz Andres als Deutschland, und selbst beide zusammengenommen noch lange nicht Deutschland. Schon ganz äußerlich betrachtet, fehlt ja dann noch die ganze Summe der Kräfte der übrigen Bundesstaaten, welche ganz außer Ansaß und Wirkung bleibt, was doch gewiß nicht unwichtig sein kann. Geht man ein wenig tiefer, so ist der Mangel noch viel auffallender, da es in der Politik nicht bloß auf eine Kraftsumme, sondern noch mehr auf das Prinzip und auf das handelnde Subjekt ankommt. Deutschland aber wird in dieser Weise nie zu einem handelnden Subjekt, und kann nie ein eigenes Prinzip vertreten, weil es nicht selbst auftritt. Und so wird es bleiben, so lange es noch eine Pentarchie giebt, oder resp. so lange noch an den Schatten dieser Pentarchie geglaubt wird, wie es in Berlin und Wien noch bis diesen Tag geschieht.

VII.

Nähere Betrachtung dieses Systems.

Wer sich einmal das Wesen der Pentarchie klar gemacht hat, wie wir es in dem oben angeführten Buche versucht haben, dem muß es fast sonderbar erscheinen, wie ein so hohles System sich nur noch einen Tag lang erhalten kann.

Und noch mehr, wie es insbesondere in Deutschland nur noch Anhänger finden kann, während es doch auf der Hand liegt, daß die Pentarchie selbst auf dem Verfall Deutschlands beruht, und eine Wiedererhebung Deutschlands nur durch Beseitigung der Pentarchie möglich ist.

Um indessen richtig zu urtheilen, dürfen wir nie vergessen, daß jedes Zeitalter seine eigenthümlichen Aufgaben und Vorstellungen hat, innerhalb deren es sich bewegt, und worauf sein Denken beschränkt ist. So ist es immer gewesen, und wird immer so bleiben. Darum kann uns heute etwas als ganz ungereimt erscheinen, was vor einem Menschenalter durchaus nicht so erschien, und auch in der That nicht war, weil es den damaligen Zeitverhältnissen entsprach. Und obwohl wir keinen Anstand nehmen, die Pentarchie mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse für etwas ganz Sinnloses zu erklären, so wollen wir nicht im geringsten verkennen, daß sie zu ihrer Zeit allerdings einen Sinn hatte, und anfänglich sogar das ganz natürliche und ganz unvermeidliche System war.

Von einem Deutschland, als einem politischen Subjekte, konnte ja im Jahre 18¹¹/₁₆ garnicht die Rede sein, da es ganz und gar zur bloßen Masse geworden war, welche unter der Curatel derjenigen Mächte stand, die durch ihre Coalition die napoleonische Herrschaft gebrochen haben, d. h. Englands, Rußlands, Oesterreichs und Preußens, und welche daher auch schon im ersten pariser Frieden über die Zukunft Deutschlands verfügten. Aus dieser Coalition ist die Pentarchie hervorgegangen, indem nach dem Sturze Napoleons das restaurirte bourbonische Frankreich nun selbst

in diese antinapoleonische Verbindung eintrat, und somit die Fünfherrschaft vollendet war. Der deutsche Bund ist also nicht aus der deutschen Nation entsprungen, sondern von den europäischen Mächten gemacht worden, man kann sagen in Paris, daher auch der pariser Friede in der Bundesakte selbst an die Spitze gestellt wird. Wie konnte es aber jenen Mächten, welche in Paris die Errichtung des deutschen Bundes stipulirten, in den Sinn kommen, daß dieser Bund selbst eine wirkliche Macht werden sollte, woran sie sich ja selbst einen gefährlichen Concurrenten geschaffen haben würden, sondern sie wollten unter dem Namen des Bundes nur eine Form aufstellen, vermittelst deren sie die deutsche Masse am besten auszunutzen gedachten. Da nun die ganze Coalition aus dem Kampfe gegen Frankreich hervorging, so erschien es als das Wichtigste, für die Zukunft einen neuen Rheinbund unmöglich zu machen. Und zu diesem Ende schuf man den deutschen Bund, nicht etwa um denselben zu einer eigenen Macht zu erheben, sondern um durch denselben die kleineren deutschen Staaten am Bande zu halten.

Dies war das entscheidende Motiv, und zwar nicht bloß für England und Rußland, sondern auch für Oesterreich und Preußen, welche eben um deswillen selbst zum deutschen Bunde traten. Wie hätte man diesen beiden Staaten zumuthen können, ihre Selbstständigkeit als europäische Mächte zu Gunsten eines Deutschlands aufzugeben, welches damals gar nicht existirte, und von welchem Niemand sagen konnte, was es in Zukunft einmal sein oder werden möchte. War doch der ehemalige Reichsverband seit 1806 gänzlich verschwunden, und Preußen sowohl als Oesterreich hatten seit-

dem von dem übrigen Deutschland nicht nur keinen Nutzen gezogen, sondern sogar die Rheinbundsstruppen als französische Trabanten in ihren eigenen Hauptstädten gesehen. So waren nicht nur alle rechtlichen, sondern auch alle moralischen Bande gelöst, Preußen und Oesterreich also zu rein europäischen Staaten geworden, und lediglich auf sich selbst angewiesen. In dieser Eigenschaft hatten sie gelitten, unsägliche Anstrengungen gemacht, endlich gesiegt. Und jetzt, mit dem frischen Waffenruhm geschmückt, der nicht unter deutscher sondern unter preussischer und unter österreichischer Fahne errungen war, — wie hätten sie wohl diese glanzvolle Stellung verlassen sollen, um dafür als Genossen einer allererst noch als Projekt existirenden deutschen Föderation ein neues Leben zu beginnen! Kein einziger Staatsmann hat im Ernst daran gedacht, oder wenn man ja einmal daran dachte, so zeigte es sich sofort, sobald man der Sache näher trat, es ginge nicht. Ja selbst wenn Preußen und Oesterreich die überschwengliche Resignation gehabt hätten, etwas zu wollen, was damals gradezu als Selbstmord erschienen wäre, sie hätten es nicht einmal gekonnt, weil ihre damalige Stellung in dem ganzen europäischen Staatensystem, wie es sich nach dem Sturze Napoleons organisirte, mit Nothwendigkeit bestimmt war. Und was endlich Deutschland selbst anbetrifft, so hat es damals zwar nicht an deutschthümlichem Enthusiasmus gefehlt, aber von ernstem Willen zur Begründung eines lebendigen Gesamtkörpers ist auch bei den Rheinbundsstaaten nur wenig wahrzunehmen gewesen. Baiern und Württemberg haben bekanntlich selbst das lockere Band des Bundes noch viel zu stark

gefunden, und wären am liebsten europäische Mächte geworden.

So zerrissen und zerfallen war die deutsche Nation in Folge eines zweihundertjährigen Zerfetzungsprozesses, daß es keinem politischen Kopfe beikommen konnte, sie nun auf einmal zu einem lebendigen Körper machen zu wollen. Nur poetische Gemüther konnten solche Projekte hegen. Für den Staatsmann war es ein Axiom, daß an einen deutschen Nationalstaat nicht zu denken, sondern das allein Erreichbare nur ein deutsches Staatensystem sei, wie es der deutsche Bund aufstellt. Und selbst dieses deutsche Staatensystem mußte eine rein passive Existenz bleiben, so lange andererseits das pentarchische Großmachtssystem bestand, vermöge dessen Oesterreich und Preußen ihre besondere Politik führen, und folglich eine deutsche Gesamtpolitik unmöglich wird. Was soll denn aber eine deutsche Gesamtmacht sein, wenn es keine deutsche Gesamtpolitik giebt? Gewiß kann sie nur etwas rein Passives sein, die organisirte *vis inertiae*. Das, und nichts anderes sollte der Bund sein. Und das war auch damals etwas sehr Wichtiges, weil man vor allem Ruhe wollte, und Ruhe bedurfte.

Nun muß es aber einleuchten, daß ein Staatensystem, welchem ausdrücklich die Fähigkeit genommen wird eine Gesamtpolitik nach Außen zu führen, dadurch überhaupt aller lebendigen Entwicklung beraubt ist, weil grade für ein solches Staatensystem, in welchem die innere Gesetzgebung und Verwaltung lediglich den Partikularstaaten zusteht, eben nur die auswärtige Politik übrig bleibt, um eine

lebendige Gemeinschaft zu erzeugen. Es leuchtet ferner ein, wie sehr eine deutsche Gesamtpolitik, wenn sie überhaupt existirt hätte, auf das innere Leben Deutschlands zurückgewirkt haben würde. Denn immer ist es die Stellung nach Außen, wodurch eine Nation sich als eine Persönlichkeit fühlt, und welche daher auch am meisten dazu beiträgt, in allen begabteren Individuen die Persönlichkeit zu wecken und herauszufordern, daher eine Nation ohne auswärtige Politik immer eine torpide Masse sein wird.

Wie natürlich also, daß grade der beste Theil der deutschen Nation über diesen Zustand indignirt war, und daß insbesondere die academische Jugend, in welcher noch die Nachklänge der Freiheitskriege fortwirkten, dagegen conspirirte. Aber wie natürlich war es andererseits, daß diese Opposition gebrochen werden mußte, und jedenfalls ganz erfolglos blieb, weil eine wirksame Veränderung in diesen Dingen ohne einen Umschwung der europäischen Verhältnisse unmöglich war.

Es zeigt daher nur von dem Mangel an politischer Bildung, und von der fast knabenhaften Weise, in welcher das deutsche Publikum zu politisiren liebt, wenn man bis heute noch fortfährt, diesen Zustand lediglich als die Wirkung einer reaktionären Gotterie darzustellen, die schließlich von dem Fürsten Metternich geleitet sein soll. Insbesondere pflegen preußische Schriftsteller diesen Ton anzuschlagen weil sie Preußen zu erheben vermeinen, indem sie die ganze Schuld auf Oesterreich werfen, ohne zu bedenken, daß es ja vielmehr der allerbitterste Vorwurf für Preußen sein würde, wenn es sich wirklich so verhielte, daß es sich von

diesem Fürsten Metternich gegen sein eigenes besseres Wissen und Wollen zu jener repressiven Politik hätte verleiten lassen, welche mit den Carlskader Beschlüssen begann. Das Wirkliche an der Sache aber ist vielmehr, daß Preußen und Oesterreich in Beziehung auf den deutschen Bund im Wesentlichen ganz gleich dachten, nemlich daß er jedenfalls keine active Macht werden sollte. Und so gewiß als sie dies nicht wollten, mußten sie alle diejenigen Unternehmungen, welche darauf hinausliefen in Deutschland ein selbstständiges Leben anzufachen, nach besten Kräften unterdrücken. Dies mag als ein hartes Wort erscheinen, aber in der Politik darf man keine Sentimentalitäten suchen, und wo man den Zweck zugiebt, muß man auch die Mittel zugeben, und über den Zweck waren Preußen und Oesterreich einig. Was hätte auch wohl Oesterreich vermocht ohne Preußens Mitwirkung, da es ja Preußen jeden Augenblick in der Hand hat, alle etwaigen Repressivmaßregeln in Deutschland zu durchkreuzen. Und wie einschneidend seine Mitwirkung war, dafür spricht wohl der Name des Herrn von Kamph, welcher mit seinen Genossen das Möglichste in der Demagogien-Verfolgung geleistet.

Will man der Wahrheit die Ehre geben, so muß man sagen, daß der Gedanke eines deutschen Gesamtkörpers damals nur als Phantasie existirte. Denn so viel auch davon geredet worden, hat Niemand etwas praktisch Ausführbares anzugeben vermocht. Der deutsche Bund blieb also eine passive Masse, und die politische Gesamtmacht, welche er grundgesetzlich darstellen soll, eine Phrase, so lange andererseits die Pentarchie noch eine Wirklichkeit war.

Nichts destoweniger findet sich in dem Vortrag, welchen der Fürst Metternich in der zweiten Sitzung der Wiener Conferenzen von 1819 hielt, die denkwürdige Aeußerung, daß es jetzt an der Zeit sei, „dem deutschen Bunde die Vollkommenheit, die Festigkeit und folglich auch das Ansehen zu sichern, das einem mit den ersten europäischen Mächten an Rang und Einfluß gleichstehenden Vereine von 30 Millionen Deutscher gebührt.“ Man beachte diese Worte, daß der deutsche Bund den ersten europäischen Mächten an Rang und Einfluß gleich stehen soll. Ach, die Wahrheit ist ja vielmehr, daß dieser deutsche Bund, so lange es noch eine Pentarchie giebt, nicht nur den ersten europäischen Mächten an Rang und Einfluß nicht gleichsteht, sondern überhaupt gar keinen Einfluß hat, und nicht einmal einen Rang, außer in diplomatischen Höflichkeiten, nicht aber in dem öffentlichen Bewußtsein Europas, welches ihm nicht die geringste Ehre erweist. Und so etwas konnte der Meister der europäischen Diplomatie sagen! Gleichwohl hat ihm Niemand widersprochen. So groß war die Bewußtlosigkeit über diesen Punkt. Sa wie groß ist sie noch heute!

Hätte man in Deutschland politische Einsicht, so müßte die ganze deutsche Presse, die es wirklich mit dem Verlangen nach einer deutschen Politik Ernst meint, die Bekämpfung des pentarchischen Systems zu ihrem Tagesgeschäft machen. Aber leider zeigt sich kaum eine Spur davon, daß man die Bedeutung dieser Sache nur irgend wie begriffen hätte, sondern diejenigen, welche am aufgeklärtesten und am weitesten fortgeschritten zu sein glauben, wüthen gegen den Bund, welcher Deutschland in der Lähmung halten soll, während

es doch vielmehr das pentarchische System ist, wodurch der Bund zu diesem lahmen und lähmenden Wesen wird, welches man ihm vorwirft, weil es ihm dadurch ganz unmöglich wird, sich zu einer politischen Gesamtmacht zu entwickeln, was er doch grundgesetzlich sein soll.

Wir haben gezeigt, warum man diese Bestimmung des Bundes zur Zeit seiner Stiftung nicht verwirklichen konnte. Aber seitdem haben sich die Umstände ganz außerordentlich verändert, und zwar in dreifacher Hinsicht.

1) Nehmlich ist das pentarchische System selbst abgestorben, so daß es jetzt nicht nur möglich sondern sogar nothwendig ist, das europäische Staatensystem in eine neue Ordnung zu bringen, wobei grade der deutsche Bund eine Hauptrolle zu spielen haben würde.

2) Haben Oesterreich und Preußen nun hinlänglich erfahren, was ihnen ihre pentarchische Großmachts-Politik einträgt, und man kann sich in Berlin wie in Wien nicht länger mehr der Einsicht verschließen, daß Bewegungen bevorstehen, welchen weder Preußen noch Oesterreich gewachsen ist, und daß man also um seiner eigenen Sicherheit willen genöthigt sein wird, sich einem größeren Ganzen als Glied einzufügen.

Oder wollte man etwa versuchen, sich gegen jene Gefahren durch ein Anlehnen an Rußland zu sichern, durch eine neue heilige Allianz? Die würde Preußen und Oesterreich noch viel weniger Segen bringen als die erste brachte, denn Rußland würde das Bekenntniß der Schwäche, welches diese beiden Mächte damit selbst ablegten, diesmal noch besser ausnutzen als vormalig.

Frage man sich doch nur, ob denn etwa Rußland, wenn es sein eigenes Interesse berücksichtigt, je ein starkes Preußen oder ein starkes Oesterreich wünschen kann? Im Gegentheil, es wünscht zwar Preußen und Oesterreich zu erhalten, aber schwach, damit sie seiner Protection bedürfen. Es hat zu seiner Zeit weder Austerlitz verhindert, noch den Tilsiter Frieden. Ja was mehr ist, es hat beides vielleicht garnicht verhindern können, selbst wenn es gewollt hätte. Denn seine Hülfe kann erst zur Wirksamkeit gelangen, wenn die Franzosen bereits im Herzen von Deutschland stehen, und somit das französische Uebergewicht schon entschieden ist. Welchen Werth hat eine solche Hülfe für uns? Rußland hingegen hat immer den Vortheil dabei, daß es ohne große Anstrengung einen sehr großen Einfluß gewinnt, nämlich die Direktion über ganz Mitteleuropa. Gerathen Preußen und Oesterreich dabei in Schaden, so hat Rußland einen neuen Vortheil davon, weil beide dann um so mehr genöthigt sind die russische Hülfe zu suchen, und geradezu in seine Clintel verfallen, deren Süßigkeit wir im Jahre 1813 hinlänglich gekostet haben.

Wie viel würdiger ist es für Preußen und Oesterreich, sich unter den Auspicien des deutschen Bundes zu vereinigen, als unter den Auspicien Rußlands! Und wie viel nützlicher zugleich! Denn sobald der deutsche Bund eine Gesamtmacht wird, verschwindet das Bedürfniß russischer Hülfe, und jeder Aufschwung, den diese Gesamtmacht nimmt, kommt unmittelbar Preußen und Oesterreich mit zu Gute. Jeden Vortheil hingegen, den eine preußisch-österreichisch-russische Allianz erzielt, wird Rußland wenigstens zu Zwei-

Dritttheil für sich in Anspruch nehmen. Hat das Beispiel von 18^{13/16} noch immer nichts gelehrt, da Preußen trotz seiner beispiellosen Anstrengungen doch seinen Territorialbesitz von 1806 nicht wieder erhielt, und von allen Mitgliedern der Coalition das einzige war, welches am Ende verkleinert blieb, Rußland aber zu allen seinen während der napoleonischen Zeit gemachten Erwerbungen noch das preußische Polen selbst hinzufügte? Wo solche Thatfachen vorliegen, bedarf es keiner weiteren Worte.

Und endlich, welch ein böses Beispiel für alle anderen deutschen Staaten, wenn sich die beiden deutschen Großmächte unter den Auspicien Rußlands vereinigen, und dadurch jene selbst auf den Gedanken bringen, sich ihrerseits unter den Auspicien Frankreichs zu vereinigen! Haben wir doch vor 60 Jahren gesehen, wie das Eine auf das Andere folgte, und ist es nicht ganz natürlich, wenn sich das östliche Deutschland an Rußland anlehnt, daß die westliche Hälfte nach Frankreich hinüber gleitet? Und gilt das Eine in Berlin und Wien nicht für undeutsch, warum sollte das Andere in Stuttgart und München für undeutsch gelten? Gewiß steht Rußland dem germanischen Staatsleben ganz eben so fremd gegenüber als Frankreich, und eigentlich wohl noch viel fremder.

Fort also mit solchen Gedanken, und anstatt unser politisches System auf außerbündische Allianzen zu basiren, nehmen wir vielmehr den Deutschen Bund selbst zur Basis. Was im Jahre 1815 nicht möglich war, das wird jetzt möglich sein.

Denn 3) ist seit der Stiftung des Bundes über ein

Menschenalter verfloßen, während dessen die ganze deutsche Bevölkerung durch so mannigfaltige Bande zusammengewachsen ist, daß es jetzt sehr wohl angeht auch dem deutschen Staatensystem eine lebendigere Einheit zu geben, als sie bisher im Bunde bestanden hat, und dadurch die verheißene Gesamtmacht zu verwirklichen.

Man könnte hierbei vielleicht noch einwenden, daß doch die Bethätigung einer solchen Gesamtmacht in den Grundgesetzen des Bundes selbst eine unübersteigliche Schranke finden würde, weil der Bund nach Art. 35 der Wiener Schlußakte sein Kriegsrecht nur zur Selbstvertheidigung anwenden soll, und demnach jedenfalls auf eine rein defensivc Politik angewiesen wäre. Dieses zunächst zugegeben, so ist doch aber eine defensivc Politik etwas ganz Anderes als Passivität, und es leuchtet ein, wie illusorisch das Vertheidigungsrecht des Bundes wäre, wenn er die Hände in den Schooß legen sollte, während ringsherum Veränderungen geschehen, welche seine Zukunft gefährden, und vielleicht selbst sein Fortbestehen unmöglich machen. Außerdem ist der so eben allegirte Artikel, wie überhaupt die ganze Wiener Schlußakte, für die völkerrechtliche Stellung des Bundes nicht maßgebend, sondern nur für seine eigenen Mitglieder verbindlich, welche selbstredend befugt sind, ihren eigenen Verabredungen nach Bedürfniß einen weiteren Sinn zu geben. Im Verhältniß zu Europa ist die Stellung des Bundes lediglich durch die Bundesakte normirt, weil dieselbe der Wiener Congreßakte einverleibt, und somit unter die Sanction des europäischen Völkerrechts gestellt ist. Die Bundesakte enthält aber nicht jene

ausdrückliche Beschränkung für die Thätigkeit des Bundes, sondern legt ihm nach Art. 2 schlechthweg den Zweck bei, für die äußere und innere Sicherheit Deutschlands zu sorgen. Zu dieser äußeren Sicherheit gehört nun sehr viel. Es kann sogar dazu gehören, daß man ohne Weiteres angreift. Jedenfalls gehört Politik dazu. Und wenn Frankreich es für ein Erforderniß seiner Sicherheit erklärt, Nizza und Savoyen zu annectiren, so darf andererseits der deutsche Bund um seiner Sicherheit willen diese Dinge für unzulässig erklären. Freilich soll er keine aggressive Politik führen, und kann es auch gar nicht, weil es seiner föderativen Natur zuwider ist, aber eine active Politik kann und muß er führen, wenn er anders seiner Bestimmung genügen soll.

Wir wollen jetzt sehen, was dazu gehören würde.

VIII.

Die zweite Ursache ist der Mangel einer Bundes-Centralgewalt.

Sag es einmal in der Absicht den deutschen Bund als einen bloß passiven Körper vegetiren zu lassen, so war die Bundesversammlung, welche nach der Bundesakte wie nach der Wiener Schlußakte sein einziges Organ ist, ganz ohne Frage das allerentsprechendste Mittel zu diesem Zweck.

Sie ist die allergeeignetste Representation eines thatlosen Körpers, so sehr, daß man sie an und für sich selbst ein

Symbol der Thatlosigkeit nennen könnte. Auch ist diese ihre Eigenschaft so allgemein bekannt und anerkannt, daß sie wohl die Hauptursache der Verachtung bildet, in welcher die Bundesversammlung bei dem besten Theil der Nation steht. Nun wohl an, was ist das für ein Zustand, wo diejenige Versammlung, welche dem Namen nach die höchste Würde und Autorität für ganz Deutschland repräsentirt, in eben diesem Deutschland nirgends geachtet, und fast allgemein verachtet wird! Darüber kein Wort weiter.

Soll also der deutsche Bund je zu einer Activität gelangen, so muß er ein anderes Organ erhalten.

Die Bundesversammlung, oder der Bundestag, ist offenbar nach völkerrechtlichen Grundsätzen gebildet, weil ein Verein ganz unabhängiger Staaten allerdings kein anderes Organ als eine Gesandtenconferenz zuläßt. Indessen ist der deutsche Bund nur der Form nach als ein rein völkerrechtlicher Verein anzusehen, insofern die deutschen Staaten bei der Stiftung des Bundes alle wirklich ganz souverän waren, oder wenigstens dafür galten, während andererseits nicht zu leugnen ist, daß ihr Beitritt zum Bunde durchaus nicht in ihrem bloßen Belieben lag, sondern ein moralischer Zwang dazu stattfand, dem nöthigenfalls wohl auch ein materieller Zwang gefolgt sein würde. Noch mehr ist die Thatfache zu beachten, daß zwischen den deutschen Staaten von Alters her ein Rechtsverband bestanden, der, wenn auch gelöst, doch überall so viel Erinnerungen und Trümmer zurückgelassen hatte, daß der deutsche Bund der Sache nach weit mehr als eine Umbildung des ehemaligen Reiches, denn als ein ganz neues Institut anzusehen war. Und endlich soll der Bund nach

seinen eigenen Grundgesetzen unauflösbar sein, was auch mit einem rein völkerrechtlichen Charakter unvereinbar ist. Er ist somit mehr als ein bloß völkerrechtlicher Verein, und darum muß auch sein Organ mehr sein als eine bloße Gesandtenconferenz, die nur zum Verhandeln genügen würde, nicht aber zum Handeln.

Also kurz gesagt, es kommt auf ein Organ an, wodurch der Bund ein handlungsfähiges Subjekt wird. Die Bundesversammlung kann das niemals sein, weil sie selbst gar keinen souveränen Willen hat, sondern nur den allgemeinen Zwischenträger der deutschen Regierungen bildet. Eine solche Versammlung ist allenfalls brauchbar, um nach den Instruktionen der einzelnen Regierungen Beschlüsse zu Stande zu bringen, aber nicht um selbst etwas zu beschließen, und noch weniger um das Beschlossene auszuführen. Denn sobald es zur Ausführung kommt, muß eine Gewalt da sein, die an und für sich selbst Respekt gebietet, und die Vollmacht besitzt nach den niemals im Voraus zu berechnenden Umständen auf eigene Verantwortung zu handeln. Die Bundesversammlung ist aber für die einzelnen Staaten selbst keine Respektperson, und kann niemals um ein Haar weiter gehen, als ihre Instruktionen reichen. Darum hat sie auch im Wesentlichen noch niemals selbst gehandelt, sondern die einzelnen Regierungen haben für sie gehandelt. Dies geht indessen nur bei kleinen Sachen, und würde jedenfalls ganz unthunlich sein, wenn es je dahin käme, daß der Bund eine eigene Politik, oder gar einen großen Krieg führen sollte, wozu er doch das Recht, und unter Umständen die Pflicht hat. Wir möchten sehen, wie es

möglich wäre, mittelst der Bundesversammlung einen Bundeskrieg gegen Frankreich zu führen. Gewiß es würde ähnlich gehen, wie es zur Zeit des ehemaligen regensburger Reichstages mit den Reichskriegen erging.

Dazu gehört eine Centralgewalt, in welcher die Kollektivgewalt der einzelnen Staaten nicht bloß dem Namen nach representirt ist, wie in der Bundesversammlung, sondern realiter concentrirt wird, und die also nicht aus Gesandten sondern nur aus den Souveränen selbst gebildet werden kann.

Diese Forderung haben wir jetzt näher zu betrachten.

IX.

Das deutsche Fürstenthum bildet den Mittelpunkt der Frage.

„Vergessen Sie nur nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß Ich selbst Einer von denselben bin,“ sagte Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1848 zu Köln.

Diese Worte sollen uns zum Text der nachfolgenden Betrachtung dienen, weil sie in der That die Quintessenz der ganzen Sache enthalten, und die Erinnerung daran vor Allem Noth thut. Denn man scheint es allerdings ganz vergessen zu haben, und selbst an Orten, wo man es nicht erwarten sollte, scheint man es vergessen zu haben, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß insbesondere die

Könige von Preußen auch dazu gehören. Ja die ganze Nationalitäts- und Einheitspartei scheint es sich zum ausdrücklichen Gesetz gemacht zu haben die Existenz der deutschen Fürsten zu ignoriren, oder höchstens einen finsternen Seitenblick darauf zu werfen.

Wie sonderbar, daß man von der deutschen Nation sprechen, und dabei grade von demjenigen Elemente absehen will, welches doch rechtlich wie thatsächlich an der Spitze dieser Nation steht, d. h. von den deutschen Fürsten! Und wie sonderbar, daß diese Nation einig werden soll ohne ihre Häupter! Sollte dies je möglich sein, so müßte man ja diese Häupter zuvor abgeschlagen haben.

Will man also eine deutsche Nationaleinheit ohne die Fürsten herstellen, so muß man die Fürsten von Land und Leuten vertreiben, oder man weiß selbst nicht was man will. Wir sagen ausdrücklich vertreiben, denn gutwillig, oder auf freundliches Anrathen, gehen sie nicht. Dabei mag man aber wohl bedenken, daß die deutschen Fürsten keinesweges so lose an dem deutschen Nationalkörper angeklebt sind wie die italienischen Fürsten, sondern seit tausend Jahren mit demselben verwachsen, und wohl eigentlich selbst den Kern desselben bilden. Um diese Fürsten los zu werden, würde es also einer Revolution bedürfen, welche den ganzen Nationalkörper bis auf die unterste Schicht der Bevölkerung aufwühlen, und nach der Vernichtung aller bestehenden Rechte, wie aller Rechtsachtung, mit der reinen Gewaltherrschaft endigen müßte. Selbst unter den am meisten fortgeschrittenen Demokraten dürften nur Wenige sein, welche vor dieser Perspective nicht zurückschrecken, und diesen

Wenigen wollen wir gern das Zeugniß geben, daß sie ihr Geschäft verstehen. Der große Troß der Nationalvereiner hingegen mag sich in den Worten Schillers spiegeln:

„Den schlechten Mann muß man verachten,
Der nie bedacht was er vollbringt.“

Folgen die Constitutionellen, welche das Fürstenthum an und für sich nicht angreifen, sondern ausdrücklich erhalten wollen, aber dasselbe durch eine Rechtsfiction aus der Rechnung eliminiren, indem sie den regierenden Herrn hinter den Schirm seines Ministeriums verstecken. Sie sprechen darum immer nur von der Regierung, als von einem abstracten Wesen, welches sich dialectisch verarbeiten läßt, wie man will, von dem Fürsten aber, welcher doch thatsächlich die ganze Souveränität inne hat, und nach dem Bundesrecht überall inne haben soll, wird naiver Weise geschwiegen. So will es die constitutionelle Logik, richtiger Sophistik zu nennen. Wir erklären unumwunden, daß diese aus dem Ausland importirte Maxime dem Charakter des deutschen Fürstenthumes nicht entspricht, und überhaupt gar keinen Sinn hat, so lange die deutschen Fürsten die Staatsgewalt nicht bloß representiren, wie die Königin von England, sondern dieselbe nach Art. 57 der Wiener Schlußakte noch wirklich in ihren Händen halten. Aber wie es sich auch mit dem Werth oder Unwerth dieser Maxime verhalten mag, so viel ist jedenfalls klar, daß sie nur auf die in einem Einzelstaate vorkommenden Verhältnisse anwendbar ist. Handelt es sich hingegen um einen Staatenbund, worin jeder einzelne Staat seinen besonderen Fürsten hat, und soll in diesem Staatenbund eine Centralgewalt errichtet

werden, welcher folglich die einzelnen Fürsten selbst unterworfen sind, so ist dies jedenfalls eine Frage, bei deren Lösung auch die Fürsten selbst ein Wort mitzusprechen haben, und die man überhaupt gar nicht erörtern kann, ohne ganz ausdrücklich von den Fürsten zu sprechen, und ihre Stellung scharf in's Auge zu fassen.

Folgen schließlich die Absolutisten und Theokraten, die wir um deswillen zusammenfassen; weil sie in der Praxis darin übereinstimmen, daß sie von dem Fürstenthum nur sprechen um es zu adoriren, da es als ein übermenschliches Wesen jeder Untersuchung entzogen bleiben soll. Wir haben noch nie etwas Uebermenschliches in dem Fürstenthume entdecken können, so wenig als wir etwas Unmenschliches darin finden, sondern es gehört für uns in den Complex der menschlichen Dinge, worüber es nicht um ein Haar breit hinausreicht, und innerhalb dessen es zu betrachten ist.

Aber so geschieht es nun, daß die verschiedensten und entgegengesetztesten Parteien, von den rothesten Demokraten bis zu den schwarzesten Theokraten durch alle Schattirungen hindurch, doch darin übereinkommen, daß sie wie auf eine Verabredung mit gemeinsamen Kräften beflissen sind, das Thema von den deutschen Fürsten aus der öffentlichen Discussion fern zu halten, und wo möglich aus dem öffentlichen Bewußtsein herauszureißen. Das ist ihnen auch so wohl gelungen; daß es in dieser Hinsicht bereits zu einer allgemeinen Verdummung gekommen ist, in Folge deren die ganze Nation den Wald vor Bäumen nicht mehr zu sehen scheint. Denn was ist es anders, wenn man nicht sieht, daß grade die deutschen Fürsten selbst den Mittelpunkt der deutschen Frage

bilden, und daß man von keiner Nationaleinheit sprechen kann, ohne von den deutschen Fürsten zu sprechen. Statt dessen geht man um diesen Mittelpunkt der Frage herum, immer im Kreise, schon seit zwölf Jahren, und eben deswegen kommt die deutsche Frage nicht von der Stelle, indem man sich der Lösung auch nicht um einen Zoll breit nähert.

Und doch bedarf es nur eines sehr einfachen Raisonnements, um diesen Mittelpunkt sofort zu treffen. Nämlich so.

Das deutsche Staatensystem ist ein aus vielen Monarchien zusammengesetzter Körper, wozu zwar auch vier freie Städte gehören, welche aber in dem Ganzen so sehr verschwinden, daß sie für alle principiellen Fragen ganz außer Anjaß bleiben müssen, und der deutsche Bundeskörper schlechtweg als ein fürstenthümlicher anzusehn ist. Setzt entsteht die Aufgabe, den bloß passiven Zusammenhang, welchen dieses Staatensystem, d. h. dieser fürstenthümliche Körper bisher gehabt, zu einem activen zu erheben, und ihm zu dem Ende ein Organ zu geben, wodurch ein einheitliches Handeln ermöglicht wird. Die Frage ist, wie sollen wir zu diesem Organ gelangen? Es giebt dazu überhaupt zwei denkbare Wege, d. h. entweder eine radikale Revolution oder eine friedliche Entwicklung. Der erstere Weg gilt allgemein für ein Unglück, und kommt nicht weiter in Betracht. Bleibt also nur der letztere Weg, so bleibt auch nur eine einzige Möglichkeit, um die erwünschte Einheit zu erreichen, nämlich die, daß die Fürsten, welche doch offenbar die Spitzen des Partikularismus bilden, sich selbst vereinigen, und dadurch den Partikularismus aufheben, insoweit er überhaupt aufgehoben werden kann und soll. Denn will man den

Partikularismus aufheben, so muß es doch in den souveränen Spitzen geschehn, oder man erreicht in der Hauptsache gar nichts. Diese souveränen Spitzen kann man aber nicht durch irgend etwas Drittes vereinigen, eben weil sie souverän sind, sondern sie können sich nur selbst vereinigen. Weit entfernt daher, daß man bei dem Streben nach deutscher Einheit von den Fürsten abstrahiren könnte, kann diese Einheit vielmehr nur mit den Fürsten, und durch die Fürsten selbst verwirklicht werden, und wird sie nicht durch die Fürsten verwirklicht, so wird sie gar nicht verwirklicht, — außer, man will die Revolution.

Eine Einheit mit den Fürsten und durch die Fürsten, — mit diesem Satze beginnt die Lösung der deutschen Frage. Er ist der Fundamentalsatz, und, wie es scheint, nicht schwer zu begreifen. So lange man hingegen diesen Fundamentalsatz gleichwohl nicht begreift, ist alles Gerede von deutscher Einheit nur ein leerer Schall, ein Schlag in die Luft. Denn wie eine Nation einig werden soll, ohne daß ihre Häupter vereinigt sind, geht über den menschlichen Verstand.

Nun handelt es sich aber nicht bloß um eine Einheit im Geist und im Gemüthe, so herrlich und schön sie auch sein mag, sondern um eine reale greifbare Einheit, die sich praktisch fundgiebt, und auch die Macht besitzt, etwaige Renitenzen danieder zu halten. Eine solche reale und machtvolle Einheit kann also nur entstehen, wenn die souveränen Fürsten sich selbst realiter vereinigen, und die Machtvollkommenheit, die ihnen als Regenten ihrer Partikularstaaten bewohnt, auch in Eins zusammenzufassen, insoweit es der

Bundeszweck erfordert, um dann diese Machtfülle, welche durch den Zuschuß von allen Einzelnen entsteht, collegialisch zu verwalten. Jeder deutsche Fürst muß demnach eine doppelte Residenz halten, die eine in der Hauptstadt seines Landes für die Partikularregierung, und die andere in der Bundesstadt für die Mitregierung des Bundes.

Dies ist unsre Idee nach ihren allgemeinsten Umrissen. Wir werden denselben allmählig eine bestimmtere Fassung geben, Schritt vor Schritt vorwärts schreitend.

X.

Die Bundes-Centralgewalt muß eine Dreiherrschaft sein.

Die nächste Aufgabe ist jetzt den Antheil zu bestimmen, den die einzelnen Bundesfürsten an der Bundesregierung haben sollen. Das Stimmverhältniß, -wie es die Bundesakte feststellt, kann dabei nicht wohl als Maßstab gelten, weil dasselbe fast gar keine Rücksicht auf die Machtverhältnisse nimmt, und es lediglich der Praxis überläßt, daß die mächtigen Glieder durch ihren thatsächlichen Einfluß auf die mindermächtigen sich eine angemessene Stimmzahl zu sichern suchen. Diese Bestimmung ist keinesweges so sinnlos, wie sie auf den ersten Anblick scheint, weil ja ein solcher Einfluß immer bestehen, und sich auch immer geltend machen wird,

allein sie ist doch nicht haltbar, wenn der Bund in Zukunft eine wirkliche Thätigkeit entfalten soll, wie er sie bisher nicht gehabt. Und sie ist insbesondere nicht haltbar, wenn der Bund in Zukunft eine active Rolle nach Außen hin spielen, also eine eigene Politik führen soll, und unter Umständen auch Krieg.

Das Erstere hat er bisher noch nie gethan, das Letztere nur ein einziges Mal, und man weiß wie es ging. Und doch war es nur ein Krieg gegen Dänemark. Wie würde es erst in einem Kriege gegen Frankreich gehen, der gewiß nur dann Erfolg haben kann, wenn wirklich eine Vereinigung aller Kräfte stattfindet. Gleichwohl ist doch gerade die Sicherung gegen Frankreich das Hauptmotiv bei der Gründung des Bundes gewesen, allein die Absicht bleibt unerreichbar, wenn nicht eine Aenderung eintritt.

Die Aufgabe praktisch gestellt, kommt es lediglich darauf an, daß der Bund die Fähigkeit gewinnt als eine Macht auftreten zu können, und was dazu gehört, um ihm diese Fähigkeit zu geben, ist nicht bloß nach den inneren Verhältnissen seiner Mitglieder, sondern auch nach deren europäischen Verhältnissen, und nach seiner eigenen europäischen Lage zu betrachten. In beider Hinsicht ist die Grundbedingung, ohne welche überhaupt gar nichts zu erreichen steht, daß ihm die Macht von Oesterreich und Preußen zufließt. Allein diese beiden Staaten sind nicht bloß Bundesglieder, sondern zugleich europäische Mächte, und seit lange gewohnt ihren Gravitationspunkt nicht im Bunde, sondern in den europäischen Verhältnissen zu suchen. Sie werden sich nur schwer entschließen, sich wirklich dem Bunde einzufügen, ob-

gleich die bisherige Erfahrung lehrt, wie wenig sie durch ihre separate Großmachtspolitik gewonnen, und wie viel sie dabei verloren haben. Denn leider ist es mit den Staaten fast immer so, daß Gewohnheit, Vorurtheil und Leidenschaft weit mächtiger sind, als die Stimme der gesunden Vernunft. Wie dem auch sei, so können und werden sich diese beiden Staaten nur dann dazu verstehen, ihre bisherige Sondermacht mit dem Bunde zu einer Gesamtmacht zu vereinigen, wenn sie in diesem Bunde selbst die entscheidende Stimme haben. Beide also sind zwei besondere Glieder, und gar nicht nach dem Maßstab der Uebrigen zu bemessen. Darüber kann kein Zweifel entstehen.

Es fragt sich sodann, was wird mit den übrigen Bundesgliedern, von denen kein Einziges stark genug ist, um sich für sich allein geltend zu machen? Offenbar können sie nur zusammengenommen sich mit den beiden Hauptmächten vergleichen. Allein sie bilden kein Ganzes, sondern sie erscheinen gegenüber der compacten Macht von Oesterreich und Preußen nur als Masse, und diese Masse, obwohl sie beträchtlich größer ist als die preussischen Bundeslande, und fast eben so groß als das ganze Preußen, ist eben wegen ihrer Zusammenhangslosigkeit ohne Frage viel schwächer als Preußen. Da es sich nun gerade um Macht handelt, so scheint es ein naheliegender Gedanke, daß sich die ganze Masse der übrigen Staaten nach geographischer Zweckmäßigkeit an Preußen und Oesterreich anzuschließen hätte, und somit der Bund zu einer Zweiherrschaft würde.

In der That ist derselbe bisher der Sache nach nichts Anderes gewesen, allein dieser bisherige Zustand war eben

der Zustand der Lethargie des Bundes, und diesen bisherigen tatsächlichen Zustand nunmehr zu einem rechtlichen zu machen, wäre wahrlich nicht der Weg dem Bunde ein höheres Leben zu geben, sondern schon der Versuch dazu würde wahrscheinlich den Bund ganz sprengen. Auch zeigt sich leicht, daß die Gründe, welche für einen solchen Dualismus angeführt werden, durchaus einseitig sind, weil sie nur vom militärischen Standpunkt ausgehen, indem sie lediglich die Bequemlichkeit der Kriegführung ins Auge fassen. Der maßgebende Standpunkt für den Bund kann aber nicht der militärische sein sondern der politische, da der Krieg doch immer nur als Mittel für die Politik gilt. Stellt man sich aber auf den politischen Standpunkt, so ist folgendes zu sagen.

1) Sicherung der deutschen Westgrenze ist der vornehmste Zweck des deutschen Bundes. Dieses zugegeben, haben folglich alle diejenigen Staaten, welche im Fall eines Kriegs mit Frankreich dem ersten Angriff ausgesetzt sind, und wie so viele Beispiele lehren, darauf gefaßt sein müssen das Kriegstheater zu werden, eine besondere Wichtigkeit, die nicht bloß nach der Summe ihrer Militärräfte, sondern zugleich nach ihrer geographischen Lage zu würdigen ist. Nun liegen Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt ganz eben so in der ersten Angriffslinie als Preußen wegen seiner Westprovinzen, Kurhessen aber und Hannover liegen grade zwischen diesen Westprovinzen und dem östlichen Körper der preussischen Monarchie, und gewinnen dadurch ebenfalls für die Vertheidigung des Rheines eine erhöhte Wichtigkeit. Denn von dem Verhalten aller dieser Staaten

wird der Erfolg sehr wesentlich abhängen. Handelte es sich statt dessen um den Schutz der Ostgrenze, so wäre es ganz anders. Da würden Preußen und Oesterreich die allein entscheidenden Faktoren, und die Kriegführung der Sache nach nur eine preussische und eine österreichische sein, wobei die übrigen deutschen Staaten nur in der Gestalt einer Hülfsmacht mitwirken könnten. Ein Rheinkrieg hingegen muß als deutscher Krieg geführt werden, und grade die Perspective eines Rheinkrieges ist der entscheidende Punkt für die Bundeskriegsverfassung. Nur zu diesem Zwecke haben wir Bundesfestungen, und an der Rheingrenze ist auch der Sitz der Bundesbehörde.

2) Ist zwar die Militäirkraft der kleineren Bundesstaaten selbst zusammengenommen der preussischen nicht zu vergleichen, nicht bloß weil sie aus so vielen verschiedenen Contingenten besteht, sondern weil auch die einzelnen Staaten selbst bei weitem nicht so militärisch sind als Preußen, allein dies bildet keinen richtigen Maßstab der Vergleichung, da es sich rechtlich nicht um die preussische Gesamtmacht sondern nur um das preussische Bundescontingent handelt. Dieser rechtliche Gesichtspunkt ist aber durchaus nicht so unwichtig, wie Viele zu meinen scheinen, weil er in der Grundverfassung des Bundes selbst liegt, und nicht ohne weiteres übersprungen werden kann, ohne diese Grundverfassung selbst aufzugeben, und wo bliebe dann der Bund? Er wäre ja ipso facto aufgelöst. Und selbst davon abgesehen, liegt es auf der Hand, daß es für Preußen selbst ganz unmöglich ist, jemals mit seiner ganzen Militäirkraft am Rhein zu erscheinen, sondern daß es immer einen sehr großen Theil derselben zur Deckung seiner Küste und seiner

Ostgrenze zurück behalten muß. Dahingegen können die Contingente der kleineren Staaten fast ganz und gar im Westen benützt werden, und gewinnen dadurch an relativer Wichtigkeit, zumal da sich unter denselben doch sehr gute Truppen befinden, wie namentlich die Hanoveraner, Hessen und Bayern, und die Erfahrung lehrt, wie wichtig insbesondere Bayern in einem Rheinkrieg werden kann, unter Umständen gradezu entscheidend.

3) Ohne Zweifel kommt es vor Allem darauf an, ein Zusammengehen von Preußen und Oesterreich zu bewirken, ohne welches an eine deutsche Gesamtmacht nie zu denken ist. Allein dem steht eine tiefgewurzelte Rivalität entgegen, und diese Rivalität würde durch die Einrichtung einer förmlichen Zweiherrschaft nicht etwa gedämpft, sondern ohne Frage gesteigert werden, weil damit der temperirende Einfluß verschwände, welchen die übrigen Bundesstaaten bisher ausgeübt haben, und ausüben können.

4) Verschwände zugleich für diese Staaten selbst ein sehr wesentliches Motiv, im Falle der Noth auch treu und fest an dem Bunde zu halten, weil sie ja ihre Selbstständigkeit, die ihnen der Bund sichern soll, durch solchen Dualismus vielmehr verlieren würden. Denn man kann sich doch nicht verhehlen, was auf der Hand liegt, daß eine solche Zweiherrschaft, wenn sie sich einmal rechtlich festgestellt hätte, allmählig zu einer förmlichen Mediatifirung der übrigen Staaten führen müßte. Wie natürlich, daß sie eine solche Perspektive scheuen, und im äußersten Falle auch selbst zum Äußersten greifen würden. Wenn also der Dualismus allerdings den Vortheil einer bequemern Kriegführung verspricht, so hat er den viel grö-

heren Nachtheil die Treue der übrigen Bundesstaaten wankend zu machen, und dieselben unfehlbar dazu anzureizen, im Falle der Noth, und grade wenn es darauf ankommt, von dem Bunde abzufallen. Den Dualismus befürworten heißt den Rheinbund provoziren. Und wer hätte einen neuen Rheinbund mehr zu fürchten als grade Preußen, auf dessen Unkosten er entstehen würde.

5) Wäre es ein Unrecht und eine offenbare Selbstüberhebung der beiden Großmächte, wenn sie die Masse der übrigen Bundesstaaten für so gering ansehen wollten, daß ihr gar keine eigene Bedeutung zukäme, da nur in Beziehung auf die Militairkräfte ein entschiedenes Uebergewicht der Großmächte stattfindet, aber nicht in Beziehung auf die Culturkräfte, die auch eine politische Bedeutung haben.

In dieser Hinsicht ist es vielmehr grade umgekehrt, die Summe der Culturkräfte dieser Bundesstaaten ist viel größer als in Preußen, geschweige denn in Oesterreich.

Man überblicke doch einmal die Fülle der Culturkräfte, welche die vielen mittleren und kleinen Residenzen, einschließlich der freien Städte, in sich enthalten, woraus eine Gesamtwirkung entspringt, die durch das eine Berlin nicht entfernt aufgewogen wird. Dann zähle man weiter die hohen und mittleren Bildungsanstalten für Wissenschaften, Künste und Gewerbe, welche in den Mittelstaaten den entsprechenden preußischen Anstalten kaum nachstehen, aber es sind ihrer viel mehr. Auch ist der durchschnittliche Wohlstand in jenen Ländern ohne Frage viel größer als in dem ganzen östlichen Theile der preußischen Monarchie, und kann darum um so mehr für Culturzwecke geschehen, als man nicht einen so großen Militairaufwand zu machen hat, wie

es doch für Preußen ganz unvermeidlich ist. Welche Culturkräfte enthält allein das kleine Sachsen, und welche preußische Provinz von gleicher Bevölkerung kann sich damit vergleichen? Kaum Brandenburg, trotz Berlin. Und woher stammen denn die Männer, welche sich in Künsten und Wissenschaften Ruhm erwarben? Nur der kleinere Theil stammt aus Preußen, und ein noch kleinerer Theil aus Oesterreich. Ja was noch mehr ist, selbst von den namhaften Staatsmännern und Generälen dieser beiden Staaten stammt vielleicht die Hälfte aus dem übrigen Deutschland. Oder woher kamen denn Stein, Hardenberg, Blücher und Scharnhorst? Keiner von ihnen stammt aus Preußen. Will man also der Wahrheit die Ehre geben, so wird man sagen müssen, daß die kleineren deutschen Staaten an geistigen Kräften überlegen sind, da es thatsächlich feststeht, daß sie mehr bedeutende Männer hervorgebracht haben als Preußen, und wenn man der Sache weiter nachdenkt, so findet man bald die Gründe, die es zum mindesten sehr wahrscheinlich machen, daß dasselbe Verhältniß auch in Zukunft stattfinden wird. Preußen hat seinen specifischen Charakter als Militairstaat, und ist der deutsche Militairstaat par excellence, nicht aber der deutsche Culturstaat, sondern als solcher nur Nummer Zwei, und Oesterreich Nummer Drei.

Wenn also die geistige Bedeutung der kleineren deutschen Staaten so entschieden hervortritt, wird man doch nicht etwa glauben wollen, daß sie selbst kein Bewußtsein darüber hätten. Sie wissen es sehr wohl, und fühlen sich eben deshalb auf das Tiefste verletzt, wenn man sie um der allerdings unleugbaren Inferiorität ihrer Militairkräfte willen

zu einem bloßen Anhängsel der Großmächte machen will. Und wie natürlich ist es, daß sich dieses Gefühl der Bitterkeit und Kränkung am meisten in den Fürsten ausdrückt, welche ja die Persönlichkeit ihrer Staaten bilden.

Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Billigkeit wird immer die allerbeste Politik für den Bund sein, und nach alledem entspricht es weder der Wahrhaftigkeit noch der Gerechtigkeit, wenn sich Oesterreich und Preußen für die alleinigen Repräsentanten der Bundesgewalt ansehen wollten. Noch viel weniger der Billigkeit, als welche vielmehr den beiden Großstaaten sagen muß, daß sie es doch zum guten Theil nur äußeren Umständen verdanken, wenn sie sich im Laufe der Zeit so bedeutend über die ihnen früher gleichstehenden Bundesgenossen erhoben haben, und sich also wohl veranlaßt fühlen sollten, diese ihre Ueberlegenheit nicht allzu sehr geltend zu machen, da doch möglicherweise auch Umstände eintreten könnten, wodurch sich solche Selbstüberhebung sehr bitter rächen würde. Es ist nichts Seltenes, daß große Kaufleute failliren, während sich kleinere Kaufleute erhalten, und wie die Geschichte lehrt, geschieht Aehnliches auch in der Staatenwelt, und überall kommt Hochmuth vor dem Fall.

Will man deutsche Angelegenheiten behandeln, so ist es selbstredend, daß man sich dabei weder auf den preussischen, noch auf den österreichischen Standpunkt stellen darf, noch auf den mittelstaatlichen, sondern auf den allgemein deutschen. Wer dies nicht will oder nicht kann, thäte besser von deutschen Angelegenheiten zu schweigen, da all sein Reden nur Verwirrung und Zwietracht stiften kann. Sollte man die deutschen Dinge vom preussischen Stand-

punkt aus beurtheilen, so wäre es fast ähnlich, wie wenn man die Malerei vom Standpunkt der Architectur betrachtete; wobei der Architect vielleicht behaupten würde, daß die Gemälde doch eigentlich nur zur Ausschmückung der Häuser dienen, während der Maler entgegen könnte, daß die Wände doch eigentlich dazu da wären, um sie zu bemalen, und mit allem Hin- und Herreden käme man niemals zur Erkenntniß der Sache. Leicht ist es sich ein Publikum zu machen, wenn man überkommenen Vorurtheilen und Leidenschaften schmeichelt, aber patriotisch ist es vielmehr solche Vorurtheile und Leidenschaften zu bekämpfen, welche die Quelle alles Unglücks in Deutschland sind.

Als das Allererste, und nach Lage der Dinge allein Erreichbare scheint uns also die Einrichtung einer Dreiherrschaft, dergestalt, daß neben Oesterreich und Preußen die übrigen Bundesstaaten ein drittes Machtglied zu bilden hätten. Wir wissen, dieser Gedanke ist nicht neu, er ist schon vielfach ausgesprochen, unter anderen selbst von dem Verfasser dieser Blätter schon vor einer Reihe von Jahren.*) Es gehört auch gar kein besonderer Scharfsinn dazu, um zu diesem Gedanken zu gelangen, sondern nur eine unbefangene Beobachtung, und die nöthige Wahrheitsliebe, um die Dinge so darzustellen, wie sie wirklich sind. Dann wird man sogleich drei Punkte bemerken. Nämlich 1) daß Oesterreich und Preußen etwas wesentlich Verschiedenes von den übrigen Bundesstaaten sind; 2) daß diese übrigen Bundesstaaten einzeln alle zu schwach sind, um eine eigne Macht-

*) Von der deutschen Föderation, Berlin 1851.

stellung einzunehmen; 3) daß sie aber im Ganzen viel zu bedeutend sind, um sich als ein bloßes Anhängsel von Oesterreich und Preußen verwenden zu lassen, da sie ja eigentlich den schönsten Theil der ehemaligen Reichslande bilden, und darum, was sie einzeln nicht vermögen, um so gewisser collectiv beanspruchen dürfen. Darüber ist gar nicht hinweg zu kommen. Entweder also muß im Bunde Alles beim Alten bleiben, oder wenn man eine eingreifende Reform will, so muß man diese Richtung einschlagen, sonst ist nichts zu erreichen.

Schließlich nur noch einige Worte über den oft gehörten Einwand, daß eine solche Dreiherrschaft ja selbst die Einleitung zu einem neuen Rheinbund sein würde. Es zeigt sich leicht, wie sehr dieser Einwand nur auf oberflächlichem Schein beruht. Denn der Rheinbund würde doch darin bestehen, daß die Mittel- und Kleinstaaten aus dem Bunde austreten, und sich an Frankreich anlehnen, um gegen Oesterreich und Preußen Front zu machen. Hier aber sollen sie sich innerhalb des Bundes vereinigen, um dann mit Oesterreich und Preußen eine Gesamtmacht zu bilden, welche gegen Frankreich Front macht. Es wäre also das grade Gegentheil des Rheinbundes, und käme diese Einrichtung nur wirklich zu Stande, so wäre ein Rheinbund für immer unmöglich.

XI.

Die Mittelstaaten.

Die weitere Frage ist, in welcher Form die Masse der übrigen Bundesstaaten ihre Stelle in der Dreiherrschaft einnehmen könnte, wozu es offenbar noch einer besonderen Organisation bedarf, um sie aus ihrem bisherigen Zustand als einer bloßen Masse zu erheben. Dabei scheint es uns wesentlich, vorweg von den eigentlichen Kleinstaaten ganz abzusehen, und uns nur auf die sogenannten Mittelstaaten zu beschränken. Sonst würde das Ganze zu complicirt, und dadurch praktisch unausführbar.

Den Kleinstaaten geschieht mit dieser Aussonderung durchaus kein Unrecht, da ihnen nichts entzogen werden soll, was sie bereits besitzen, sondern ihre rechtliche Lage dabei unverändert bleibt, wie sich weiterhin zeigen wird. Auch spricht hier die Analogie mit der ehemaligen Reichsverfassung, wonach sich die Fürsten zwar Alle für wesentlich gleich hielten, aber niemals einen gleichen Antheil an der Reichsgewalt besaßen. Was nun ehemals die Reichsgewalt war, ist jetzt die Bundesgewalt, und in unserem Falle handelt es sich ausdrücklich nur um die hohe Politik, woran die Kleinstaaten nie einen Antheil gehabt haben, und nie erlangen können. Die Mittelstaaten hingegen sind dazu allerdings fähig, haben auch immer einigen Antheil an der hohen Politik genommen, und dessen selbst im Bunde nicht ganz entbehrt. Es handelt sich also in dieser Hinsicht nicht um etwas ganz

Neues, sondern theils nur um die Regulirung, theils um die Belegung eines bereits wirklich bestehenden Verhältnisses.

Welches sind aber die Mittelstaaten? Diese Kategorie ist genau festzustellen, sobald es sich um eine organische Einrichtung handelt. Wir zählen dazu Baiern, Hannover, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Mecklenburg. Dafür folgende Gründe.

Was zunächst die drei ehemaligen Kurstaaten Baiern, Hannover und Sachsen anbetrifft, so steht ihre Wichtigkeit ganz außer Frage. Nun aber wurden Württemberg, Baden und Kurhessen in den letzten Tagen des Reiches auch noch zur Kurwürde erhoben, und somit den alten Kurfürstenthümern gleichgestellt. Nur Mecklenburg ist nie dazu gelangt. Es wurde aber schon im 14. Jahrhundert unter Kaiser Karl IV. zum Herzogthum erklärt, also zu einer Zeit, wo das herzogliche Prädikat noch viel bedeutete, und wo Baiern auch noch ein Herzogthum war, und Württemberg noch eine Grafschaft, indem dasselbe erst zu Ende des 15. Jahrhunderts das herzogliche Prädikat erhielt. Sehen wir von diesen Reminiscenzen ab, welche nur die äußere Würde betreffen, (die doch nicht ganz gleichgültig ist) so liegt ferner die Thatsache vor, daß alle diese Länder schon seit Jahrhunderten in die europäische Politik verflochten sind. Das ist zwar auch mit manchen Kleinstaaten nicht selten der Fall gewesen, beruhte dann aber auf der Persönlichkeit der Fürsten, so daß es nur zufällig und vorübergehend erschien, und was die ehemalige politische Wichtigkeit der Stadtrepubliken anbetrifft, so hing dieselbe von der Hanja ab, welche verschwunden ist. Sene Länder hingegen

haben seit dem dreißigjährigen Kriege wohl ununterbrochen in auswärtigen Verbindungen gestanden, und immer eine gewisse Macht repräsentirt, die man mit in Rechnung zog. Nur in Beziehung auf Baden könnte dies bezweifelt werden, da dieser Staat erst in neuester Zeit zu einer beträchtlicheren Größe gelangte, und wegen der geringen Cohärenz, die er in Folge seiner Zusammensetzung aus so verschiedenen Elementen besitzt, noch immer einen schwachen Körper darstellt, der sich nach seiner Wehrbarkeit durchaus nicht mit Kurhessen vergleichen kann, obwohl er dasselbe an Bevölkerung weit übertrifft. Dieses hat sich bekanntlich schon seit Jahrhunderten im Militairwesen hervorgethan, und seine Soldaten gehören zu den besten, welche der deutsche Boden hervorbringt. Dahingegen steht Baden durch seine Culturmittel und Capitalkräfte den übrigen Mittelstaaten durchaus gleich, und hat wegen seiner Lage als Grenzstaat gegen Frankreich noch eine eigenthümliche Wichtigkeit.

Es scheint also wohl, wenn man Alles in Allem erwägt, daß diese Länder sich so merklich von den Kleinstaaten unterscheiden, daß nichts Willkürliches darin liegt, wenn sie eine besondere Kategorie bilden, sondern nur die Anerkennung eines wirklich bestehenden Verhältnisses. In Betreff Mecklenburgs ist dabei noch zu bemerken, daß wir von der Theilung der Regierung unter zwei Linien abstrahiren, welche bekanntlich die Landeseinheit nicht aufhebt. Was hingegen Kurhessen betrifft, so dürfte eine Vereinigung mit Plessen-Darmstadt vorbehalten bleiben, bis dahin aber die Stimme lediglich von Kurhessen zu führen sein. Wir hätten demnach sieben Mittelstaaten, welche zusammengenommen eine

Bevölkerung von über 14 Millionen umfassen, und wohl den Anspruch machen können einen besonderen Faktor der deutschen Gesamtmacht zu bilden.

Sie würden zu diesem Ende aus ihrer Mitte ein Glied erwählen, welches sie in der deutschen Dreiherrschaft zu vertreten hätte. Ob die Wahl auf Lebensdauer des erwählten Fürsten, oder nur auf Zeit zu geschehen, oder ob statt Wahl vielleicht selbst ein Alternat einzutreten hätte, muß wie alles weitere Detail dahin gestellt bleiben. Es wäre ein müßiges Geschäft, Vorschläge über Dinge zu machen, worüber sich doch erst entscheiden läßt, wenn es einmal wirklich zur Ausführung kommt, und worüber dann von den Betheiligten entschieden wird.

Man kann sagen, diese Mittelstaaten bildeten eine Art von neuem Kurcollegium. Der Vorsitz darin würde Baiern zufallen, im Uebrigen aber müßte Gleichberechtigung stattfinden, wie zwischen den ehemaligen Kurfürsten, deren Machtmittel ja auch sehr verschieden waren. Ist Baiern viel größer als Württemberg und Baden, so ist auch Hannover viel größer als Mecklenburg und Hessen, und wegen seiner Lage an der Nordsee, mit den Mündungen dreier großer Flüsse, kaum minder wichtig als Baiern. Aber in einem Staatenbunde kann es nicht sein wie in einer Aktiengesellschaft, wo man das Stimmrecht genau nach dem Aktienbesitz abmisst, sondern die Regel ist, daß jede Staatspersönlichkeit gleichgilt, und daß davon nur abgewichen wird, wo eine zwingende Nothwendigkeit vorliegt. Darum ist es allerdings nothwendig, einerseits die Mittelstaaten von den Kleinstaaten zu unterscheiden, wie es andererseits nothwendig

ist, daß Oesterreich und Preußen eine Ausnahmstellung einnehmen, weil dieselben als europäische Mächte von allen anderen Bundesstaaten verschieden sind. Baiern hingegen ist durch keine Qualität von den übrigen Mittelstaaten verschieden, sondern nur der größte derselben. Dieser Vortheil bleibt ihm unverloren, indem es in Folge dessen einen natürlichen Einfluß auf seine schwächeren Nachbarn ausübt, und also immer die Aussicht hat, in dem mittelstaatlichen Collegium sich nach seinem ganzen Gewicht geltend zu machen.

Endlich wollen wir noch hervorheben, wie unser Vorschlag sich auch dadurch empfiehlt, daß er dem norddeutschen wie dem süddeutschen Elemente gerecht wird. Jedes wäre durch eine Großmacht und drei Mittelstaaten repräsentirt, während Hessen, als der siebente Mittelstaat, auch gerade in Mitteldeutschland liegt, und unverkennbar ein Uebergangsland darstellt. Damit wären alle deutschen Rivalitäten temperirt, so gut es eben geht.

XII.

Nähere Beschreibung der Dreiherrschaft.

Jetzt stellt sich das Ganze folgendermaßen dar.

An der Spitze des Bundes stehen der Kaiser von Oesterreich, der König von Preußen, und einer von den Regenten der sieben Mittelstaaten, von seinen Collegen als ihr Repräsentant erwählt, dergestalt, daß die übrigen mittelstaatlichen

Fürsten sich zwar das Recht vorbehalten mögen, mit diesem ihren Repräsentanten in ununterbrochener Verbindung zu bleiben, und ihn mit ihrem Rath zu umgeben, Er allein aber an der Dreiherrschaft Theil nimmt, und in derselben votirt.

Es ist, wie schon gesagt, wesentlich, daß die Bundeshäupter ihre Befugniß persönlich ausüben, und zu dem Ende in der Bundesstadt eine Residenz halten, was dann folglich auch von allen mittelstaatlichen Regenten gilt. Doch kann diese Residenz selbstredend nur periodisch und auf kurze Zeit stattfinden, weil für alle diese Regenten die Regierung ihrer Partikularstaaten doch bei weitem die Hauptsache bleiben wird. Ihre stehende Residenz werden sie also in ihren respectiven Hauptstädten behalten, und ihre Residenz in der Bundesstadt wird so zu sagen nur in einem Absteigequartier bestehen. Oder um es anders auszudrücken, es wird in der Bundesstadt eine periodische Fürstenconferenz stattfinden, das ist der Kern der Sache, und mehr bedarf es nicht. Denn es sind ja überhaupt nur einzelne bestimmte Angelegenheiten, womit sich die Bundesgewalt beschäftigen soll, nämlich Fragen der hohen Politik und die damit zusammenhängenden Militairmaßregeln, welches zwar Dinge von der allerhöchsten Wichtigkeit sind, aber nach der Summe der Geschäfte nicht zu vergleichen mit den Regierungsgeschäften in den Partikularstaaten. Außerdem handelt es sich im Bunde zunächst nur um den Beschluß, d. h. um eine souveräne Entscheidung, die eben nur von den Souveränen selbst ausgehen kann.

Gleichwohl gibt es doch auch auf diesem Gebiete lau-

fende Geschäfte, welche ebenfalls eine souveräne Entscheidung erfordern. Auch ist es selbst zur Erhaltung der nöthigen Autorität ganz unerlässlich, daß die Bundesgewalt ihr ständiges Organ hat, und welches nur dadurch gebildet werden kann, daß die betreffenden Bundesfürsten einen beständigen Stellvertreter als ihr Alter ego in der Bundesstadt halten. Wie es nun wesentlich ist, daß die betreffenden Bundesfürsten ihre Befugniß persönlich ausüben, so müssen auch für diese Stellvertreter ähnliche Grundsätze gelten, als wonach in den Partikularstaaten bei Behinderung des Souveräns ein Regent bestellt wird. Die Stellvertreter in der Bundesstadt bedürfen also einer Generalvollmacht um souveräne Rechte auszuüben, und die betreffenden Bundesfürsten werden dazu nur Prinzen ihres Hauses bestellen, oder wenn sich unter denselben keine geeignete Persönlichkeit finden sollte, jedenfalls nur ein Mitglied aus den übrigen souveränen Häusern. Demnach wird es neun fürstliche Stellvertreter geben, welche in der Bundesstadt eine ständige Residenz haben, einer für den Kaiser von Oesterreich, einer für den König von Preußen, sieben für die mittelstaatlichen Fürsten, von welchen einer mit dem österreichischen und preussischen Stellvertreter die stellvertretende Dreiherrschaft bildet.

Um der neuen Behörde einen Namen zu geben, könnte man sie das „Bundesdirectorium“ nennen. Weil dies aber steif klingt, und als ein halb ausländisches Wort nicht wohl paßt, könnte man ganz füglich „Bundesherrschaft“ sagen, und danach die betreffenden drei Fürsten die „Bundesherren“ nennen, entsprechend den in der deutschen Regierungssprache von Alters her üblichen Ausdrücken „Can-

desherr“ und „Landesherrschaft.“ Die ständigen Stellvertreter würden „Bundesstatthalter“ heißen, und somit die ständige Behörde die „Bundesstatthalter-schaft“, ihr Sitzungsgebäude die „Bundesstatthalterei,“ oder noch kürzer „Bundeshof,“ um damit anzudeuten, daß er eine Collectivresidenz der Bundesfürsten darstellt. Wir werden uns in der Folge dieser Ausdrücke bedienen.

XIII.

Rechtliche Stellung derselben.

Was die Competenz dieser neuen Behörde betrifft, so ist dieselbe wesentlich auf Politik und Kriegswesen zu beschränken, und auch in dieser Beziehung nur auf das schlechterdings Nothwendige. Je weniger die bestehenden Verhältnisse dadurch gestört werden, um so eher darf man hoffen, daß diese Einrichtung wirklich zu Stande kommt.

Der dadurch zu erreichende Vortheil bleibt gleichwohl sehr groß, weil wir damit ein Organ bekommen, welches wirklich einen souveränen Willen hat, der dem gegenwärtigen Bundestage gänzlich fehlt, und welches daher auch mit entscheidendem Nachdruck handeln kann. — zwar nur in wenigen Dingen, aber grade in Dingen von der höchsten Wichtigkeit. Denn sobald es jetzt zwischen Oesterreich, Preußen und den Mittelstaaten zum Einverständniß über eine politische Maßregel gekommen, so ist die Garantie vorhanden, daß diese

Maßregel sofort zur Vollziehung gelangt, und ist dazu ein Krieg erforderlich, so wird der Krieg geführt. Daß aber eine solche Einigung zu Stande kommt, die freilich in jedem Falle die Vorbedingung bildet, — dies eben wird durch die periodischen Fürstenconferenzen, und durch das beständige Zusammensein der fürstlichen Stellvertreter ganz außerordentlich befördert, weil dadurch ein ununterbrochener Verkehr zwischen den regierenden Häusern entsteht, der etwas ganz andres besagen will als der Gesandtenverkehr im Bundespalais, woraus noch nie eine Einigung entsprungen ist, vielmehr nur kleinliche Intriguen und immer neue Difficultäten hervorgehen. Dann ist die Bahn zu einem gemeinsamen Handeln gebrochen, und folglich die deutsche Einheit praktisch eingeleitet.

Wir bleiben dabei durchaus innerhalb der gesetzlichen Bundesbestimmung, nach dem schon wiederholt angeführten Art. 2 der Wiener Schlußakte, und erstreben nichts weiter, als daß diese bisher nur auf dem Papier gebliebene Bestimmung zur Ausführung gelange, nachdem wir früher gezeigt, warum sie bisher nicht zur Ausführung gelangte. Ein Hauptgrund, und worauf es hier ankommt, war der, daß es bisher kein mit souveräner Machtbefugniß ausgestattetes Organ gab, und folglich der Bund kein handlungsfähiges Subjekt war. Das wird er in Zukunft sein.

Der bisherige Bundestag muß dabei gleichwohl in seiner gegenwärtigen Verfassung erhalten bleiben, weil er die bundesrechtliche Stellung aller Bundesstaaten vertritt, woran man nichts ändern darf, ohne unabsehbare Schwierigkeiten hervorzurufen. Somit bleiben also auch die in der projek-

tirten Bundesherrschaft nicht vertretenen Kleinstaaten in ihren Rechten ungekränkt, da sie ihre Vertretung in der Bundesversammlung nach wie vor behalten. Die bestehende Bundesversammlung muß demnach auch für unsere Vorschläge die rechtliche Grundlage bilden, und die projektierte Bundesherrschaft kann nach ihrer rechtlichen Seite sich selbst nur als eine Ergänzung der Bundesversammlung darstellen. Somit wird diese Bundesherrschaft rechtlich nichts weiter in Anspruch nehmen als die Befugniß einer ständigen Executivcommission, deren Einrichtung von der Bundesversammlung selbst auszugehen hat, und die Grundgesetze des Bundes in keiner Weise verletzt.

Aber trotz dieser rechtlichen Beschränkung wird eine solche ständige Executivcommission, wenn sie eben nach unserem Vorschlag von den Bundesfürsten in Person und von deren fürstlichen Statthaltern gebildet wird, eine ganz außerordentliche Bedeutung gewinnen, weil durch dieselbe eine Aktivität des Bundes ermöglicht wird, von der sich früher keine Spur fand. Die wirkliche Macht wird darum sofort auf die Bundesherren und Statthalter übergehen, denn wenn dieselben auch rechtlich nur eine Executivcommission bilden, und in dieser Eigenschaft von der Bundesversammlung abhängen, so wird doch das thatsächliche Verhältniß ganz umgekehrt sein, die Bundesherren treten an die Spitze, und die Bundesversammlung in den Hintergrund. Daß dabei anfänglich einige formelle Unzuträglichkeiten vorkommen werden, ist freilich unvermeidlich, aber sie werden durch die Praxis selbst sehr leicht zu überwinden sein. Denn was ist der Bundestag? Nichts anderes als eine Gesandten-

conferenz, die folglich keine Schwierigkeiten machen kann, wo die Souveräne selbst conferiren. Obgleich daher zwischen dem neuen Zustand und dem alten ein Unterschied sein wird wie zwischen Tag und Nacht, so bleibt doch der Bund principiel ganz unverändert, und Alles was geschieht, ist eine Evolution aus seinen eigenen rechtlichen Grundlagen.

Die einzige wirkliche Schwierigkeit, die dabei zu berücksichtigen bleibt, liegt in dem ersten Anfang, weil die Bildung einer ständigen Executivcommission offenbar eine organische Einrichtung ist, die nach den Bundesgesetzen nur durch Stimmeneinheit zu Stande kommen kann. Wie ist solche Einstimmigkeit zu erreichen? Auf dem gewöhnlichen Wege wohl garnicht, oder nur nach endlosen Verhandlungen. Aber praktisch betrachtet liegt die Sache so, daß es nur auf die Einigung der beiden Großmächte mit den Mittelstaaten ankommt. Ist diese Einigung erreicht, so hat sie eine Macht, vor welcher aller etwaige Widerspruch verschwindet. Nur etwa Holland und Dänemark dürften wegen ihrer Bundesländer protestiren. Doch werden sie jedenfalls nicht behaupten können, daß die neue Einrichtung den Bundesprincipien widerspräche, da es auf der Hand liegt, daß dieselbe vielmehr zur Verwirklichung der Bundesprincipien dient. Ihr Protest wäre demnach nur eine bloße Rechtschicane, worüber man zur Tagesordnung übergeht, und die neue Bundesbehörde sofort einrichtet. Sollte aber auf den Protest eine thatsächliche Unbotmäßigkeit folgen, was höchstens von Dänemark zu erwarten ist, so macht man kurzen Prozeß. Man verfügt die Execution, occupirt die Herzogthümer, richtet eine Regentschaft ein, und die Stellung dieser Länder

zu Dänemark wird kurzweg nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union regulirt. So wird denn gleich der praktische Beweis geliefert werden, daß es mit der neuen Bundesbehörde ein ganz anderes Wesen ist als mit der alten Bundesversammlung.

XIV.

Warum es bisher keine Bundespolitik gab.

Der Bund hat grundgesetzlich das Gesandtschaftsrecht, es hat ihm aber beliebt dieses Recht bisher nur in passiver Weise zu benutzen, d. h. er empfängt Gesandte, ohne selbst deren zu entsenden. Alle großen Mächte, und verschiedene Staaten zweiten Ranges halten in Frankfurt eine Gesandtschaft, aber der Bund unterhält nirgends eine diplomatische Vertretung irgend welcher Art, und hat es bisher noch nie gethan.

Diese allgemein bekannte Thatsache beweist wohl auf das Schlagendste, wie sehr unrichtig es ist, wenn man die Mangelhaftigkeit und Glendigkeit, welche dem bisherigen Bundeswesen mit Recht vorgeworfen wird, in der Grundverfassung des Bundes selbst sucht, während doch die Quelle des Uebels weit mehr in der Nichtausführung dieser Verfassung liegt. Denn warum wird das verfassungsmäßige Gesandtschaftsrecht nicht benutzt? Es giebt dabei gar kein

rechtliches Hinderniß. Desgleichen zeigt sich eben so schlagend, wie sehr gegründet die Behauptung ist, die wir an die Spitze unserer ganzen Untersuchung stellten, die Behauptung nehmlich, daß der Cardinalfehler nicht in der mangelnden Einheit sondern in der mangelnden Aktivität liegt, weil eine Einheit ja allerdings besteht, dieselbe aber rein passiv geblieben ist. So wird denn auch der Bund von dem Auslande selbst als eine passive Einheit anerkannt, und deshalb mit Gesandtschaften beehrt, der Bund hingegen manifestirt sich dem Auslande gegenüber nicht als eine Einheit, und schickt jeinerseits keine Gesandten.

Frägt man nun, warum schickt er denn aber keine Gesandten? so lautet die Antwort: weil es lächerlich wäre Gesandte zu schicken, so lange er doch keine eigene Politik führt. Und fragt man weiter, warum führt er denn keine eigene Politik? so lautet die Antwort: weil ihm dies physisch unmöglich ist, so lange es Oesterreich und Preußen nicht wollen. Und fragt man endlich, warum wollen sie denn nicht? so lautet die Antwort: weil sie noch bis diesen Tag von dem Gespenst der Pentarchie beherrscht werden, und diese Pentarchie grade die Passivität des deutschen Bundeskörpers zu ihrer fundamentalen Voraussetzung hat.

Wo bliebe denn die Pentarchie, wenn der deutsche Bundeskörper eine aktive Macht wäre! Vielmehr würde ja eben diese Bundesmacht in allen europäischen Angelegenheiten selbst den Ausschlag geben. Man verbinde Wien und Berlin mit Frankfurt durch einen Knoten, und es beginnt eine neue Ordnung der Dinge. Aber daran liegt es eben, dieser Knoten kann sich nicht schürzen, so lange die

Fäden der österreichischen und preußischen Politik sich in die Pentarchie verlaufen. Denn sobald jetzt irgend eine Frage auftaucht, tritt man in Berlin wie in Wien sofort in Correspondenz mit Paris, London und Petersburg, woraus die unmittelbare Folge entsteht, daß Preußen alsbald nach links, und Oesterreich nach rechts gezogen wird. Ein Zusammenwirken dieser beiden Mächte wird also von Anfang an erschwert, und meistens ganz verhindert, so daß jede auf ihre eigene Politik angewiesen bleibt. Und was endlich die gesammten übrigen Bundesstaaten anbetrifft, so kommen die Kräfte derselben dabei garnicht in Rechnung, und bleiben gänzlich wirkungslos. Ist es also nicht einleuchtend, daß wenn jener Knoten bestände, daraus eine Macht hervorgehen würde, welche grade dreimal so viel bedeutete, als Preußen und Oesterreich einzeln für sich bedeuten! Da sich nun weder Preußen noch Oesterreich irgend wie mit Frankreich, England und Rußland vergleichen können, und einzeln kaum je im Stande sind etwas durchzusetzen, so muß sich die pentarchische Politik für beide gleich unfruchtbar erweisen. Wie ganz anders wäre es, wenn man in Berlin wie in Wien, anstatt mit Paris, London und Petersburg anzufangen, sich zunächst an den Bund wendete, um in der jedesmaligen Frage zuvörderst eine Uebereinstimmung des ganzen deutschen Staatensystems zu erzielen, und dann erst im Namen dieser Gesamtmacht mit dem Auslande correspondirte! Das dürfte wohl einen ganz anderen Eindruck machen.

Freilich gehört dazu ein neues System, welches nicht ohne praktische Schwierigkeiten sein wird, die man zu überwinden hätte, wie eben jede große Veränderung auch immer

große Schwierigkeiten hat. Da ist keine Hülfe, das Große ist niemals leicht. Oder meint man etwa, daß das napoleonische System etwas Leichtes sei? Es macht dem Kaiser gewiß unsägliches Kopfbrechen, und der Ernst des Gedankens fürcht seine Stirn. Scheut man hingegen die Mühe und Anstrengung des Denkens, so ist es freilich bequem, in der pentarchischen Routine zu bleiben, nur wird man bei jedem Schritt in neue Nachtheile gerathen, welche immer die unvermeidlichen Folgen eines veralteten Systemes sind. Grade so war es zur Zeit des ersten Napoleon. Der hatte ein neues System, wir aber klebten am Alten, und wurden fortwährend geschlagen, bis wir endlich auch ein neues System ergriffen, und dann auch das Schlagen sich umkehrte.

Nur in dem Maße also, als man sich in Wien und Berlin von der Hohlheit der Pentarchie überzeugt, und zu der Einsicht gelangt, daß bei dieser pentarchischen Politik nichts heraus kommt, als höchstens ein russisches Protectorat, und daß es für Preußen wie für Oesterreich unendlich viel vortheilhafter sein würde, ihre für sich allein nirgends mehr ausreichende Macht mit den übrigen Bundesstaaten zu einer Wirkung zu verbinden, — in dem Maße wird auch die in der Wiener Schlußakte proklamirte deutsche Gesamtmacht eine Wahrheit, und damit der Bund selbst aktiv werden. Veränderungen in den Grundlagen des Bundes sind dazu garnicht erforderlich, und am allerwenigsten ist ein Parlament dazu nöthig, sondern es handelt sich in erster Linie lediglich um die Cabinette von Berlin und Wien, nehmlich um die Veränderung ihres politischen Systems. Um diese

Veränderung herbeizuführen, giebt es gar keinen anderen Weg als den Weg der Ueberzeugung. Möge daher Jeder nach seinen Kräften dahin wirken diese Ueberzeugung hervorzurufen.

XV.

Einrichtung von Bundesgesandtschaften.

Nach der Ansicht des Radikalismus, welcher im Jahre 1848 die Herrschaft führte, und das deutsche Staatensystem ohne Weiteres in ein einheitliches Reich umzubilden versuchte, sollten den Partikularstaaten die wesentlichsten Attribute ihrer Souveränität, d. h. die hohe Politik und die Militairhoheit, überhaupt entzogen, und dieselben in Zukunft ganz an die Reichsgewalt übergehen, aber es hatte damit gute Wege. Das Reich verschwand in den Wolken, aus denen es entsprungen war, und die Partikularstaaten standen wieder auf den Beinen, grade wie vorher.

Wir gedenken an den bestehenden Souveränitätsrechten gar nichts zu ändern, einmal, weil dazu kein dringendes Bedürfniß obwaltet, und sodann, weil es jedenfalls unerreichbar ist, und jeder Versuch dazu nur Schaden stiften könnte. Sprechen wir daher von einer deutschen Gesamtmacht, so verstehen wir darunter nichts weiter als das tatsächliche Zusammenwirken der nach wie vor souverän blei-

benden Staaten. Zu diesem Zwecke fordern wir Bundesgesandtschaften, ohne damit die Partikularstaaten in ihrem bisherigen Gesandtschaftsrecht irgend wie beschränken zu wollen.

Zunächst nehmlich wird man zugeben, daß dies jedenfalls für Preußen und Oesterreich garnicht anginge, die ihre eigene Diplomatie nie aufgeben werden, auch nach Lage der Dinge garnicht aufgeben können. Dieses aber anerkannt, mit welchem Rechte wollte man es den übrigen Bundesstaaten zumuthen? Ein Recht dazu gäbe es nicht, und freiwillig würde keiner darauf eingehen. Sogar die Hansestädte, die doch nur zu den Kleinstaaten gehören, würden gegen eine solche Zumuthung reklamiren. Sie würden wahrscheinlich sagen, daß ihre Handelsinteressen eine besondere Wahrnehmung erforderten, und daß sie um so mehr ihre eigene Vertretung behalten müßten, als sie selbst grade diese Interessen am allerbesten verständen, zumal in einem großen Theil von Deutschland ganz andere Ansichten über Handel herrschten, als die von ihnen seit lange erprobten, daher sie großen Nachtheilen ausgesetzt sein würden, wenn darin eine plötzliche Veränderung eintreten sollte. Und gewiß, wer die Verhältnisse kennt, muß eingestehen, daß ein solches Raisonnement nicht ohne Grund wäre. Wie sonderbar nun, wenn man an den deutschen Königreichen tadeln wollte, was man doch selbst den Stadtrepubliken zugestehen muß! Auch ist es nicht bloße Eitelkeit, wenn namentlich die Mittelstaaten ihre eigene Diplomatie halten, sondern wie früher erwähnt, sind diese Staaten schon seit Jahrhunderten an einen auswärtigen Verkehr gewöhnt, und ihr politischer Charakter ist da-

mit verwachen. Sie können das nicht auf einmal abstellen, ohne ihre politische Existenz Preis zu geben, was ihnen kein Denkender zumuthen darf, und was Seitens der betreffenden Regierungen sogar pflichtwidrig wäre. Mögen sie also ihre Gesandtschaften fortsetzen, soweit sie es für dienlich halten. Die Kleinstaaten auch.

Selbst die sogenannten Binnengesandtschaften zwischen den einzelnen deutschen Staaten können fortbestehen. Nur wird es sich ganz von selbst machen, wenn es erst in Frankfurt periodische Fürstencorferenzen giebt, und ein ständiges Collegium fürstlicher Stellvertreter, daß dann die Hauptfragen von den souveränen Fürsten oder deren Stellvertretern selbst erledigt werden, und somit die Binnengesandtschaften ihre frühere Bedeutung verlieren. Das Recht dazu bleibt, allein man wird einsehen, daß, wo man bisher eine förmliche Gesandtschaft hielt, schon ein Geschäftsträger mehr als genügend ist, und allmählig wird die Sache eingehen.

Der Bund soll also seine Gesandtschaften halten, unbeschadet der partikularen Gesandtschaften. Giebt es aber erst Bundesgesandtschaften, so wird doch die Folge entstehen, daß manche Partikularstaaten eine besondere Vertretung für überflüssig erachten, und obwohl sie zwar das Recht dazu behalten, doch die Ausübung desselben beschränken werden. Um dies zu befördern, müßte den Bundesgesandten gestattet sein, neben ihrer Vollmacht vom Bunde auch noch besondere Vollmachten von den Partikularstaaten zu übernehmen, wodurch sich allmählig viele Partikulargesandtschaften in einer Person verschmelzen könnten, während den betreffenden Staaten doch der Vortheil einer besondern Correspondenz

verbliebe, aber die Kosten einer eigenen Gesandtschaft erspart würden. Eine solche Verschmelzung, wonach ein Gesandter mehrere Vollmachtgeber vertritt, ist an und für sich sehr wohl möglich, und findet bereits in der kleinstaatlichen Diplomatie vielfältig statt.

Es versteht sich dabei von selbst, daß man mit der Errichtung von Bundesgesandtschaften nur allmählig fortschreiten kann. Am nothwendigsten wären zuvörderst Gesandtschaften in Dänemark und Holland, weil der Bund mit den dortigen Regierungen wegen ihrer deutschen Länder fortwährend zu verhandeln hat. Es ist ein arger Mißstand, daß es dem Bunde an einem eignen Organe dazu bisher gefehlt hat, und sich derselbe bis heute noch nur durch die österreichische und preußische Gesandtschaft vertreten läßt. Wie soll man in Kopenhagen den Bund achten, der in so auffallender Weise seine Wichtigkeit zur Schau trägt. Demnächst folgen Belgien und die Schweiz. Beide Länder sind als bundesverwandt zu betrachten, und muß daher auch von Bundeswegen dahin gestrebt werden, sich ihnen möglichst zu nähern. Endlich Frankreich, als der gefährlichste Feind des Bundes, dem sich daher der Bund selbst so viel als möglich als ein geschlossenes Ganze gegenüberzustellen hat.

Auf diese fünf Gesandtschaften dürfte man sich einstweilen zu beschränken haben. Sie würden fast nur die westlichen Nachbarländer betreffen; aber grade gegen die westlichen Gefahren ist der Bund errichtet.

Von einem Bundes-Consulatswesen ist vorläufig zu abstrahiren, so lange nicht das Bundesgesandtschaftswesen zu

einer gewissen Ausbildung gekommen. Um deswillen nämlich, weil Consuln eines gesandtschaftlichen Schutzes bedürfen, insofern sie nicht selbst einen diplomatischen Charakter haben, was nur selten der Fall ist, und folglich Bundesconsuln keine haltbare Stellung hätten, wo es keine Bundesgesandten gäbe. Es bietet sich aber grade im Consulatswesen ein sehr einfaches Mittel dar, um allmählig zu einer Einheit zu gelangen, durch Cumulirung der Patente in einer Person, was hier weit leichter ist als bei den Gesandtschaften, auch bereits sehr häufig geschieht, und keine praktischen Schwierigkeiten verursacht. Es kommt also nur darauf an, daß diejenigen Staaten, welche Consuln ernennen, es sich zur Maxime machen, ihre Wahl auf die schon von anderen Bundesstaaten ernannten Personen zu richten, und die allerdings nachtheilige Zerspaltung der deutschen Consulate wird allmählig zum großen Theil verschwinden.

XVI.

Wie man die Sache zu beurtheilen hat.

Betrachtet man diese Vorschläge nach einem doktrinären Schema, so muß das Ganze allerdings sehr mangelhaft, sehr kraus und schwerfällig erscheinen. Natürlich, mit den Einrichtungen eines Einzelstaates ist es nicht zu vergleichen, und gewiß würde Alles sehr viel einfacher, wäre das ganze

deutsche Staatensystem eine centralisirte Masse, ähnlich wie Frankreich. Ob auch besser, — mag dahin gestellt bleiben. Aber darauf kann es hier garnicht ankommen, denn das deutsche Staatensystem ist keine schematisch zu ordnende Masse, sondern es hat bereits seine Ordnung, mit ihren gegebenen Verhältnissen. Der Politiker hat nichts anderes zu thun, als diese Verhältnisse innerhalb der bestehenden Ordnung so gut wie möglich zu reguliren und zu benutzen, nicht aber ideale Entwürfe zu verfolgen, wenn dieselben auch eben so schön und gut wären, als sie in der Regel sehr oberflächlich sind. Auch mit der bestehenden Ordnung läßt sich zu einem recht erträglichen Zustand gelangen, wenn man sich nur auf das praktisch Wichtige beschränkt, dieses aber mit eben so festem Willen als mit geschmeidigen Manieren betreibt.

Mit einem Staatenbund ist es sehr eigen bestellt. Da läßt sich nichts forciren, weil man überall auf Souveranitäten stößt, welche untheilbar sind, und nonnenhaft spröde. Man darf sie niemals reizen, will man nicht Alles verderben, oder man müßte sonst die Absicht, und respective die Macht haben, sie unverzüglich zu vernichten. Will man sie führen und leiten, so nehme man Blumenguirlanden zum Bande. Die Hauptsache aber ist, daß man Alles, was man erstrebt, sich durch die Praxis selbst machen läßt, damit Alles, was entsteht, wie eine natürliche Nothwendigkeit erscheint, der man sich immer von selbst fügt. An Einfachheit und Gleichförmigkeit ist dabei nicht zu denken, und selbst mancherlei Widersprüche muß man toleriren, indem man es der Zeit überläßt, die Dinge so weit abzuschleifen, daß sie sich

nicht mehr widersprechen. So muß man verfahren, wenn man Reformen im Bunde beabsichtigt.

Glaubt man aber vielleicht, daß ein solcher Zustand, wo der Bund seine Gesandten hielte, und die Einzelstaaten die ihrigen daneben, überhaupt nicht bestehen könne, so liegt zunächst die Thatsache vor, daß das Ausland in Beziehung auf Deutschland dieselbe Praxis befolgt, und neben seinen Gesandtschaften am Bunde auch Gesandtschaften bei den Einzelstaaten unterhält. Also nach der passiven Seite geht es ja schon, warum nicht auch nach der aktiven? Ferner wäre daran zu erinnern, wie schon zur Zeit des ehemaligen Reiches neben den kaiserlichen Gesandten, die doch damals das Ganze vertraten, auch Gesandte der Partikularstaaten erschienen. Entgegnet man aber, daß dieser Zustand eben sehr schlecht gewesen sei, so können wir uns auf das Beispiel der Vereinigten Niederlande berufen, wo es ganz ähnlich zugeht, und doch sehr gut ging. Da gab es ehemals einen Gesandten für die ganze Union, während die einzelnen Provinzen ihre besonderen Gesandten daneben hielten, und sogar die Stadt Amsterdam noch oft für sich selbst verhandelte. So war der dortige Zustand, und so war er in der Glanzperiode der Niederlande. Wir wollen damit keinesweges eine solche Einrichtung an und für sich loben, sondern nur behaupten, daß die damit verknüpften Schwierigkeiten durch die Praxis sehr wohl überwunden werden können.

XVII.

Allmälige Entwicklung einer deutschen Politik.

Worauf es dabei ankommt, ist lediglich ein gemeinsamer großer Zweck, der die spröden Glieder trotz ihrer formellen Unabhängigkeit dennoch in eine gemeinsame Richtung bringt, und über ihre Ecken und Kanten hinweghilft. Nur durch einen gemeinsamen Zweck können die deutschen Staaten wirklich einig werden, und nur in dem Maasse, als dieser Zweck erkannt und erstrebt wird, kann die Einigung fortschreiten. Erzwingen läßt sich dabei nichts, nicht blos deshalb, weil es an der erforderlichen Zwangsgewalt fehlt, sondern weil überhaupt die Bahnen, in denen sich die Staaten bewegen, sich nur allmählig nach den europäischen Gesamtverhältnissen verändern lassen.

Man darf daher insbesondere nicht erwarten, noch weniger fordern, daß Preußen und Oesterreich ihre bisher auf Europa gerichtete Politik auf einmal umwenden, und dieselbe in Zukunft nur von Frankfurt aus führen sollten. Auch wird dies immer nur theilweise geschehen können, weil Preußen und Oesterreich nicht blos staatsrechtlich sondern auch thatsächlich über Deutschland hinausreichen. Dies wird immer bleiben, und folgt naturnothwendig, weil der deutsche Osten, wo diese beiden Staaten ihre Machtbasis haben, eben diejenige Seite ist, nach der sich Deutschland in den breiten Körper Europas verläuft. Hier können

und werden die politischen Beziehungen sich niemals in der Weise abgrenzen, als nach der Westseite hin, wo das Rheingebiet einen natürlichen Abschluß bildet, der im Osten gänzlich fehlt. Preußen und Oesterreich haben also nicht bloß zufällig sondern grundwesentlich eine Doppelnatur, und werden demnach immer eine Doppelpolitik behalten. Dieses Verhältniß ist an und für sich nicht zu ändern, sondern die Aufgabe besteht nur darin, dieser Doppelpolitik eine solche Richtung zu geben, daß die eine Seite die andere unterstützt, und daß es darüber auch zwischen Preußen und Oesterreich selbst zu einer Einigung kommt. Dann werden sie sich an der deutschen Politik betheiligen können, ohne dabei ihre europäische Stellung aufzugeben, und von da an wird erst eine deutsche Politik entstehen, die bis jetzt nur ein frommer Wunsch ist.

Indessen liegt es ja bereits thatsächlich vor, daß Preußen und Oesterreich ihre europäische Politik in eine Beziehung zum Bund zu setzen versuchen. Ist es doch namentlich in den letzten Jahren wiederholt geschehen, daß bei eintretenden europäischen Verwickelungen sich jede dieser Mächte an den Bund wandte, und dem Bund darüber Vortrag hielt, um ihre besondere Auffassung von der Sache als die den deutschen Interessen entsprechende darzustellen, und eventuell den Beistand des Bundes dafür zu gewinnen. So geschah es in der orientalischen wie in der italienischen Krisis. Der Anfang zu einer Politik am Bunde ist also bereits gemacht, nur noch nicht zu einer Politik des Bundes selbst, indem dies Alles nur eine passive Rücksichtnahme auf den Bund war, der Bund selbst aber nicht zur Akti-

vität gelangte. Allein dieses Wenige deutet doch schon auf ein höheres Stadium hin, und hätte sonst gar keinen Sinn.

Legt man Werth darauf, daß der Bund seine Sympathie für irgend eine politische Richtung ausdrückt, und darüber in Diskussion tritt, so ist ja damit selbst gesagt, daß man auch sein aktives Auftreten wenigstens als eine Eventualität ins Auge faßt. Wozu wäre sonst der Vortrag und die Diskussion darüber? Demnach ist es dem Bunde wirklich bereits sehr nahe gelegt, daß er aus seiner Lethargie heraustritt, und es gehört nur noch ein einziger Schritt dazu, daß er wirklich aktiv wird, und die vorkommende Frage selbst in die Hand nimmt, gleichviel ob dieselbe von Preußen oder Oesterreich vorgelegt wird, oder wer sie sonst vorlegt. Was wir also fordern, ist durchaus nicht etwas ganz Neues, sondern nur ein Fortschritt in einer bereits eröffneten Bahn.

XVIII.

Ein praktisches Beispiel derselben.

Um ein Bild davon zu geben, wie wir uns eine Bundespolitik denken, und welche Vortheile davon zu ziehen wären, wollen wir den Verlauf der letzten großen Krisis, d. h. der italienischen Frage betrachten, wobei die beste Gelegenheit geboten war, den Bund aktiv werden zu lassen, diese Gelegenheit aber nicht benutzt wurde, weil man sich

immer noch nicht von den Traditionen der alten pentarchischen Routine loszusagen vermochte, und dadurch allseitiges Unglück entstanden ist.

Man erinnere sich also an den bekannten Neujahrgruß in den Tuilerien, womit die Krisis förmlich begann. Oesterreich erkannte die Gefahr natürlich zuerst, denn der Angriff richtete sich zunächst nur gegen Oesterreich, und wie es das natürliche Interesse Frankreichs war, den bevorstehenden Conflict lediglich als einen österreichisch-italienischen darzustellen, und den drohenden Krieg im voraus zu lokalisieren, so war es das natürliche Interesse Oesterreichs, dieser Ansicht entgegen zu treten, und zu zeigen, wie ein etwaiger Krieg in seinen weiteren Folgen auch Deutschland gefährden, und daher dieses zur Mitwirkung veranlassen müßte. Daß Oesterreich diesen Plan verfolgte, ist durchaus nicht zu tadeln sondern sogar lobenswerth, weil es von Einsicht zeigte. Aber sobald es nun darauf ankam, dieser ganz richtigen Auffassung, daß das deutsche Interesse in der italienischen Frage afficirt sei, eine praktische Folge zu geben, machte sich sogleich die alte Großmachts-Politik geltend, und die ganze Sache war unheilbar verdorben. Oesterreich wandte sich an den Bund, nicht damit derselbe sich dieser Sache annehmen, und durch seine Intercession den drohenden Conflict ausgleichen möchte, sondern um eventuell Hülfsstruppen zu erlangen, — Vasallendienste, wie man es ganz richtig bezeichnet hat, während die ganze Angelegenheit, die sich einstweilen noch in dem Stadium der Verhandlung befand, lediglich in den Händen Oesterreichs verblieb. Solchem Anfinnen trat nun Preußen entgegen mit dem ganz begrün-

deten Einspruch, daß der Bund keine Vasallendienste zu leisten habe, und hatte damit gemügenden Erfolg. Oesterreich blieb also allein, und begann den jetzt unvermeidlichen Krieg. Sobald aber der Krieg ausgebrochen war, kehrten sich die Rollen um. Jetzt forderte Preußen Vasallendienste, indem es als europäische Großmacht eine bewaffnete Vermittlung versuchen wollte, und dazu die Hülfstruppen des Bundes begehrte, die es natürlich auch nicht erhielt. Das Resultat war demnach vollständig Null, und sogar noch weniger als Null, d. h. ein ganz direkter Schaden, weil Frankreich dadurch von Anfang an die Gewißheit gewann, daß jedenfalls kein Zusammenwirken der deutschen Mächte statt finden würde, und somit für seine ganze Politik gedeckt war. Denn vor Oesterreich allein hat es sich nicht zu fürchten, vor Preußen auch nicht, und vor den übrigen Bundesstaaten noch viel weniger.

Man sieht, es fand nur eine Politik am Bunde statt, nicht aber eine Politik des Bundes selbst, d. h. eine solche, in welcher der Bund selbst als Subjekt auftritt. Statt dessen verblieb man in den ausgefahrenen Gleisen der Pentarchie, und es begann eine Correspondenz zwischen den sogenannten fünf Großmächten, deren Diplomatie ja angeblich die Mittel besitzt, um alle Fragen zu lösen oder zu vertagen. Wer das hohle Wesen dieser Pentarchie durchschaut hat, konnte mit vollkommener Sicherheit vorherjagen, daß diese Correspondenz zu gar nichts führen, sondern der Krieg unverzüglich ausbrechen werde. Denn der Ausbruch desselben wäre nur dann zu vermeiden gewesen, wenn es eine Macht gab, welche den categorischen Ausspruch that:

sobald dies oder jenes geschieht, werde ich mich ins Mittel schlagen, und Halt gebieten. Eine solche Macht konnte aber nach Lage der Umstände nur durch ein Zusammenwirken des ganzen deutschen Staatensystemes hergestellt werden, welchem sich England höchst wahrscheinlich hinterher angeschlossen hätte. Da aber eine solche Macht nicht da war, und ein solcher Ausspruch folglich nicht geschah, kam der Krieg. Jetzt war es wiederum vorauszusehen, daß Oesterreich einer so großen Macht, wie sie aus der Tripelallianz zwischen Frankreich und Sardinien mit dem revolutionären Nationalitätsprincip entspringt, nicht entfernt gewachsen, sondern, wenn es allein bliebe, binnen einigen Monaten zum Frieden genöthigt sein würde. Dies Alles hat der Verfasser zu seiner Zeit vorhergesagt, wie hier und da nicht unbekannt sein dürfte. Es gehörte dazu durchaus keine Prophetengabe, sondern nur ein unbefangenes Urtheil. Denn die Dinge entstehen ja nicht über Nacht, sondern sie gehen aus Ursachen hervor, die immer schon längst vorhanden waren, und deren Wirkung bis auf eine gewisse Grenze sich sehr wohl abschätzen läßt.

Wie ganz anders wäre es gekommen, wenn statt dieser hohlen pentarchischen Politik eine Bundespolitik versucht wäre, d. h. eine Politik, in welcher der Bund selbst als Subjekt auftrat, und als solcher die Vermittlung übernahm. Und wie viel besser für Oesterreich, wie für Preußen, und für ganz Deutschland! Es wäre dann allem Vermuthen nach gar nicht zum Kriege gekommen, Oesterreich behielt die Lombardie, Preußen sparte seine Mobilisirungskosten, und Deutschland gewann eine geachtete Stellung in ganz Europa.

Freilich aber ist es selbstredend, daß an so etwas gar

nicht gedacht werden kann, so lange es nicht einmal einen Bundesgesandten in Paris giebt, und also der Bund sich in der Unmöglichkeit befindet selbst nur als ein diplomatisches Subjekt aufzutreten. Hätte es aber einen solchen Gesandten gegeben, so würde dieser wohl selbst daran gedacht, und durch seine Berichte dazu beigetragen haben, daß man diesen Plan faßte.

Jetzt ist dazu keine Möglichkeit mehr, weil die italienischen Verwickelungen bereits solche Dimensionen angenommen haben, daß Verhandlungen nichts mehr daran ändern können. Aber es giebt eine andere Frage, die immer noch traitabel ist, und deren Behandlung grade für den Bund passend sein würde, nämlich Savoyen.

Warum sollte der Bund diese Angelegenheit nicht aufnehmen können? Er darf die Vernichtung der Verträge von 1815, denen er seine eigene Existenz verdankt, nicht gleichgültig mit ansehen, und in diesem Falle um so weniger, als die Neutralität der Schweiz zu seinen eigenen Vertheidigungswaffen gehört. Sind es doch gewissermaßen seine Heinschienen, die man ihm am genfer See abschneiden will. Er hat ein Recht, und sogar die Pflicht sich dem zu widersetzen, und sollte dreist erklären, daß er die Verletzung der schweizerischen Neutralität für einen *casus belli* ansehen würde. Eine solche Erklärung würde die Schweizer zur Vertheidigung ihrer eigenen Rechte ermuthigen, und die so weit verbreiteten, aber leider nur passiven Sympathien, welche in der Schweiz für Deutschland bestehen, wie ein Zauberwort beleben. Aber der Bund hat bisher geschwiegen, er wird auch ferner nicht reden, noch weniger handeln.

Es ist ja ebenfalls nicht daran zu denken, so lange er nicht einmal einen Gesandten in der Schweiz hält. Sonst würde wohl dieser Gesandte daran denken, und läge solcher Gedanke nur erst in diplomatischer Form vor, dann würde man es sich auch in Frankfurt überlegen, und vielleicht finden, daß es gar nicht so übel wäre, sondern sogar sehr praktisch. Welcher Triumph aber wäre es für uns, wenn die favoyer Frage, deren Lösung man vergeblich von der abgenutzten Maschinerie der Großmächts-Conferenzen erwartet, ganz einfach durch den deutschen Bund erledigt würde!

XIX.

Wie Frankreich und Rußland darüber denken.

Einem Diplomaten aus der alten pentarchischen Schule mag es abenteuerlich erscheinen, daß dieser verachtete Bund, den die hohe Diplomatie, grade wie es seinerseits der Liberalismus thut, immer nur wie einen todten Esel angesehen, nunmehr sogar eine hervorragende Rolle in Europa spielen sollte. Und doch liegt es auf der Hand, welche immensen Kräfte derselbe umfaßt, und wenn es einmal zu einer wirklichen Cooperation kommt, so weiß man, daß sich die Kräfte nicht bloß summiren, sondern sogar multipliciren. Nun umfaßt der Bund nicht bloß eine Bevölkerung von 40 Mil-

sionen, sondern wenn er einmal aktiv wird, so entsteht noch die weitere Folge daraus, daß auch die staatsrechtlich nicht zum Bunde gehörigen Länder Preußens und Oesterreichs mit in Rechnung kommen. Denn wenn diese beiden Mächte einmal zusammenwirken, so wirken sie natürlich mit ihrer vollen Kraft. Sie werden aber um so gewisser zusammenwirken, je mehr sie zu einer Bundespolitik geneigt sind, weil es ja eben der Bund ist, durch welchen sie bereits verbunden sind.

In Paris, wie in Petersburg hat man dies längst erkannt, und es ist traurig zu sagen, daß die dortigen Cabinette sich auf die deutschen Interessen besser zu verstehen scheinen als die deutschen Cabinette selbst. Aber natürlich ist es dort nicht die Aufgabe, die deutschen Angelegenheiten zu pflegen, sondern dieselben auszubeuten. An beiden Orten weiß man sehr wohl, daß der Bund allerdings die Möglichkeit zu einer Aktivität in sich trägt, weil er ja verfassungsmäßig nach Außen hin eine Gesamtmacht bilden soll. Er ist bisher nie aktiv gewesen, aber er kann es doch werden, und wenn er es würde, so wäre er sehr unbequem. Daher die Drohnote des Fürsten Gortschakoff im Sommer 1859. Diese Note sollte uns doch die Augen öffnen über das, was im Bunde verborgen liegt.

Ebenso sollte es die Sprache der französischen Presse thun, die mit solchem Wohlgefallen auf die deutsche Nationalitätspartei blickt, eben weil diese Partei ganz unverhohlen die Auflösung des Bundes anbahnt, der selbst in seiner bloß passiven Existenz noch immer ein sehr erhebliches Hinderniß für die französische Politik bildet, so gewiß, als selbst das

ehemalige Reich, welches in den letzten beiden Jahrhunderten ohne Frage viel schwächer war als der heutige Bund, noch immer ein Hinderniß für die französische Politik bildete. Erst nach der Auflösung des Reiches konnte sich die ganze Macht des französischen Einflusses über das mittlere Europa ergießen, daß seine Wogen bis nach Moskau flutheten. Darum hat Frankreich zwei Jahrhunderte lang an der Auflösung des Reiches gearbeitet, seit Heinrich IV. Jetzt will es den deutschen Bund sprengen, wie es zu seiner Zeit das deutsche Reich sprengte, und wie es damals im Namen der deutschen Libertät die deutschen Fürsten liebte, so jetzt im Namen der deutschen Nationalität die deutschen Demagogen, die ihm so freundlich in die Hände arbeiten, indem sie auf den Bund los schlagen.

XX.

Deutscher Blödsinn in der italienischen Frage.

Schon hat die sogenannte deutsche Nationalpartei der französischen Politik den wichtigen Dienst erwiesen, ihre italienischen Entwürfe so wirksam zu unterstützen, daß ein deutscher Widerstand bisher unmöglich war. Gewiß hat diese Partei nicht daran gedacht, daß sie für Frankreich arbeitet, sondern für die Freiheit und Humanität, aber auf die Absicht kommt es hier nicht an. Frankreich war klug genug, den Schmerzensschrei Italiens zum Feldgeschrei zu

machen, und unsre Nationalen waren einfach genug, um diese Parole anzunehmen. Somit war das deutsche Gefühl gewonnen, — und dann gute Nacht mit dem deutschen Verstande!

Wäre dieser deutsche Verstand nicht gradezu von Gemüthsergüssen weggeschwemmt, und in Phantasien ertrunken, wie wenig Mühe hätte es ihm gekostet, die nachfolgende Ueberlegung anzustellen.

Deutschland ist in einer sehr gefährlichen Lage, und zwar deshalb, weil es nach rechts und links zwischen zwei großen centralisirten Staatskörpern liegt, welche die ersten Militairmächte Europas sind. Können wir diese Lage der Dinge nicht ändern, so dürfen wir wenigstens nie gestatten, daß uns im Süden auch noch ein gefährlicher Nachbar erwächst, weil wir sonst auf unsrer ganzen Landgrenze von drei Seiten wie eingemauert wären, und dadurch Combinationen entstehen könnten, welche uns den Athem auspressen, und jede Hülfe unmöglich machen. Schon eine solche Möglichkeit darf man nie aufkommen lassen, so gewiß als es die Grundregel der Politik ist, der zukünftigen Gefahr vorzubeugen, und sich niemals auf den guten Willen seiner Nachbarn zu verlassen, der jeden Augenblick umschlagen kann. Das ist das politische A B C. Ein großes italienisches Königreich könnte sich ja wohl mit Frankreich und Rußland alliiren. Auch ist dies nicht eine bloße Möglichkeit, sondern soviel ist so gut wie gewiß, daß das einige Italien jedenfalls nicht unser Allirter sein wird, aus dem einfachen Grunde, weil ein einiges Italien von Deutschland ebenso wenig zu fürchten als zu hoffen hätte. Das ist die Sache. Denn zwischen

Furcht und Hoffnung bewegt sich nicht nur das menschliche Herz, sondern auch die Politik; und die Furcht giebt in der Regel den Ausschlag, da es die gemeine Natur der Menschen ist, daß ihnen vor dem Verlust des Ihrigen bangt, während nur Wenige durch Hoffnung zu einem großen Wagniß ermuthigt werden. Nun leuchtet hingegen ein, daß ein einiges Italien von Frankreich immer noch Einiges zu hoffen (z. B. Triest und Süd-Tirol), und jedenfalls Alles zu fürchten hätte, und also, wenn nicht durch Hoffnung, noch auch durch Dankbarkeit (auf welche in der Politik niemals zu rechnen ist), doch jedenfalls durch Furcht an Frankreich gefesselt wäre und bliebe, so lange die Arsenale von Toulon noch keine Chimäre sind, in Folge dessen eine französische Flotte in wenigen Tagen gleichzeitig vor Genua, Livorno, Neapel und Palermo erscheinen kann, und die ganze italienische Herrlichkeit ist wie weggeblasen. Wir schweigen dabei von der französischen Armee, welche die Alpen um so leichter überschreiten kann, nachdem sie die Pässe bereits in Besitz genommen, und gewissermaßen vor den Thoren von Turin steht, und wir schweigen desgleichen von der französischen Besatzung in Rom, die man vielleicht nur für vorübergehend hält, denn wie dem auch sei, so reichen schon jene maritimen Zwangsmittel vollkommen aus, um es Jedermann klar zu machen, wie Frankreich vermöge derselben den ganzen italienischen Stiefel bergestalt in seiner Gewalt hat, wie die Katze die Maus, mit welcher sie spielt. Wie natürlich ist es, daß eine solche Uebermacht zu immer neuen Zumuthungen führen wird. Gegen diese Gefahr könnte das einige Italien vielleicht von England Schutz erlangen, aber nicht

von Deutschland, selbst nicht von einem einigen Deutschland, weil auch ein solches niemals eine mediterrane Macht werden kann. Sollte also Italien je auf eignen Füßen stehen, so müßte es eine eigne Flotte haben, stark genug um der französischen die Wage zu halten, und damit hat es gute Wege. Somit wird es nichts Anderes als ein großer und darum sehr nützlicher Vasall seines hohen Allirten sein, und alle Freiheitskämpfe hätten diese schöne Halbinsel doch nur dahin geführt den Herrn zu wechseln,

„Per servir sempre, o vincitrice o vinta,“

(Um immer zu dienen, ob sieghaft oder besiegt)

nach den Worten eines italienischen Dichters aus dem siebzehnten Jahrhundert, und nur der einzige Trost würde ihm bleiben, sich im Dienste Frankreichs an Deutschland zu rächen.

Darum muß es für die deutsche Politik ein unveränderlicher Grundsatz sein, im nördlichen Italien keinen großen Staat aufkommen zu lassen, und insbesondere keinen Militairstaat, sondern nur Seemächte, wie ehemals Venedig und Genua, welche dem deutschen Reiche nie geschadet haben. War es nun unvermeidlich, daß Oesterreich die Lombardei verlor, so durfte doch nicht gestattet werden, daß sie an Piemont fiel, sondern sie mußte ein besonderer Staat werden. Dies hätte Deutschland erzwingen müssen, und wäre auch um so eher möglich gewesen, als es hinlänglich bekannt ist, wie die Mailänder selbst nur ungern unter Piemont stehn. Statt dessen schwärmen wir für ein einiges Italien, und zwar für ein Italien nach piemontesischer Façon, also ausdrücklich als Landmacht constituirte, und

zwar als eine Landmacht, die grade ihren Schwerpunkt im Norden hart an der Grenze von Deutschland haben würde!

Um den Blödsinn zu vollenden fehlte nur noch die coburger Farce, daß der Professor Lignana als Abgesandter und Orator der hohen italienischen Revolution mit seinem Creditiv vor dem hohen deutschen Nationalverein sich präsentirte, um demselben die beruhigende Versicherung zu machen, daß das einige Italien immer der beste Freund des einigen Deutschlands sein und bleiben würde, und dafür den Ausdruck warmer Gegenliebe zu empfangen.

Es giebt in Deutschland Leute genug, welche die heillosen Folgen eines solchen Treibens sehr wohl übersehen, aber sie sind zerstreut, und ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung. Auch die Meisten schwach, und von eben dieser öffentlichen Meinung, welche bekanntlich die sechste Großmacht bildet, dergestalt eingeschüchtert, daß sie aus Furcht vor der drohenden Inpopularität dem anschwellenden Unsinn sich nicht zu widersetzen wagen. So zieht er in Triumph heran, der rechte Herold dieser sechsten Großmacht.

Ach, sagt mir doch, was dies für eine puissance ist, und welches ihre Ingredienzien sind? Ja, welches sind sie insbesondere in Deutschland? Was anderes als ein Ragout von abgestandenen Doktrinen und frischgebackenen Phantasien, deren Ursprung sich unschwer nachweisen läßt, und die durch sehr bekannte Canäle dem lieben Publikum eingeselbst werden. Das thut dann noch von seinem eigenen Ingenium hinzu, und giebt das Ganze in halbverdaulichem Zustande wieder von sich. Seht, so entsteht die sechste Großmacht! Was für ein Ding kann sie wohl sein? Denn um nichts Schlim-

meres zu sagen, doch jedenfalls das allerverworrenste und kritikloseste Wesen, was sich erdenken läßt. Und grade in Deutschland muß es wohl so sein, wo man einerseits die Philosophie als die allerschwerfälligste Wissenschaft behandelt, dafür aber die Politik um so leichter betreibt, gewissermaßen nur als eine Erholung vom Studiren (grade als ob sie nicht selbst das allertiefste Denken erforderte), am liebsten also an der Bierbank, darin unseren germanischen Altvordern getreu, die ihre politische Weisheit auch aus dem Krugeschöpfen. Sie war aber auch danach, so daß die guten Leute ganz regelmäßig von den alten Römern hinter's Licht geführt wurden, und in Folge dessen der römische Grenzwall bis an das Herz von Deutschland vorrückte. Heute sind wir auf dem besten Wege diesen altrömischen Grenzwall in französischer Form wieder hergestellt zu sehen, trotz unserer sechsten Großmacht.

Wir haben vor der öffentlichen Meinung alle mögliche Achtung, in so weit sie nichts anderes ist und sein will, als der Ausdruck eines unverdorbenen Gemüthes. Das sittliche Urtheil der Völker geht selten irre, und hat oft wie eine göttliche Stimme geklungen, *vox populi vox Dei*. Wo es also auf ein bloßes Verdikt ankommt, da ist die öffentliche Meinung einem Schwurgericht vergleichbar. In allen Fragen hingegen, zu deren Beantwortung umfassende Combinationen, und besondere Studien und Erfahrungen gehören, und somit in allen eigentlich politischen Fragen, da ist die öffentliche Meinung, mit Erlaubniß gesagt, ein *brutum animal*, und weit entfernt, daß man sich von diesem Thiere leiten lassen dürfte, muß man es selbst am

Zügel halten, und wenn es sich dabei störrig zeigen sollte, muß es die Sporen, und nöthigenfalls die Peitsche fühlen. Dies ist die Weise, wonach ein Staatsmann die öffentliche Meinung zu behandeln hat, und wonach die Staatsmänner aller Zeiten gehandelt haben, während diejenigen Politiker, welche die Schwäche ihrer Gründe durch die Stärke der öffentlichen Meinung zu ersetzen gedenken, nur Sophisten und Demagogen sind, welche die Staaten noch immer ins Unglück stürzten.

Wüßten nur Alle, welche diese Gesinnung theilen, (und es sind ihrer nicht Wenige im deutschen Vaterlande) sich zusammenscharen, und zu dem klaren Kopf auch das muthige Herz mitbringen, das sich vor der Last der Inpopularität nicht scheut, und die Bannflüche der öffentlichen Meinung verachtet, und wir werden bald sehen, wo die sechste Großmacht bleibt. Trete nur Jeder auf, und sage es frei heraus, im Angesicht des hohen Publikums:

„Deutschland Du rasest!“

„Und was das Schlimmste ist, Deine Raserei ist nicht einmal der alte furor teutonicus, der zur Muskete und Pike greift, um damit seine Schuldigkeit zu thun, sondern der furor academicus, welcher Musketen und Piken so wenig liebt, daß er vielmehr für die Nichtintervention schwärmt, indem er aus der Ueberfütterung mit speculativen Doktrinen entsteht, selbst aber nur einen hohlen Enthusiasmus hervorbringt, welcher nicht verhindern wird, daß fremde Heere unsere Fluren zertreten, wenn dieser Raserei nicht baldigst Einhalt geschieht. Es ist die elfte Stunde.“

XXI.

Die Bundeskriegsverfassung.

Nach dieser Abschweifung zu dem Bunde zurückkehrend, wenden wir uns jetzt zu seiner Kriegsverfassung. Wir haben darüber nur wenig zu sagen, da die in dieser Angelegenheit zu beobachtenden politischen Rücksichten schon aus dem Bisherigen hervorgehen, die technische Seite des Militairwesens aber nicht unjeres Amtes ist.

Wir wiederholen daher, daß auch in Beziehung auf die Bundeskriegsverfassung die Maxime an die Spitze zu stellen ist, daß die bestehenden Grundlagen unverändert bleiben, und also insbesondere die einzelnen Bundesstaaten ihre bisherige Militairhoheit ungeschmälert behalten. Daß daraus für die Praxis große Unzuträglichkeiten entspringen, wird auch dem Laien in der Kriegskunst einleuchten, aber es muß der Praxis selbst überlassen bleiben diese Unzuträglichkeiten auszugleichen, und ist als zweckwidrig zu erachten mit schematischen Entwürfen dagegen aufzutreten, so richtig dieselben auch nach rein militairischen Gesichtspunkten sein mögen. Für einen Staatenbund sind nicht sowohl die militairischen als vielmehr die politischen Gesichtspunkte maßgebend, weil es vor Allem darauf ankommt die verbundenen Souveränitäten bei guter Stimmung zu erhalten, und darum Alles zu vermeiden, was sie verletzen könnte, da ohne ihren guten Willen die ganze Maschinerie sofort ins Stocken kommt, und dann selbst die besten Entwürfe auf dem Papiere bleiben, und nur Schaden gestiftet haben.

Dieses voraus geschickt, leuchtet aber ferner ein, wie die so mangelhafte deutsche Kriegsverfassung doch in der Praxis eine ganz andere Richtung nimmt, sobald der Bund einen souveränen Willen bekommt, und ein Organ dieses Willens in einer constituirten Bundesherrschaft, die aus dem Kaiser von Oesterreich, dem Könige von Preußen und einem der mittelstaatlichen Regenten, wie resp. aus deren Statthaltern zusammengesetzt ist, d. h. aus den Kriegsherrn selbst. Was unmöglich, und sogar widersinnig sein würde, wenn es unter den Auspicien des Bundestages, d. h. einer Gesandtenconferenz geschehen sollte, das wird sehr wohl möglich, wenn es unter den Auspicien einer solchen souveränen Behörde geschieht, welche ipso facto den ganz natürlichen Kriegsrath bildet. Die Wahl des Bundesfeldherren macht dann keine Schwierigkeiten mehr, und dieser Kriegsrath hat es in seiner Hand der praktischen Zweckmäßigkeit gerecht zu werden, und doch alle Susceptibilitäten zu schonen.

Man könnte vielleicht einwenden, daß dazu doch eine Aenderung der verfassungsmäßigen Bestimmungen gehöre, weil die hier fraglichen Rechte verfassungsmäßig nur dem Bundestage zustehen. Allein auch diese Schwierigkeit ist sehr leicht durch die Praxis zu beseitigen, indem der Bundestag selbst einen Beschluß faßt, wonach er die Ausübung seines Rechtes auf die Bundesherren als auf seine Executivcommission überträgt. Zu einem solchen Beschlusse genügt gesetzlich die einfache Majorität, welche man immer bereits in der Tasche hat, sobald nur Oesterreich und Preußen mit den Mittelstaaten einig sind, d. h. sobald die proponirte Bundesherrschaft wirklich besteht. Diese richtet also einen

Antrag an den Bundestag, aber der Antrag ist der Sache nach ein Befehl, und dieser Befehl ohne weiteres ausgeführt.

Es ist wahr, dies sind krumme Wege, und die Mathematik lehrt, daß die grade Linie der kürzeste Weg ist, für die Politik gelten aber andere Regeln. Da gilt es um den Berg herumzukommen, also immer in der Curve, und die grade Linie ist der längste Weg, der am spätesten zum Ziele führt, und allermeist gar nicht.

Um endlich unserer neuen Bundesbehörde auch während des Friedens schon ihre Bestimmung für den Krieg recht lebhaft vor Augen zu halten, müßte in der Nähe der Bundesstadt eine permanente Zusammenziehung von Bundesstruppen stattfinden, gleichsam als eine Bundesgarde, welche neben den zehn Bundes-Armee-corps eine besondere Abtheilung bilden würde. Oesterreich und Preußen würden dazu wenigstens je ein Regiment, und die Mittelstaaten wenigstens ein Bataillon stellen, so daß das Ganze gegen 15,000 Mann betragen dürfte. Diese würden in der Nähe von Frankfurt ein stehendes Lager bekommen, und während des Friedens mit ununterbrochenen Uebungen beschäftigt sein, so daß daraus eine praktische Kriegeschule für den gesammten Bund entstände. Hier kämen die Truppen der verschiedenen Bundesstaaten in fortwährenden Contact miteinander, in den verschiedenen Offizier-corps entstände ein Geist der Gemeinschaft, und die Uebereinstimmung der militairischen Einrichtungen würde in allen Bundesstaaten schnelle Fortschritte machen. Kommt es dann einmal zum Kriege, so entstände der weitere Vortheil daraus, daß man gleich ein Truppen-corps zur Hand hätte um den Oberrhein zu decken, der

immer unjere allerjchwächste Seite bildet, wo die Franzosen wie in ein Wirthshaus einzurücken gewohnt sind.

Es scheint wohl, daß dies keine unwichtige Sache wäre, und man sieht desgleichen, wie es nicht der geringsten Verfassungsänderung bedarf um diese Sache zu verwirklichen, da nichts als der gute Wille dazu gehört. Und so ließe sich noch vieles Andere thun, was die Bundesverfassung nicht im geringsten verhindert, wenn man nur wollte. Das Unglück ist aber, daß man überhaupt nichts thut, und nichts thun will. Auch kann man nichts thun, und wird nichts thun, so lange an der Spitze des Bundes eine Diplomatengejellschaft bleibt, welche selbst das eigentliche Symbol des Nichtsthuns ist. Und zwar ganz unvermeidlich, weil sie selbst keinen Willen hat, sondern nur aus Figuranten besteht, wie ehemals der regensburger Reichstag.

XXII.

Was zu dem Verfall des deutschen Reiches beitrug.

Die deutschen Geschichtschreiber stimmen darin überein, daß es sehr wesentlich zum Verfall des deutschen Reichs-Körpers beitrug, daß sich im 16. Jahrhundert die Sitte oder vielmehr Unsitte einschlich, wonach die Fürsten anfangen nicht mehr persönlich auf den Reichstagen zu erscheinen, sondern

nur Gesandte zu schicken. Ohne Zweifel hat die Verbitterung, welche aus den Religionsstreitigkeiten entstand, diese Unsitte befördert. Wie dem auch sei, die Unsitte wurde bald Sitte, und ist seit der Einrichtung des beständigen Reichstages in Regensburg bis zur Auflösung des Reiches die unveränderliche Regel gewesen. Der Kaiser erschien auch nicht mehr in Person, sondern nur sein Commissarius. Es erinnert an eine Anekdote aus der Universitätsgeschichte (ich weiß nicht mehr wo sie vorkam, und kommt auch nichts darauf an), wo die Professoren, da sie sich zu vornehm dünkten selbst zu dociren, ihre samuli auf das Katheder schickten, um von denselben ihre Hefte ablesen zu lassen, und dann die Studenten sich auch zu vornehm dünkten, um selbst die Collegia zu besuchen, sondern statt dessen ihre Bedienten zum Nachschreiben schickten. Das muß ein Studiren gewesen sein! Von ähnlichem Schlage war die Reichsregierung in den letzten Jahrhunderten. Und eben diesen Regensburger Reichstag hat sich der Bundestag zum Vorbild genommen.

Verschwanden also die Fürsten vom Reichstage, so verschwand damit das wichtigste Band, welches die Nation bis dahin zusammenhielt, weil in den Fürsten das Bewußtsein der nationalen Gemeinschaft erlosch. Der Gedanke etwas für das Reich zu thun, und in der Größe des Reiches ihre eigene Größe zu suchen, schlug in den Gedanken um, sich auf Unkosten des Reiches selbst zu vergrößern. Die Herrn lebten seitdem ausschließlich in ihren Residenzstädten, und dachten ausschließlich an ihre eigene Herrschaft, so daß der Reichskörper zerfallen mußte.

Wie aber die Fürsten doch selbst mit zur Nation ge-

hörten, deren Häupter sie ja waren, so konnte es nicht fehlen, daß der Verfall der Nation auf das Fürstenthum selbst zurückwirkte, und demselben bittere Früchte trug, deren Aernde freilich später eintrat, und erst jetzt recht vor Augen liegt. Entfremdeten sich die Fürsten von der deutschen Nation, — wie natürlich, daß sie dafür auch der Nation fremd wurden, und nunmehr isolirt dastehen, und von dem wiedererwachenden Nationalgefühl nicht getragen und gestützt, sondern mit entschiedener Mißgunst angesehen, und selbst mit dem Untergang bedroht werden.

Zunächst freilich war von dieser bitteren Frucht nichts wahrzunehmen, sondern die Fürsten schmeckten nur die süße Schale, welche den herben Kern umschloß, die Süßigkeit der Herrschaft, die sie in ihren Sonderländern um so ungebundener üben konnten, je ohnmächtiger der Reichsverband wurde. Von einer glänzenden Hofhaltung umgeben, strebten sie nach einem absoluten Regiment, und setzten sich auf den Fuß europäischer Monarchen, vor allem nach dem blendenden Vorbild des vierzehnten Ludwig, wodurch die Natur des deutschen Fürstenthums aufs Tiefste alterirt wurde.

Was nämlich dem deutschen Fürstenthume eigen ist, und wodurch es sich von dem Fürstenthum, wie es sich in andern Ländern entwickelte, wesentlich unterscheidet, ist das sehr wichtige Verhältniß, daß die Fürsten in Deutschland einen Stand bildeten, den regierenden Stand oder den Herrenstand. Eben darum mußten sie in Deutschland sehr viel stärkere und tiefere Wurzeln schlagen als anderwärts. Auch konnten sie nicht so sehr entarten, wie namentlich die romanischen Fürsten, welche in ihren Ländern isolirt standen,

nicht von einer Gesellschaft ihres Gleichen umgeben, sondern nur von Vasallen und Dienstmännern. Denn wo ein Mensch überall nur zu befehlen hat, und Niemand da ist, der auf gleicher Linie mit ihm stehend, ihn zurecht weisen kann, muß ihm fast unvermeidlich der Kopf schwindeln, und selbst wohlorganisirte und edle Naturen verlieren dabei ein wesentliches Mittel ihrer Ausbildung, wenn ihnen der Verkehr mit ihres Gleichen fehlt. Darum sind die alten Dynastien außerhalb Deutschlands alle verkommen, ausgestorben oder vertrieben, und es ist eine Thatsache, welche sogar für ganz Europa gilt, daß sich das Fürstenthum überall nur durch deutsches Blut erhalten hat. Es gehört mit zu der centralen Stellung und Weltbedeutung der deutschen Nation, daß die gesammten Souveräne Europas (mit Ausnahme Louis Napoleons und des Sultans) in männlicher oder weiblicher Linie von deutschen Fürstenhäusern abstammen, und in diesem Sinne gesagt werden kann, daß der deutsche Herrenstand über Europa herrscht. Selbst der große Napoleon hat diese Thatsache anerkannt, indem er einen großen Werth darauf legte, sich mit deutschen Häusern zu verschwägern.

Man wird demnach zugeben müssen, daß das deutsche Fürstenthum doch auch mit zur deutschen Frage gehört, und daß man jedenfalls nicht davon abstrahiren kann, wenn man die deutsche Frage lösen will, sondern wenn man aufrichtig ist, und keine Illusionen liebt, kommt man wohl bald dahin, daß es eigentlich den Kern der Frage bildet, die wir jetzt so formuliren können:

Entweder eine Einheit mit den Fürsten und durch die Fürsten, oder ohne die Fürsten, d. h. mit

Beseitigung der Fürsten, und zur Beseitigung der Fürsten gehört nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Revolution.

Das ist die Alternative.

So viel bedeutet das deutsche Fürstenthum, und solche Bedeutung erlangte es eben dadurch, daß es einen Stand bildete. Wie sehr hat es also sich selbst geschadet durch die fortwährende Abichwächung seines Standesgefühls! Denn ganz erloschen ist es nie. Und nirgends gehen die Interessen der deutschen Nation mit denen der deutschen Fürsten so sehr Hand in Hand, als wenn es zu einer Wiederbelebung und Kräftigung dieses fürstlichen Standesbewußtseins kommt.

Fühlen sich die deutschen Fürsten wieder als ein Stand, in welchem Einer für Alle einzustehen hat, so sind sie ja einig, und es kann nicht fehlen, daß diese Einheit auf die Nation zurückwirkt. Es kann desgleichen nicht fehlen, daß zwischen den geeinigten Fürsten und der geeinigten Nation ein neues Band entsteht, und die Scheidewand fällt, welche das Hofwesen in dem Style von Ludwig XIV. zwischen den Fürsten und der Nation errichtete, indem man das Fürstenthum zur Halbgöttlichkeit heraufschrauben wollte. Fühlen sie sich wieder als ein Stand, so fühlen sie sich auch mit anderen Ständen verbunden, und von anderen Menschenkindern durch gar nichts verschieden, als daß sie auf der Stufenleiter des Lebens am höchsten stehen.

XXIII.

Ein Mittelpunkt unserer National- Entwicklung.

Dies ist es, was durch die von uns vorge schlagenen Einrichtungen erreicht, oder wenigstens sehr wesentlich befördert werden wird, insbesondere durch die periodischen Fürstentage, und durch die fürstlichen Statthalterschaften am Bunde. Und wie die ehemaligen Reichstage, seitdem es Reichsstädte gab, immer in solchen gehalten wurden, und dadurch der Fürstenstand in unmittelbaren Verkehr mit dem Bürgerstand trat, so ist es wesentlich, daß auch das fürstliche Bundes-Collegium in einer freien Reichsstadt residirt, wo also die fürstlichen Herrn inmitten einer Bevölkerung, die in keinem Unterthanen-Verhältnisse zu ihnen steht, nach Mitbürgerrecht leben, und darin selbst ein Gegenmittel gegen die Einflüsse der Hofatmosphäre finden.

Die Fürsten unterliegen wie alle sterblichen Wesen dem allgemeinen Naturgesetz, daß jede Kraft erlahmt, welcher der Stachel fehlt, und das Princip der Concurränz hat nicht bloß in den Gewerben seine Berechtigung. Als Regenten ihrer Partikularstaaten haben aber die Fürsten keinen Concurrenten, weil sie selbst in ihrem Lande über allen anderen Ständen stehen. Nur im Bunde, und wo es sich um Bundesfachen handelt, haben sie mit ihres Gleichen zu concurriren, und hierin wird der Stachel liegen, der die Persön-

sichkeiten weckt und schärft, um so mehr, je eifriger man sich den Bundesjachen hingiebt.

Diese Wirkung wird sich nicht bloß auf diejenigen Fürsten erstrecken, welche nach unserem Vorschlage einen direkten Antheil an der Bundesregierung nehmen, sondern auf den ganzen deutschen Fürstenstand. Ist nur erst am Bunde ein lebendiger Einheitspunkt gegeben, so werden die übrigen Fürsten sich von selbst daran anschließen, und auch ohne direkten Antheil an der Bundesregierung dennoch durch den persönlichen Verkehr, je nach dem Maße ihrer persönlichen Begabung, Einfluß suchen und finden. Steigert sich dann die Bundesthätigkeit, so wird es nicht fehlen, daß große Angelegenheiten hervortreten, deren Leitung eines besondern Vorstandes bedarf, und dazu wird man vor allem die Kleinfürsten erwählen. Wie nun die meisten deutschen Fürsten ursprünglich Reichsbeamte waren, so werden sie wieder Bundesbeamte werden.

Gab es in dem ehemaligen Reiche neben dem Kurfürsten-Collegium ein Collegium der Fürsten und der Städte, so kann etwas Aehnliches auch im Bunde entstehen, und unsere bisherigen Vorschläge sind selbst der Weg dazu. Die jetzige Bundesversammlung würde dann allmählig verschwinden, indem die Rechte, welche dieselbe zu vertreten hat, von den souveränen Fürsten in Person, und von den freien Städten durch ihre Bürgermeister ausgeübt würden, die eigentlich consultativen Functionen aber einem Bundes-Staatsrath zu übertragen wären, wie die richterlichen einem Bundes-Gericht. Aber alle dies liegt noch in der Ferne, und ist einstweilen ganz davon zu abstrahiren. Es wäre

auf einmal viel zu viel. Man muß hingegen mit Wenigem anfangen, nur daß dies Wenige etwas Wirkliches ist, wie die von uns vorgeschlagene Bundes-Herrschaft, dann geht es auch schrittwärts weiter, und die Praxis selbst führt zu neuen Entwicklungen, die sich nicht im Voraus formuliren lassen.

So wird es sich ferner ganz von selbst machen, daß sich auch der hohe Reichsadel der mediatisirten Fürsten an diesen Mittelpunkt anschließt, und dadurch eine Stellung gewinnt, welche ihn aus seinem jetzigen vegetativen Dasein herausreißt, worin er sich selbst zur Last, und für die Nation ohne Nutzen ist. Denn diese ehemals Reichsunmittelbaren hängen natürlich an den Traditionen des Reiches, und werden in dem Staatsleben der Partikularstaaten, welches sie nur an ihre Verluste erinnert, nur selten eine wahre Befriedigung finden. Sie können nur im Bunde wieder aufleben, vorausgesetzt, daß der Bund selbst ein neues Leben gewinnt.

Immer größer wird der Kreis, und immer weiter schlagen seine Wellen. Denn es macht sich wiederum ganz von selbst, daß sich an die Aristokratie der Geburt die Aristokratie des Geistes anschließt. Künstler und Gelehrte werden dort ihre Stellung finden, und dessen Geist vorzugsweise auf das Ganze des deutschen Nationallebens gerichtet ist, der wird auch vorzugsweise gern im Mittelpunkte des Bundes leben. So bekommt die Nationalentwicklung auch nach dieser Seite einen lebendigen Concentrationspunkt, dessen sie bisher zu ihrem großen Nachtheil entbehrte, ohne daß sie dadurch in eine französische Centralisation verfallen

würde. Concentration und Centralisation sind sehr verschiedene Dinge. Diese ist eine Absorbition der Individualitäten, jene ein Zusammenwirken derselben, und wie die eine schädlich und dem deutschen Geiste zuwider ist, so ist ihm die andere ein Bedürfnis, um nicht im Partikularismus zu verkümmern.

Giebt es doch bisher nicht nur keine deutsche Politik, sondern nicht einmal eine deutsche Publicistik, vielmehr nur eine preußische und österreichische, und schwache Anfänge einer mittelstaatlichen, auch in Handelsfragen eine hanseatische. Daher ist das öffentliche Urtheil bei uns entweder kleingeistlich und kurzichtig, weil partikularistisch, oder überschwenglich idealistisch, weil auf reine Spekulationen gegründet, dahingegen eine reale und zugleich großsinnige Auffassung der Dinge nirgends weniger zu Hause als in Deutschland. Das erklärt sich sehr leicht, denn die Publicistik ist weit mehr als die theoretische Wissenschaft an ihr Local und ihre Basis gebunden, und ein geeigneter Stützpunkt für die Entwicklung deutsch-politischer Ideen hat bisher nicht existirt. Nach unseren Vorschlägen aber wären die Bedingungen dazu gegeben.

Sollten sich in dieser Atmosphäre nicht auch staatsmännische Talente aufthun? Wer könnte daran zweifeln, denn was sich überhaupt von Keimen dazu in der deutschen Nation findet, das wird sich weit eher in dem Staatsleben des Bundes entwickeln, sobald es nur erst ein solches giebt, als in dem Staatsleben der Partikularstaaten, weil dies in ganz Deutschland bürokratisch geordnet, und darum für die Entwicklung staatsmännischer Fähigkeiten ungünstig ist. In jenem hingegen, wo es sich nie um das kleine Detail

der Verwaltung handeln kann, sondern immer nur um große Fragen, weil nur solche den ganzen Bundeskörper gemeinsam interessiren können, da werden sich auch große Staatsmänner bilden, wenn es uns sonst bechieden ist, deren zu bekommen, und von da aus wird ein staatsmännischer Geist auf die Partikularstaaten zurückfließen. Hat doch selbst der hinjällige Reichskörper des vorigen Jahrhunderts noch immer staatsmännische Talente geweckt, weil es doch noch etwas ganz anderes war, in Reichsangelegenheiten zu arbeiten, welche immer auf einen großen Hintergrund deuteten, als etwa an einer Provinzialregierung in einem Partikularstaate zu fungiren. Hardenberg z. B. hatte die Reichsschule auch durchgemacht. Stein war bekanntlich ein Reichsritter, und das reichsritterliche Bewußtsein die Basis seines Selbstgefühls und seiner Energie, ein moderner Sickingen. Auch kann man bemerken, daß, wenn es in Oesterreich nie an geschickten Diplomaten gefehlt hat, dies gewiß zum guten Theil aus den Beziehungen zum Reiche folgt, welche ehemals die ganze österreichische Regierung durchdrangen. Darum dürfte wohl zu behaupten sein, daß die staatsmännischen Talente in Deutschland seit dem Untergang des Reiches nicht im Zunehmen, sondern im Abnehmen sind. Sie scheinen fast auszusterben.

Und soll man nicht überhaupt sagen, daß der deutsche Genius seitdem im Sinken ist? Denn auch die Häupter unserer Literatur stammten alle noch aus den Zeiten des Reiches, und wir können ihnen heute keine ebenbürtigen Namen zur Seite stellen. Ist es also unbestreitbar, daß selbst die ohnmächtige Reichseinheit des vorigen Jahrhunderts noch

immer ihre wichtigen Folgen hatte*), so müssen wir uns doppelt veranlaßt fühlen, die verlorene Reichseinheit durch eine um so lebendigere Bundeseinheit zu ersetzen.

Bemerken wir nun endlich, wie die Bundesstadt Frankfurt schon jetzt ein wichtiger Concentrationspunkt des deutschen Handels ist, und in Zukunft wahrscheinlich noch mehr werden wird, so wären hier alle Faktoren unseres Nationallebens versammelt, von dem regierenden Fürsten bis auf den erwerbenden Bürger herab, und ein Stützpunkt für die gesammte Nationalentwicklung gewonnen. Allerdings kein deutsches Paris, welches hochmüthig auf die province herabblickt, und das wir so Gott will nie haben werden, sondern ein Gesellschaftshaus für die deutschen Staaten und Volksstämme, und für alle Stände wie für alle Partikularismen zur Ausgleichung dienend.

Man kann zweifeln, ob Frankfurt für diesen Zweck auch gut gelegen ist. Rein geographisch betrachtet möchte sich wohl Erfurt am besten dazu eignen, welches aber keine freie Stadt ist, und Frankfurt hat die Tradition für sich. Auch ist es andererseits sogar zweckmäßig, daß der deutsche Concentrationspunkt grade da liegt, wo Deutschland am meisten zerrissen

*) Göthe erzählt selbst, welchen Eindruck das Schauspiel der Kaiserkrönung auf sein junges Gemüth machte, und welche Nachwirkung es hinterlassen bezeugt sein „Faust;“ worüber Schelling sagt, es sei die einzige moderne Dichtung, welche sich nach Universalität der Auffassung mit Dante's göttlicher Comödie vergleichen könne. Wie aber diese auf der Idee der kirchlichen Universalität ruht, so ruht der „Faust“ auf der Idee der weltlichen Universalität, welche sich im Reiche abspiegeln sollte. Ohne die Reichs-Idee hätten wir keinen Faust — und keinen Göthe gehabt.

und zugleich am meisten gefährdet ist, damit auch die Hülfe bereit steht, und der Feind es immer vor Augen sieht, wie das vielstaatliche Deutschland trotz alledem dennoch zusammenzuwirken vermag.

XXIV.

Vom deutschen Parlament.

Aber, fragt man vielleicht, wo bleibt der Schlußstein, der das ganze Gebäude krönen muß, wo bleibt das deutsche Parlament? Nun gut, wenn es der Schlußstein sein soll, so muß doch das Gebäude zuvor im Fundament und Mauerwerk dastehen, und ich meine, was wir im Vorhergehenden beschrieben haben, das dürfte ja wohl als das Fundament gelten können, und für mehr geben wir es selbst nicht aus. Gleichwohl wird selbst die Fundamentirung nicht so ganz leicht sein, und jedenfalls Zeit erfordern. Dann folgte erst das Mauerwerk, welches abermals Zeit erfordert, und jetzt erst könnte von einer Krönung des Gebäudes die Rede sein, wenn sie nicht etwa in einem neuen luftigen Entwurf bestehen soll, der als Seifenblase zerplatzt, wie vor zwölf Jahren.

Es paßt nicht in den Plan der vorliegenden Schrift, näher in diese Frage einzugehen. Nur so viel haben wir darüber zu sagen:

1) Soll es ein deutsches Parlament geben, so muß doch erst eine deutsche Centralgewalt da sein, wenn das Parla-

ment selbst etwas anderes werden soll als ein revolutionärer Nationalconvent. Die Bundesversammlung selbst ist keine Centralgewalt, wie wir hinlänglich nachgewiesen, auch wahrscheinlich gern zugegeben wird, sondern es muß erst eine solche Gewalt begründet werden, wozu wir selbst den Plan gemacht. Dann muß diese Centralgewalt nicht blos überhaupt da sein, sondern sie muß sich auch einigermaßen ausgebildet, und namentlich gehörig befestigt haben, sonst würde sie von dem Parlamente wohl bald umgeworfen, weil alle repräsentativen Versammlungen ihrer Natur nach die Regierung drängen, und darum etwas Festes voraussetzen, wenn der Zustand haltbar sein soll. Bis dahin also muß erst vieles Andere geschehen.

2) Muß man sich wohl klar machen, welche Funktionen von einem solchen Parlamente zu erwarten und zu fordern wären, in einem politischen Körper wie der deutsche Bund, der doch alle diejenigen Angelegenheiten, worüber zu parliren wäre, fast sämmtlich den Partikularstaaten überläßt, so daß eigentlich nur Fragen der hohen Politik und der damit zusammenhängenden Kriegsverfassung für den Bund übrig bleiben, und allenfalls die Handelspolitik, eine weitere Sphäre aber erst dann für den Bund gewonnen werden kann, wenn die Einigung bereits thatsächlich darüber hinaus gegangen ist. Verfassungsmäßig ist der Bund ein Schutz- und Trutzverein, und die äußere Sicherheit wird in der Bundesakte selbst als der wesentlichste Zweck vorangestellt, wozu also Politik und Militairwesen gehören, während gemeinsame Bestimmungen über Handelsfachen nur am Schluß der Bundesakte als ein vorbehaltlicher Zweck genannt werden. Nun leugnen wir nicht, daß auch jene Angelegenheiten einer

Discuffion bedürfen, und daß es allerdings von hohem Werthe für die Nation wäre, eine gefefliche Theilnahme daran zu haben, aber fo viel leuchtet ein, daß eine parlamentarifche Verfammlung, welche fich ausdrücklic und ganz allein mit den vorgedachten Angelegenheiten zu befchäftigen hätte, jedenfalls ganz anders componirt fein müßte als die Kammern in den Einzelstaaten. Wie fie aber zu componiren wäre, darüber fehlt dem Urtheil aller Anhalt, fo lange der Bund felbft auf diefem Gebiete noch keine wirkliche Thätigkeit gewonnen hat, fo daß diefe Frage zur Zeit felbft für die theoretifche Behandlung noch als unreif gelten muß.

Andererfeits liegen aber Thatfachen vor, welche wohl geeignet fein dürften, das öffentliche Urtheil über diefen Punkt zu berichtigen, und es als Borurtheil und Aberglaube erfcheinen zu laffen, daß man den Parlamentarismus zum Univerfalmittel für alle Gebrechen des Staatslebens machen will, und insbefondere einen heilsamen Einfluß auf die auswärtige Politik davon erwartet. Man blicke doch z. B. auf Preußen. Hat das parlamentarifche System, welches hier feit zwölf Jahren befteht, irgend wie dazu beigetragen, der preußifchen Politik eine größere Feftigkeit und Energie zu geben? Das kann Niemand behaupten. Und wenn man insbefondere die preußifchen Diplomaten darüber befragen will, fo werden fie einftimmig antworten, daß der Parlamentarismus in diefer Hinficht keine andere Wirkung gehabt, als zu der ohnehin fo fchwierigen Lage Preußens noch eine neue Schwierigkeit hinzuzufügen, indem daraus ganz unberechenbare Einflüffe entftehen, welche die preußifche Politik noch unſicherer machen, als fie vordem war. Ähnliches zeigt

sich in der Schweiz, wo sich die parlamentarische Regierung in der jetzt schwebenden savoyer Frage viel schwachmüthiger benommen, als es die ehemalige Tagsatzung mit ihren Vororten gethan haben würde. Darüber ist in der Schweiz selbst kein Zweifel, ja man fängt an es öffentlich zu sagen. Und wie steht es endlich mit dem Vaterlande des Parlamentarismus, mit England selbst, wo es doch grade das Parlament ist, aus welchem die schwankende und unwürdige Politik entspringt, die man dem heutigen England vorwirft? Dahingegen sind es ohne Frage Frankreich und Rußland, welche zur Zeit die wirksamste Politik führen, und grade diese beiden Länder werden nicht parlamentarisch regiert. Entweder beweisen Thatfachen überhaupt nichts, oder diese Thatfachen beweisen wenigstens soviel, daß eine gute und kräftige Politik nicht durch den Parlamentarismus bedingt wird.

Mögen die Deutschen sich daran gewöhnen die Staatskunst von der Dichtkunst zu unterscheiden, und nicht die Höhe der Staatskunst darin zu suchen, daß sie die Grenzen des Gegebenen weit überfliegt, sondern daß man innerhalb des Gegebenen das erreichbare Ziel erstrebt, dann werden sie es auch erreichen, und von Ziel zu Ziel vorwärts schreiten. Bis dahin aber mögen sie bedenken, daß die heilsame Wirkung eines deutschen Parlaments doch vor allem darin bestünde, daß die deutsche Nation einen lebendigen Ausdruck ihrer Einheit, und der deutsche Nationalgeist einen wirksamen Einfluß auf die Bundesthätigkeit gewönne. Besteht nun erst in der Bundesstadt ein solches Zusammentreten aller Faktoren des Nationallebens, wie wir es oben schil-

berten, so scheint es wohl, daß das Wesentliche der Sache schon einigermaßen erreicht wäre. Es wäre ja offenbar eine Notabeln-Versammlung, und somit eine thatsächliche Repräsentation, den altgermanischen Reichstagen ähnlich, die auch nur aus Notabeln bestanden. Denn daß die Bundesbehörde inmitten einer solchen Umgebung auch unter dem Einfluß derselben stehen würde, bedarf keiner Worte. Und ein lebendiger Ausdruck der Einheit wäre ja auch damit gegeben. Nur die Form fehlte, daß die Nation sich sagen könnte: „Da bin ich repräsentirt, weil ich meine Repräsentanten selbst ernannt und hingesandt habe.“ Laßt sie einstweilen nur da sein, und gleichviel ob Ihr sie hingesandtet, oder ob sie sich selbst hingesandten, oder wer es sonst that. Genügen sie dann ihrer Bestimmung nicht, und hat man erkannt, worauf es so eigentlich dabei ankommt, (worüber heut zu Tage in ganz Deutschland noch Niemand, der die Schwierigkeit der Aufgabe erwogen, sich eine zuverlässige Antwort zutrauen dürfte), dann wird es Zeit sein andere Repräsentanten hinzuschicken, und dem Ganzen eine Form zu geben, die, wenn sie heute versucht würde, nur den Werth eines politischen Einfalls haben könnte, womit wir gern verschont bleiben möchten.*)

*) Der Verfasser gesteht gern ein, in seiner früheren Schrift „Von der deutschen Föderation“ selbst einen solchen Einfall geäußert zu haben, ist aber längst davon zurückgekommen.

XXV.

Der deutsche Bund als Fürstenbund.

Es ist viel und oft gesagt, ja fast zur stehenden Phrase geworden, der deutsche Bund sei ein Bund der Fürsten gegen die Völker; womit man den Bund gerichtet zu haben glaubt. Und doch kann nicht leicht ein Urtheil grundloser sein als dieses. Das werden wir auf der Stelle beweisen.

Die Behauptung enthält offenbar zwei Sätze, nämlich: 1) der deutsche Bund sei ein Fürstenbund, 2) dieser Bund sei gegen die Völker gerichtet, und dieser letztere Satz steht in Abhängigkeit von dem ersteren; fällt der erstere so fällt der letztere von selbst, und wir haben uns also nur mit dem ersteren zu beschäftigen. Nun ist es aber eine handgreifliche Unwahrheit, daß der deutsche Bund ein Fürstenbund sei, und weit entfernt, ihn um dieses Charakters willen zu tabeln, erklären wir es vielmehr für die Hauptquelle des Uebels, daß er bisher kein Fürstenbund gewesen ist.

Oder, wo sind denn die deutschen Fürsten verbunden, wenn der Eine in Berlin wohnt, der Andere in Wien, der Andere in München, der Andere in Hannover u. s. w. Jeder nur auf den Vortheil seines eigenen Landes bedacht, und dabei Jedem nichts Lieberes und Süßeres, als seine eigene Residenz und Hauptstadt zu vergrößern und zu verschönern, um wo möglich ein deutsches Paris daraus zu machen, — freilich nur ein kleines, oder ein ganz kleines Paris? Was klein ist, ist niedlich.

Was sind diese Centralisationsversuche in den deutschen Partikularstaaten anders als Nachahmung des Franzosenthums, und wie kann aus der deutschen Nation je etwas Großes werden, wenn wir eine Richtung einschlagen, in der wir im Vergleich zu Frankreich doch ewig nur Stümper bleiben werden? Denn was ist ein Berlin gegen Paris? Es sind ja incommensurable Dinge. Hoffen wir wieder einmal eine große Nation zu werden, so kann es nur durch ein Princip geschehen, welches unserer eigenen Anlage entspricht, also durch Decentralisation, und folglich durch Föderation, weil eine decentralisirte Nation nur eine föderative Einheit haben kann. Aber wie soll unsere Föderation je Leben gewinnen, wenn jede deutsche Hauptstadt sich wie ein Paris gebehdet, und der Heerd von Centralisationstendenzen wird, welche grade das Gegentheil der Föderation bilden, und immer nur auf einen vergrößerten Partikularismus hinauslaufen? Dies ist so klar wie der Tag. Gleichwohl sagt einmal dem Berliner, daß es ein falsches Bestreben sei, dieses Berlin nur immer glänzender und größer zu machen, indem daraus nur ein aufgeblasener Berlinismus entspringen könne, niemals aber ein lebensvolles Deutschthum, und er wird Euch schön antworten. Denn so sehr es auf der Hand liegt, daß dieser Berlinismus doch nur die Wirkung haben kann, den preußischen Partikularismus zu steigern, so soll vielmehr eben dieser Berlinismus den vornehmsten Stützpunkt der deutschen Einheit bilden, und nirgends wird so viel von deutscher Einheit gesprochen als in Berlin. Ja, die deutsche Einheit erscheint dem Berliner überaus herrlich, — vorausgesetzt nämlich,

daß sie ihr Capitolum in Berlin findet, und überhaupt eine preußische deutsche Einheit wird, oder wie der Kunstausdruck lautet, eine deutsche Einheit mit preußischer Spitze. Es ist grade, wie wenn man von einem grünen Roth oder von einem gelben Blau spräche. Was Wunder nun, wenn sie in München eine baierische deutsche Einheit wünschen? Und warum soll man nicht auch eine hanoverische und kurhessische erfinden, nachdem doch einmal die Bahn gebrochen, und die Grenze verschwunden ist, welche Sinn von Unsinn trennt. Ach, daß man um ein wenig Logik betteln muß in dem Lande der Denker, und in der Metropole der Intelligenz, wo sie soviel Logik lesen, als in Rom Messen gelesen werden!

Wo sind denn ferner die deutschen Fürsten verbunden? Etwa in Frankfurt, wo man kaum je Einen derselben auf der Durchreise erblickt? Und wer tagt denn in Frankfurt? Die Fürsten doch wahrlich nicht, sondern die Bundesversammlung, welche mit dem Fürstenthum so wenig gemein hat, daß sie vielmehr der ausgeprägteste Ausdruck der Bürokratie ist, der sie es an Thatlosigkeit, an Schwerfälligkeit, an Armseligkeit und Heimlichkeit dergestalt zuvorthut, daß sie wohl als die Krone aller Bürokratie gelten muß, und als der rechte Schlußstein der ganzen hohen Bürokratie des deutschen Vaterlandes anzusehen ist.

Das ist es eben, was den deutschen Bund verhaßt und verächtlich macht, und immer mehr machen muß, je mehr der Widerwille gegen das bürokratische Regime in der ganzen Nation mit jedem Tage lebendiger wird. Der deutsche Bund hat bisher kein fürstenthümlisches sondern nur ein

bürokratisches Dasein gehabt, um deswillen sich der Widerwille gegen die Bürokratie mit ganz richtigem Instinkt in dem Ansturm gegen den Bundestag concentrirt, welcher die feste Burg des bürokratischen Regimes für ganz Deutschland bildet. Und soll die Bürokratie überwunden werden, so muß es am Bunde geschehen, oder sie wird nie überwunden.

Das deutsche Volk hat keinen Haß gegen seine Fürsten, sondern hegt noch immer eine tiefe kaum zerstörbare Pietät für dieselben, und weit entfernt ihnen zu mißgönnen, daß sie auf der Höhe des Lebens stehen, will es vielmehr nichts weiter, als daß sie auch wirklich dort stehen, und vor aller Augen sichtbar sind. Es hat das Gefühl, daß es sich doch nicht selbst regieren kann, sondern ewig regiert werden wird, und es dann doch besser ist von solchen regiert zu werden, welche schon durch ihre Geburt über allen Anderen stehen, als von solchen, welche doch nur auf seinen Schultern und auf seine Unkosten zu dieser Höhe emporklettern könnten, und dann Parvenus wären, welche durchschnittlich hochmüthiger und steifer zu sein pflegen als geborne Fürsten. Ein Fürst, der seine Stellung begreift, und sein Geschäft versteht, wird darum in Deutschland immer die allpopulärste Figur sein. Aber beides gehört freilich dazu, und es ist schwer erklärlich, wie die Fürsten ihren Vortheil darin finden sollten, sich hinter einer Bürokratie zu verbergen, welche sie mit der Last ihrer eigenen Unpopularität erdrückt. Die Nation ist des bürokratischen Systems satt und müde, sie will ihre Lebenskraft nicht mehr in den Kanzleien und Registraturen verschwinden sehen, wie den Rhein im Sande,

sondern will sie thatkräftig in die Welt ausströmen lassen, und darum will sie Persönlichkeiten an der Spitze haben, weil sie aufleben will. Denn das ist eben das Wesen der Bürokratie, daß die Persönlichkeit hinter papiernen Formeln verschwindet. Und dieses Wesen wird in unserem Vaterlande niemals überwunden werden, so lange es nicht in den Spitzen überwunden wird, und es wird nicht in den Spitzen überwunden werden, so lange die deutschen Fürsten nicht persönlich im Bunde walten.

Der Bundestag ist das grade Gegentheil von dem, was die Nation erstrebt, so gewiß als er nichts anderes als die organisirte Lethargie ist, und nie etwas anderes werden kann, weil er überhaupt keinen Willen hat, d. h. keinen souveränen Willen, worum es sich in einem Staatenbunde allein handelt, auch einen solchen Willen niemals bekommen kann. Ueber seine Thüre mag man wie über den Eingang zur Hölle schreiben: „Lasciate ogni speranza, laßt alle Hoffnung fahren.“

Es hilft darum im Wesentlichen zu gar nichts, wenn man diesem Bundestag irgend welches Leben zu geben versucht, indem man ihm als Futter allerlei Entwürfe vorlegt, wie über Heimathrechte, Patentgesetze, Maaß und Gewichte u. s. w., denn selbst wenn er alle diese Entwürfe mit seinem schwerfälligen Organismus verdaut, und dann endlich ein Resultat von sich giebt, so mag dies für das bürgerliche Leben von Nutzen, und selbst von großem Nutzen sein, für das Nationalleben bedeutet es sehr wenig, und für die Nationaleinheit so viel als nichts. Käme man mit diesen Dingen auch noch so weit, selbst zu einer ganz gleichen

Gesetzgebung, und sogar zu einer gleichen Verwaltung, woran doch garnicht zu denken ist, — es wäre ja immer nur Gleichförmigkeit, die auch inmitten der tiefsten Lethargie bestehen kann, und wäre kein Leben. Noch weniger Einheit. Um darüber klar zu werden, denke man sich doch einmal die 89 französischen Departements wie durch einen Zauber Schlag in besondere unabhängige Staaten verwandelt, so würde ja in ganz Frankreich noch immer die größte Gleichförmigkeit bestehen, obwohl von einer Nationaleinheit keine Spur mehr wäre. Das deutsche Reich hingegen hat selbst in seinen guten Zeiten sehr viel weniger Gleichförmigkeit gehabt als das gegenwärtige Deutschland, aber es hatte doch ein ganz anderes Leben, und eine ganz andere Einheit, obgleich die innere Mannigfaltigkeit wohl noch viel kräuser aus sah, als heute.

Die deutsche Nation verlangt nach einer lebensvollen Einheit, und hat ein gutes Recht dazu, wie sehr sie sich auch über die dazu dienlichen Wege täuschen mag. Recht aber hat sie abermals, wenn sie den Bundestag für unfähig erklärt, ihr je zu diesem Ziele zu verhelfen, Unrecht hingegen, wenn sie sich um deswillen gegen den Bund selbst wendet; der ja nach Art. 4 der Wiener Schlussakte die Befugniß einer weiteren Entwicklung und Ausbildung hat, insofern die Erfüllung seines Zweckes solche nothwendig macht. Soll er folglich nach Art. 2 nach Außen hin eine in politischer Einheit verbundene Gesamtmacht sein, so muß eine weitere Entwicklung eintreten, und wir befinden uns ganz auf bundesgesetzlichem Boden, wenn wir eine solche Entwicklung fordern, d. h. fordern, daß er ein Organ seines

souveränen Willens bekomme, ohne welches eine Gesamtmacht undenkbar ist. Wir befinden uns desgleichen auf dem Boden der thatächlichen Verhältnisse, den wir nicht um ein Haar breit überschreiten, wenn wir behaupten, daß dieses souveräne Bundesorgan lediglich durch einen Zusammentritt der deutschen Souveränitäten gebildet werden kann und muß. So gewiß also die Souveränität in Deutschland in der Person der Fürsten ruht, und bundesgesetzlich ruhen soll, so müssen die Fürsten zusammentreten, und einen wirklichen Fürstenbund bilden.

Möchten sie dies nur lieber heute als morgen thun, und sich dabei nicht durch die Einreden ihrer Diplomaten beirren lassen, welche nur Difficultäten machen, sondern die Sache persönlich in die Hand nehmen, und es wird nur einen einzigen Tag kosten, daß die deutsche Frage, welche seit zwölf Jahren nicht von der Stelle rückt, auf einmal einen großen Schritt vorwärts macht. Sind es doch die Fürsten allein, denen es rechtlich zusteht, die deutsche Nation als Ganzes zu vertreten. Sie allein können einen Nationalverein bilden, der uns über die inneren wie über die äußeren Schwierigkeiten hinweg hilft.

Möchten sie sich dabei nicht vor dem Ungewöhnlichen eines solchen Schrittes scheuen, nachdem doch die Erfahrung zeigt, was mit den gewöhnlichen Mitteln diplomatischer Correspondenzen zu erreichen ist. Und möchten sie sich desgleichen nicht vor der Ungewöhnlichkeit der Form scheuen, welche eine Centralgewalt, als eine Collectiv-Souveränität aus fürstlichen Personen bestehend, darzubieten scheint. Ungewöhnlich, d. h. von alle dem, was sonst in Europa

fonveräne Gewalt ist, sehr verschieden, muß ja die Bundes-Centralgewalt ganz nothwendig sein, so gewiß als der deutsche Bundeskörper mit keinem anderen politischen Körper Europas vergleichbar ist. Grade so war auch das deutsche Reich nur mit sich selbst vergleichbar, und grade so waren es schon die alten Germanen in ihren Wäldern, wie es Tacitus bezeugt. Was sollen wir denn nun herumgaffen, nach rechts und links, ob wir nicht irgend wo eine Form fänden, die wir nachahmen könnten, damit wir doch ja nicht das Unglück hätten, auch einmal original zu sein, und einen politischen Gedanken auszuführen, der nicht von der Seine oder Themse her stammt.

XXVI.

Periculum in mora.

Wenn es immer unwürdig und selten dienlich ist, die wahre Lage der Dinge zu verhüllen und zu bemänteln, so sind die Zeitumstände so ernst, daß es geradezu ein Frevel wäre, weil wir nur dann im Stande sein werden, dem her eindrohenden Verderben zu entgehen, wenn die Gefahr zeitig genug in ihrem vollen Umfang erkannt wird. Sagen wir es also unumwunden, daß dem deutschen Fürstenthum eine Krisis bevorsteht, worin es sich um sein Sein oder Nichtsein handeln wird.

Es sind mächtige Kräfte in Bewegung, welche das Ziel verfolgen, den deutschen Fürsten das Schicksal der italienischen zu bereiten. Mächtig zwar weniger durch sich selbst, als durch ihre Verbindung mit allen revolutionären Elementen Europas, und durch die Unterstützung der revolutionären Politik Frankreichs, also jedenfalls doch eine wirkliche Macht. Nun aber bemerkten wir schon, wie es sich mit den deutschen Fürsten ganz anders verhält, als mit den italienischen. Auch darin, daß sie wesentlich Alle in gleicher Lage untereinander sind, Alle selbst aus der Nation entsprungen, mit ihren Wurzeln meist bis an den Anfang unserer Geschichte reichend, und jedenfalls seit langen Jahrhunderten mit Land und Leuten verwachsen. Da kann nicht Einer die Andern abforbiren, selbst wenn er wollte. Auch ist so etwas nie geschehen, außer wie man weiß, unter dem Drucke des Auslandes, vor 60 Jahren. Sollten sie aber durch eine innere Krisis fallen, so müßte der ganze Nationalkörper so tief aufgewühlt werden, daß alle zusammen entwurzelt wären. Wie schon gesagt, es gehörte eine radikale Revolution dazu.

Wir halten eine solche Revolution nicht für wahrscheinlich, und zwar um so weniger, da es gar nicht im Interesse Frankreichs liegt, die Sache so weit kommen zu lassen, um so wahrscheinlicher aber, daß die Bewegung allerdings stark genug werden kann, um die Fürsten zu einem solchen Widerstand zu nöthigen, daß durch den Andrang und Gegendrang die ganze Nationalkraft gelähmt wird. Welch ein günstiger Moment für Frankreich! Freiheit und Ordnung zugleich im Munde führend, und mit der deutschen Bewegungspartei vermöge seiner eigenen revolutionären Natur ver-

knüpft, wird es einerseits die deutsche Nationaleinheit zu unterstützen vorgeben, um das Fürstenthum im Schwach zu halten, andererseits im Namen der Ordnung eben diesem Fürstenthume selbst seine schützende Hand darbiehen, und so Meister von Deutschland werden. Louis Napoleon ist zu klug, um nicht den großen Unterschied zwischen Italien und Deutschland zu begreifen, und wenn er hier wie dort denselben Zweck verfolgt, nämlich Herrschaft, so wird er doch verschiedene Mittel dazu wählen. Schon sein großer Oheim verfuhr ja in Deutschland anders als in Italien, und Napoleon III., welcher Deutschland sehr viel besser kennt als jener, wird seine Pläne noch mehr der deutschen Eigenthümlichkeit anpassen.

Dies ist die Gefahr.

Sie kann nicht durch ein Anlehen des deutschen Fürstenthumes an Rußland beseitigt werden, womit ja vielmehr der erste Anfang zu einer Intervention des Auslandes gemacht, und als Rückwirkung sogleich eine französische Partei hervorgerufen werden würde, sondern nur durch eine innere Versöhnung.

Aber man versöhnt sich nicht, wenn man nicht sein gegenseitiges Unrecht zugiebt, und sein gegenseitiges Recht anerkennt. Ist das Verlangen der Nation nach einer lebenskräftigen Einheit ein wohlberechtigtes, so ist andererseits das Fürstenthum und die Existenz der Partikularstaaten nicht minder berechtigt, und ist es ein Unrecht dagegen anzuerkennen, so ist es nicht minder Unrecht, daß von Seiten der Partikularstaaten für die Begründung der gewünschten Ein-

heit so wenig, oder eigentlich gar nichts geschehen ist. Seit dem Jahre 1850, wo die Regierungen überall wieder das Szepter in Händen hatten, und in geordnetem Wege einrichten konnten, was dem Bunde Noth thut, sind zehn thatlose Jahre verfloßen, worin nichts an das Licht getreten, als der restaurirte Bundestag, so lahm und geistlos, als er je gewesen, dazu mit dem Ridikül seiner eigenen bankerotten Selbstverzweiflung von 1848 her behaftet, und in einem räucherigen Palais, welches selbst der kleinste deutsche Fürst zu seiner Residenz zu schlecht achten würde, sich gewissermaßen versteckt haltend, für die Nation nur wahrnehmbar als Centralpolizei und Compressse. Es ist gradezu ein Frevel an der deutschen Nation, ihr ein solches Institut als den realisirten Ausdruck ihrer Einheit vor die Augen zu stellen, und eben so eine Herabwürdigung für die deutschen Fürsten selbst, daß dieses Institut doch den Namen nach ihre eigene Autorität vertreten soll.

Mit kleinen Mitteln ist daran gar nichts zu bessern, sondern es bedarf einer entscheidenden und in die Augen fallenden That, welche durch sich selbst die Ueberzeugung begründet, daß nunmehr ein neuer Zustand beginnt. Solche That kann nichts anderes sein; als die Einsetzung einer Centralgewalt. Und darüber ist gar nicht weiter zur diplomatisiren, als wovon wir schon an dem bisherigen Bundestage übergenug haben, und worüber wir eben hinaus kommen wollen, sondern die Centralgewalt muß da stehen, wie die Minerva aus dem Haupte Jupiters entspringend, und wie jeder gute Entschluß auf einmal geboren

wird, oder er wird nie geboren. Es bedarf dazu nur einer vorgängigen Verabredung zwischen den betheiligten Bundesfürsten. Dann kommen sie nach Frankfurt, und die Centralgewalt ist da.

XXVII.

Der Föderalismus als Princip des deutschen Bundes.

Wie das deutsche Fürstenthum insbesondere der Kern des europäischen Fürstenthumes ist, so ist Deutschland ganz überhaupt der Kern der geschichtlichen Staatenbildung Europas, und darum der Stützpunkt derselben, wie Frankreich hingegen der Stützpunkt für alle schematischen Projekte ist, wonach man auf den Trümmern des alten Staatensystems eine neue Ordnung begründen will.

Es gehört wenig Nachdenken dazu, um das Widersinnige solcher Projekte zu erkennen, so gewiß als die Staaten nie eine andere Basis gehabt haben, noch je haben werden, als den Niederschlag der Geschichte, und in alle Ewigkeit nicht auf reiner Vernunft beruhen können, so lange die Menschen selbst nicht reine Vernunftwesen d. h. Gedankendinge werden. Entzieht man also den Staaten ihre historische Basis, so schweben sie in der Luft, und da sie in dieser Schwebelage nicht bleiben können, sondern schlechter-

dinge eines realen Anhalts bedürfen, so bleibt nur die reine Gewalt, und der beabsichtigte Vernunftstaat wird in der Wirklichkeit allemal zum reinen Gewaltstaat, wie das heutige Frankreich. Und nicht nur daß die Sache damit endigt, sondern sie fängt selbst damit an, indem die Revolution, ihrem proklamierten Rationalismus ins Angesicht schlagend, sofort zur handgreiflichen Gewalt übergeht, und ihre Resultate niemals durch Vernunft sondern durch Vergewaltigung erzielt, sei es nun wirkliche oder bloß angebrohete Gewalt d. h. Einschüchterung, welche das beliebteste Mittel ist.

Deutschland ist es, wo sich der Kampf, den die Revolution gegen die geschichtliche Staatenbildung erhoben hat, entscheiden muß, wie er denn auch zur Zeit des ersten Napoleon bei Leipzig entschieden wurde. Deutschland wird und muß diesen Kampf aufnehmen, und von dem Ausgang desselben hängt seine Ehre und Zukunft ab.

Es wird aber diesen Kampf nur dann mit Erfolg bestehen, wenn es selbst ein praktisches Princip aufstellt, wodurch es die in Bewegung befindlichen Kräfte an sich zu ziehen, zu leiten und zu organisiren vermag, und dadurch der Revolution selbst das Wasser abgräbt. Denn die Revolution entspringt ja nicht bloß aus einer Verirrung des Gedankens und Verderbtheit des Willens, wie die Legitimisten meinen, sondern aus sehr realen Ursachen, nämlich aus dem allgemeinen Zerjekungsprozeß, der in dem abendländischen Volkssystem durch die Auflösung des Feudalismus seit Jahrhunderten eingetreten, und in seinem unaufhaltamen Fortschreiten zu Explosionen führt, den Gewittern und Erdbeben vergleichbar. Nur daß es in der moralischen

Welt vermöge der menschlichen Freiheit gar wohl möglich ist, diese Gewitter und Erdbeben abzuleiten. Dazu genügt aber nicht der allerdings nothwendige Widerstand, und noch weniger die Restauration, deren Erfolglosigkeit nunmehr vor Augen liegt, sondern es gehört ein bildendes Princip dazu, welches der gährenden Masse selbst eine neue Gestalt giebt, hier die Kräfte bindend und mäßigend, dort sie selbst entbindend und anregend, je nachdem es Noth thut. Ein solches bildendes Princip kann nicht beliebig erdacht und gewählt werden, sondern es muß sich dem dem Völkerleben selbst inne wohnenden Triebe anschließen, und je nachdem man diesen Trieb zu erkennen und zu leiten vermag, danach wird auch der Erfolg sein.

Die Revolution hat den ganz richtigen Gedanken ausgesprochen, und Louis Napoleon hat ihn aufgegriffen, daß das europäische Völkerleben einer Erneuerung entgegengelt, und derselben bedarf, wenn es nicht in einen allgemeinen Marasmus verfallen soll. Die französische Revolution kündigte sich darum von vornherein als eine europäische Angelegenheit an, und eben dies machte ihre Stärke aus, indem alles, was man dagegen versuchte, sich als ohnmächtig erwies, weil es viel zu kleinlich war, bis es dann zu einer europäischen Coalition kam. Eben so ist es die Stärke Louis Napoleons, daß er sich ein so hohes Ziel setzt, der Regenerator des alten Europas zu werden, und an seinen Beruf dazu einen festen Glauben hat. Gemeinen Köpfen mag dies unsaßbar sein oder chimärisch erscheinen, es ist aber doch so. Er verfolgt eine große Aufgabe, und es muß dem denkenden Beobachter, der unbefangen genug ist das

Große selbst an dem Gegner anzuerkennen, einen wahren Genuß gewähren, auch mal einen ungemainen Kopf an der Spitze der Politik zu sehen, der eben deswegen auch ungemaine Erfolge hat. Soll aber jenes Ziel durch Frankreich erreicht werden, so ist es natürlich, daß das Resultat ein französisches Gepräge annehmen, und also, wenigstens geistig betrachtet, eine allgemeine Franzöfisirung daraus hervorgehen würde, weil Frankreich keine andere Form seines Einflusses kennt, und nach dem Vorbilde seiner inneren Centralisation auch nach Außen hin nur danach streben kann, die ganze Völkermasse um die Centralsonne von Paris zu gruppieren. Es ist eben so natürlich, und sogar billig, daß Frankreich, welches diese Arbeit unternimmt, auch seinen Nutzen davon zieht, und immer mehr ziehen wird, je weiter es in der Arbeit fortschreitet. Der Arbeiter ist seines Lohnes werth.

An Deutschland richtet sich jetzt die Frage, ob es sich nur eben für gut genug hält, um in diesen napoleonischen Umbildungsprozeß als Masse einzugehen und von demselben verarbeitet zu werden, oder ob es das Selbstgefühl und Selbstvertrauen hat, diesem Unternehmen entgegen zu treten, und statt dessen einen Umbildungsprozeß in deutschem Geiste einzuleiten. Im ersteren Falle mag man nach den Plänen der Gothaer und Koburger ein kleines Deutschland einrichten, welches wie das neue Italien mächtig genug sein wird um einen sehr nützlichen Klienten für Frankreich zu bilden, aber viel zu schwach um sich dieser Klientel zu entziehen, indem sich seine Macht zu der französischen Macht ungefähr verhalten würde, wie sich Berlin zu Paris verhält.

Im anderen Falle hingegen muß man ein Princip ergreifen, welches nicht nur über Kleindeutschland, sondern selbst über das ganze Bundesgebiet noch weit hinaus reicht, und nicht nur die Möglichkeit in sich trägt, sondern auch mit der ausdrücklichen Absicht auftritt ein europäisches Princip zu werden. Nur ein solches ist dem Napoleonismus gewachsen, und wird ihn bezwingen.

Dieses Princip kann im Gegensatz zu dem napoleonischen Centralisationsprincip nur das förderative sein. Wie also Frankreich danach strebt die ganze abendländische Völkermasse um Paris herum zu centralisiren, so muß Deutschland danach streben, sie mit dem deutschen Bunde zu conföderiren, und der deutsche Bund selbst muß der Kern einer großen Conföderation werden.

Wir brauchen nur zu wollen, und sofort ist der deutsche Bund wirklich dieser Kern. Wenn wir aber nicht wollen, so wird nicht nur der deutsche Bund ganz wirkungslos bleiben, und sogar zu Grunde gehen, sondern wir werden überhaupt gar kein Mittel haben, um den Fortschritten des Napoleonismus zu widerstehen, der uns nicht blos durch seine Waffen, sondern noch mehr durch sein Princip schlagen wird.

Es ist jetzt nicht so, wie etwa zur Zeit des großen Friedrich, wo zur Politik nur Truppen und Finanzen gehörten, denn zwischen damals und heute liegt die Revolution, die in der ganzen europäischen Welt einen Principienkampf angefaßt hat, welchen die Restauration nur äußerlich dämpfen konnte. Der Name Napoleon hat ihn wieder zum Leben erweckt, und die Compression hat nur seine

Schwungkraft gesteigert. Wer unter solchen Umständen kein Princip hat, bedeutet nichts gegen denjenigen, der es hat. Denn für diesen arbeitet sein Princip selbst, und arbeitet ununterbrochen, und der principlose Gegner ist entwaffnet, noch ehe es zum Kampfe kommt. Louis Napoleon hat ein Princip, und man muß einem solchen Manne, der für sein Princip dreimal seinen Hals eingesezt, und der seine Studien in der Verbannung und im Gefängniß gemacht, wohl zutrauen, daß er in die Tiefe der Dinge hineingesehen, und über dem Gedankenkreis der Salons, worin sich die ordinäre Politik herumdreht, so erhaben ist wie der Mensch über dem Affen. Man muß ihm also dergleichen zutrauen, daß er die ganze Tragweite seines Principes kennt, wie nicht minder die Mittel, welche zur Ausführung desselben dienen. Mit einem solchen Princip, und von einem solchen Manne repräsentirt, hat es folglich etwas auf sich. Welches Princip haben wir denn aber entgegenzusetzen? Ich sehe trotz aller Anstrengung zur Zeit noch gar keins. Auch können wir keins haben, so lange wir keine Bundespolitik führen, welche ihrer inneren Natur nach auf den Föderalismus hinauslaufen würde. Wo wäre sonst noch ein Princip zu finden?

Preußen für sich selbst repräsentirt kein europäisches Princip, sondern ist nur eine lokale Macht, die in den Händen eines Friedrich viel bedeuten konnte, heute aber selbst in solchen Händen nicht viel auszurichten vermöchte. Und wenn dieser Friedrich heute lebte, dann wäre er gewiß der allererste, welcher diese Lage der Dinge erkannt hätte. Er, der von Jugend auf ein ernstes Denken liebte und

übte, den Schein überall verachtete, und nur auf das Wesentliche der Macht sah, hätte wohl auch den Schein einer preussischen Großmächts-Politik verachtet, und seine Ehre und Größe darin gesucht eine deutsche Gesamt-Politik zu begründen, woraus allein eine wirklich große Macht entspringen kann. Was wir heute fordern, wäre dann längst keine bloße Forderung mehr, sondern schon in der Ausführung begriffen, und mit dem Napoleonismus hätte es keine Noth. „Wenn Der noch lebte, sagte ja Napoleon I. selbst, als er in Potsdam an dem Grabe Friedrichs stand, dann wäre Ich nicht hier.“ Es gehört aber mehr dazu um einen solchen Geist zu fassen, als seinen Namen im Munde zu führen, wohinter sich schon so viele Betrüger versteckten. Wenden wir uns nun zu Oesterreich, so sagen wir, daß es allerdings ein europäisches Princip hat, aber ein unbrauchbares, also doch so gut wie gar keins, d. h. das Princip des Legitimus und der Restauration, und darum unbrauchbar, weil es auf der schon oben erwähnten falschen Voraussetzung beruht, daß die Revolution nur aus einer Verirrung des Denkens und Willens entstehe, also etwas bloß Negatives sei. Wäre nehmlich diese Ansicht richtig, so käme es ja freilich nur darauf an, die revolutionären Negationen selbst zu negiren, mit Pulver und Blei, und alles wäre wieder in Ordnung. Weil aber jene Voraussetzung unrichtig, so ist auch das darauf beruhende Princip unrichtig, und für die Praxis um so mehr unbrauchbar, da es zugleich ein bloß passives Princip ist d. h. bloß auf Widerstand gerichtet, ohne selbst etwas eigenes zu erstreben, also nicht unmittelbar aktiv. Der Napoleonismus

hingegen ist nicht etwas bloß Negatives, sondern gar sehr positiv, und dabei ganz unmittelbar aktiv. Wollen wir ihm Stand halten, so müssen wir folglich selbst ein positives und aktives Princip haben. Das ist das Erste und Zweite. Nun strebt der Napoleonismus die geschichtliche Staatenbildung aufzulösen, um aus der Auflösung etwas Neues zu bilden, d. h. er verfährt analytisch, und wollen wir dem entgegentreten, so müssen wir folglich synthetisch verfahren. Das ist das Dritte. Wir bedürfen also ein Princip, welches positiv, aktiv und synthetisch zugleich ist, und ein solches Princip ist entweder der Föderalismus, oder es existirt überhaupt nicht. Denn der Föderalismus ist eben so positiv als aktiv, und synthetisch im höchsten Grade.

Das ist das Princip, welches die Deutschen zu vertreten haben, und welches ihnen eine eurpäische Stellung geben wird, weil sie die Einzigen sind, die es in Europa vertreten können. Aber weder Preußen noch Oesterreich können dieses Princip vertreten, sondern es ist selbstredend, daß es nur durch den deutschen Bund vertreten werden kann. Man braucht nur das Wort Föderalismus auszusprechen, und die Sache beweist sich selbst. Darum entweder eine Bundespolitik oder eine principlose Politik, und wohin unsere Principlosigkeit führt, das hat bereits der Anfang gelehrt, und wird der Erfolg noch weiter lehren. Gott mag uns bewahren, daß wir auch das Ende davon sehen.

XXVIII.

Holland, Belgien und die Schweiz.

Die Deutschen sind durch ihren Partikularismus so klein-geistig und kleinmüthig geworden, daß sie fast ganz vergessen haben, wie ihre Voreltern allerdings lange Jahrhunderte hindurch die leitende Stellung in Europa einnahmen. Jetzt aber, gewohnt ihre Inspirationen vom Auslande zu empfangen, mag es den Meisten ganz überschwenglich oder gar abenteuerlich erscheinen, daß man ihnen eine solche Rolle zumuthet, die ja ganz etwas Deutsches wäre, und wovon weder die Times noch der Constitutionel auch nur ein sterbendes Wörtchen sprechen, die doch den Koburgern so lauten Beifall spenden.

Weit entfernt aber, daß dies ein die Bedingungen der Wirklichkeit überfliegender Plan wäre, führt er vielmehr erst recht in die Wirklichkeit ein, und ist eine unmittelbar praktische Aufgabe.

Was wollen wir denn, und was thut uns Noth? Wir wollen und müssen uns kräftigen, kräftigen im Innern, gewiß so viel als möglich, aber auch kräftigen durch äußere Verbindungen, und davon ist hier die Rede. Suchen wir folglich Allianzen, so werden doch solche bei weitem die besten sein, wo die Gemeinschaft der Interessen am größten ist, und die Machtverhältnisse der Art sind, daß wir nicht zu fürchten brauchen, wir würden von unseren Allirten selbst abhängig, und von denselben nur zu ihrem eigenen Interesse

ausgenutzt, dann aber bei Seite geworfen werden; wie es jedenfalls das Ergebniß einer russischen Allianz sein würde. Was liegt uns unter diesem Gesichtspunkte näher als Holland, Belgien und die Schweiz? Und was liegt diesen Staaten selbst näher als der deutsche Bund, mit welchem sie, ganz abgesehen von der aus ihrem germanischen Charakter entspringenden inneren Verwandtschaft, jedenfalls dieselbe Gefahr theilen? Oder was würde aus ihnen werden, sobald der deutsche Bund zerfiel?

Dazu liegen grade diese Staaten in der Linie, von welcher die Gefahr kommt, und helfen grade diejenige Seite Deutschlands decken, wo wir selbst am schwächsten sind. Gleich passend und wichtig ist es für den deutschen Bund sich mit diesen Staaten zu vereinigen, als es umgekehrt für diese Staaten selbst passend und wichtig ist, sich mit dem deutschen Bunde zu vereinigen. Denn was insbesondere Belgien und die Schweiz betrifft, so werden sie wohl selbst am besten wissen, welche Garantie ihre vertragsmäßige Neutralität für sie ist, zu einer Zeit, wo man die Veränderlichkeit der Verträge zum ausdrücklichen Princip erhebt, sondern wenn sie auf der neuen Karte von Europa noch ferner figuriren wollen, so müssen sie durch eine effective Macht erhalten werden. Und woher soll eine solche Macht kommen, insbesondere einem Feinde gegenüber, der das Nationalitätsprincip zur Avantgarde hat, welche, noch ehe die eigentliche Schlacht anfängt, schon im voraus das wallonische Belgien und die romanische Schweiz occupiren wird? Nur durch die innigste Vereinigung mit dem deutschen Bunde können sie sich halten. Es ist für beide Theile eine Lebensfrage.

Dieses zugegeben, drängt sich dann freilich die Erwägung auf, daß es wohl der direkteste Weg wäre, eine solche innige Verbindung zu verhindern, wenn wir uns jetzt damit beschäftigen wollten, dem deutschen Bunde seinen bisherigen bundesstaatlichen Charakter zu nehmen, und die Partikularjouveränitäten zu unterdrücken, um daraus ein centralisirtes Kleindeutschland zu machen. Oder wäre es nicht thatsächlich damit ausgesprochen, daß wir selbst nichts Anderes wissen und wollen, als nur in kleinerem Maßstabe dasselbe zu thun, was Frankreich in viel größerem thut, d. i. zu centralisiren? Und wie könnten wir dann den kleineren Staaten zur Stütze dienen, wenn wir damit anfangen dieselben in Deutschland selbst zu unterdrücken, und somit die Perspective aufstellten, daß zu Deutschland gehören nichts anderes heißen soll, als aufgelöst und absorbirt zu werden? Was würden denn also die Schweizer, die Belgier und Holländer wohl antworten, wenn das neue Kleindeutschland ihnen ein Schutz- und Trugbündniß anböte?

„Lieben Freunde, würden sie sagen, Ihr habt ja so eben durch die That bewiesen, daß Ihr für die Zukunft keine kleinen Staaten mehr bei Euch dulden wollt. Es gab aber Königreiche darunter, die uns selbst ganz ähnlich sind, und Baiern war sogar größer als wir selbst. Was sollen wir wohl von Eurem Trug- und Schutzbündniß erwarten, wenn selbst der von ganz Europa anerkannte Vertrag der Bundesakte Euren Appetit nicht zu zähmen, und jene Königreiche nicht vor dem Verschlungenwerden schützen konnte? Was sind denn Eure Eidschwüre werth, womit ihr doch einst die deutsche Bundesakte beschworen? Gewiß wollt Ihr uns

auch verschlingen, sobald es nur die Umstände gestatten werden. Danken schön, vestigia terrent. Wollt Ihr aber selbst Alles auf französischen Fuß setzen, — nun, das können wir näher haben, ganz aus der ersten Hand. Und wenn es doch einmal unser Geschick sein soll Provinzen zu werden, so scheint uns Paris doch wenigstens noch eine ganz andere Metropole als etwa Berlin. Liegt uns auch viel bequemer. Gott befohlen.“

So würden sie antworten und so würden sie handeln, also wohl oder übel, sich selbst an Frankreich anschließen, oder angeschlossen werden.

Grade der bundesstaatliche Charakter des deutschen Bundes ist es, der uns die Aussicht eröffnet, mit diesen für uns so überaus wichtigen Staaten eine innige Verbindung zu schließen, die allmählig dahin führen kann, daß sie gradezu in den deutschen Bund eintreten, wie sie ehemals zum deutschen Reiche gehörten. Sollte dies aber geschehen, so werden sie dann natürlich auch einen Antheil an der Bundesgewalt beanspruchen, und die Dreiherrschaft mag sich in eine Vierherrschaft verwandeln.

Ja, es wird eine Zeit kommen (und sie liegt vielleicht nicht fern), nachdem der gegenwärtige italienische Schwindel, welchem nur Ignoranten ein bleibendes Resultat zuschreiben können, zerronnen, und Italien wieder in seine Elemente zurückgefallen, wo sich ein neues italienisches Staatensystem bildet, welches sich an den deutschen Bund anschließt, wie ehemals an das deutsche Reich. Dann mag die Vierherrschaft im Bunde sogar zur Fünfherrschaft werden. Und wo ist hier die Grenze? Denn im Norden und Osten ist

auch noch ein Zuwachs möglich, wie die Geschichte des ehemaligen Reiches selbst beweist.

Man sieht also, wie sehr weit das Föderations-Princip über das eigentliche Bundesgebiet hinausreicht, und wie es allerdings für Deutschland etwas eintragen kann, sich als den Repräsentanten dieses Principis hinzustellen. Möchten wir nur mit dieser Fahne muthig auftreten, und unser Princip vor ganz Europa proklamiren, indem wir also sprechen:

„Kommt her zu uns, alle Ihr Staaten, die Ihr mühselig und beladen, und für Euch selbst zu schwach seid, um in den bevorstehenden Konflikten Eure Unabhängigkeit zu behaupten, wir wollen gemeinsame Sache machen. Denn wir sind selbst ein Staatenbund, der jedem Mitgliede seine Souveränität läßt, und je mehr ihrer zu uns treten, um so stärker wird das Ganze, und um so sicherer jeder Einzelne, wie in einer auf Gegenseitigkeit begründeten Affekuranz.“

Gewiß, es werden ihrer noch mehrere kommen, wenn wir nur das föderative Princip in einem freien und weiten Sinne zu fassen, und danach energisch zu handeln verstehen.

Darüber noch einige Worte.

XXIX.

Weitere Folgen des föderativen Princips.

Es ist eine für die Gegenwart und Zukunft des europäischen Staatensystems sehr wichtige Erscheinung, worauf der Verfasser bereits früher in einem besonderen Schriftchen hingewiesen hat *), daß die sogenannten Staaten zweiten Ranges, die in Folge des pentarchischen Großmachtssystemes ein Menschenalter lang fast von aller Theilnahme an der allgemeinen Politik ausgeschlossen waren, allmählig wieder eine politische Aktivität gewinnen, und seit dem Zerfall dieses pentarchischen Systemes immer mehr Bedeutung bekommen und erstreben. Die hohe Diplomatie, in den pentarchischen Gewohnheiten und Traditionen befangen, scheint von dieser Erscheinung nur wenig Notiz zu nehmen, und des guten Glaubens zu leben, mit ihren pentarchischen Correspondenzen und Conferenzen noch alle Fragen zu beherrschen und zu schlichten. Was hat sie denn aber seit vier Jahren beherrscht und geschlichtet? So viel als garnichts.

Louis Napoleon hat diesen Zustand der Dinge frühzeitig genug erkannt, und vortrefflich zu nutzen gewußt. Es ist ein wesentlicher Theil seiner Politik, und eine sehr wich-

*) Die Politik der Zukunft, Berlin 1858. Nicht zu verwechseln mit einer fast gleichzeitig erschienenen Broschüre „Die Politik der Zukunft vom preussischen Standpunkte,“ womit wir nichts gemein haben.

tige Stütze seiner Macht, daß er die Staaten zweiten Ranges, und selbst dritten und vierten Ranges, als seine Klienten mit auf die Bühne führt. Er hat nicht die wunderliche Grille, sich nur in der aristokratischen Großmächts-Gesellschaft bewegen zu wollen, sondern verkehrt auch sehr gern mit Plebejern, wohl wissend, daß ihm dieselben unter Umständen am nützlichsten werden können, und dabei weit traitabler sind als die Großen.

So fing er mit Sardinien an, und was er durch dasselbe erreicht hat, liegt jetzt vor Augen. Mehr, als er durch die Hülfe irgend welcher Großmacht hätte erreichen können, denn es würde ihm keine geholfen haben. Gleichwohl ist das Resultat, welches er mit Hülfe Sardiniens erreicht hat, so groß, daß jetzt keine einzige Großmacht im Stande wäre dasselbe rückgängig zu machen. Möchte sich die hohe Diplomatie in dieser Geschichte spiegeln, die in mehr als einer Hinsicht lehrreich ist. Sie zeigt zugleich, wie man es machen muß, wenn man handeln will. Denn ein einziges Zwiegespräch zwischen Louis Napoleon und Cavour ist jetzt auf den effectiven Verlauf der Dinge von weit größerem Einfluß, als die gesammte diplomatische Correspondenz. So viel richten Persönlichkeiten aus, die etwas wollen, und dabei wissen was sie wollen, und zu dem, was sie wollen, auch die geeigneten Mittel zu finden wissen.

Nächst Sardinien hat er sich an Spanien gewandt, und dasselbe in die französische Politik hineinzuziehen gesucht, zunächst durch den Krieg in Hinterindien, danach durch den marokkanischen Krieg, der Spanien in ein gespanntes Verhältniß zu England setzen soll. Er will dieses Land

jetzt ausdrücklich in die Reihe der sogenannten Großmächte einführen, und wenn auch diese Formalität unterbleibt (welche nur für denjenigen einen Werth haben könnte, der es immer noch nicht begriffen hat, daß dieses Großmachts-System längst zu einem Geispent geworden), so wird Spanien nicht minder einen thatfächlichen Antheil an der großen Politik nehmen. Und wehe, wenn man davon auch einmal so überrascht werden sollte, wie man von dem Auftreten Sardiniens überrascht wurde!

Endlich steht er in Verbindungen mit Dänemark, sucht deren mit Schweden, und wahrscheinlich auch mit Griechenland.

Wir schweigen dabei von seinen Verbindungen mit den Polen und Ungarn, wie mit den verschiedenen Völkern in der europäischen und asiatischen Türkei, — Verbindungen welche nicht auf Staatenpolitik, sondern auf Revolutionspolitik hinauslaufen, wovon hier nicht die Rede ist. Wir schweigen desgleichen von seinen überseeischen Verbindungen, die nicht gering sind, und wollen nur beispielsweise auf Aethiopien hinweisen, welches bei einem etwaigen Conflict mit England eine nicht unwichtige Position darbieten würde, und zugleich recht deutlich zeigt, wie sehr er für die Zukunft sorgt.

So weit reichend und mannigfaltig sind seine Machtmittel, daß selbst Englands und Rußlands Macht klein dagegen erscheint, und Staaten wie Preußen oder Oesterreich garnicht daran denken können, einer solchen Machtfülle gegenüber eine eigene Rolle zu spielen. Es wird gradezu absurd, unter solchen Umständen noch von fünf großen

Mächten zu sprechen, die sich gegenseitig ebenbürtig sein sollen. Sogar eine europäische Coalition hätte er kaum noch zu scheuen, zumal da er immer das Mittel besitzen würde, dieselbe zu sprengen, sobald er nur die Türkei an Rußland überliefern will, wodurch sich Rußland alsbald von England trennen würde. Nur allein das Papstthum ist ihm zur Zeit noch gefährlich.

Dahin hat uns nun die pentarchische Routine geführt, und wahrlich, es fehlt nur noch die Poste eines neuen Großmächts-Congresses, daß wir mit verbundenen Augen in den Abgrund hineinstürzen. Wollen wir nicht in diesen Abgrund hineinstürzen, so ist es die höchste Zeit diese Routine zu verlassen, und uns nach effectiven Machtmitteln umzusehen, gleichviel wo wir sie finden. Kehren wir also zu unserem Thema zurück.

Völker können sich nicht conföderiren sondern nur Staaten, durch ihre souveränen Organe, und das Geschäft, aus bloßen Nationalitäten durch Revolution neue Staaten zu machen, müssen wir dem Napoleonismus als seine alleinige Domäne überlassen. Was hingegen die Staatenpolitik anbetrifft, so können wir ihm nicht nur Concurrnz machen, sondern sogar überlegen sein, wenn wir nur endlich den Entschluß fassen, uns von der Bärenhaut zu erheben, und uns den Schlaf aus den Augen zu reiben. Denn freilich gehört ein offener Blick dazu, der die Dinge sieht, noch ehe sie kommen, und nicht erst hinterher, wenn sie längst gekommen sind, und nichts mehr daran zu ändern ist. Es gehört desgleichen eine Rührigkeit dazu, welche die Gelegenheit beim Schopfe faßt, und nöthigenfalls die Gelegenheit macht.

Warum konnte es denn nicht Deutschland sein, d. h. der deutsche Bund, oder dessen beide Hauptmächte, welche auf den Gedanken kamen, jene Staaten zweiten Ranges aus ihrer Zurückgezogenheit und Passivität herauszuziehen, und dieselben in die große europäische Politik einzuführen, um dadurch thatsächlich eine neue Staatenordnung anzubahnen, die sich ja ipso facto an den deutschen Bund anschließen, und in demselben ihren Stützpunkt finden würde? Aber freilich wird man nie auf solchen Gedanken kommen, so lange man selbst nicht will, daß der deutsche Bund eine politische Aktivität gewinne, sondern die gesammte Politik absichtlich in den alten pentarchischen Bahnen erhalten möchte, sollten dieselben auch so ausgefahren sein; daß man keinen Schritt darin vorwärts kommt. Immer dieses pentarchische Geipenst!

XXX.

Ein Blick auf Schweden und Spanien.

Insbefondere haben Schweden und Spanien die nächste Veranlassung sich der deutschen Politik anzuschließen, weil die beiderseitigen Interessen harmoniren. Dazu haben sie beide einen gefährlichen und übermächtigen Nachbar, dessen Zudringlichkeiten sie sich sehr gern entziehen möchten, sobald ihnen nur ein genügender Anhalt geboten wäre. Dazu

würde aber eine große Continentalmacht gehören, welche einerseits Rußland und andererseits Frankreich in Schach zu halten vermag, und eine solche Macht ist lediglich in dem deutschen Bunde gegeben. Oder vielmehr, sie würde gegeben sein, sobald der Bund selbst eine aktive Macht wäre. So lange er dies nicht ist, und nicht einmal zu werden versucht, kann freilich keine Rede davon sein, daß sich diese beiden Staaten der deutschen Politik anschließen, welche bis dahin überhaupt nicht existirt. So lange also muß Spanien sich entweder passiv verhalten, oder sich an Frankreich anlehnen. Und Schweden muß sich desgleichen passiv verhalten, oder es kann nur handeln, wo es mit hoher russischer Erlaubniß handelt, wie es bei seiner Intervention in Dänemark geschah.

Andererseits leuchtet nicht minder ein, wie nützlich für den deutschen Bund ein Einverständnis mit diesen beiden Mächten sein würde. Wie sehr dieselben früher mit der deutschen Entwicklung verflochten waren, lehrt die Geschichte. Spanien gab uns den Kaiser Karl, Schweden den Retter Gustav Adolph. Beide haben mächtig in die deutschen Religionskämpfe eingegriffen, und bei einer etwaigen Verbindung mit ihnen müßte man die Confession beachten, die dajelbst noch heute eine unmittelbar politische Bedeutung hat. Wie Schweden streng protestantisch, so ist Spanien streng katholisch. Jenes kann daher nur durch Preußen für die deutsche Politik gewonnen werden, dieses nur durch Oesterreich. Und darauf deuten auch die älteren Vorgänge hin.

Preußen trat unter dem großen Kurfürsten in die

innigste Verbindung mit Schweden, und wie die damalige brandenburgisch-preußische Armee zum großen Theil aus der schwedisch-deutschen Armee hervorging, so war es bekanntlich die Verbindung mit Karl Gustav, wodurch der große Kurfürst die Souveränität in Preußen erlangte. Seitdem löste sich das Band, und blieb eine dauernde Rivalität wegen der schwedischen Besitzungen in Deutschland. Brandenburg wünschte in den Besitz von Schwedisch-Pommern zu gelangen, und Schweden mußte sich dagegen vertheidigen, — Grund genug, um bis zum Jahre 1815 nie ein inniges Verhältniß aufkommen zu lassen. Der Anlauf dazu, den die preußische Politik unter Herzberg nahm, als Gustav III. den Krieg an Rußland erklärte, blieb erfolglos. Bernadottes Erscheinen in Deutschland war nicht durch Preußen, sondern durch die große Coalition veranlaßt. Seitdem aber Schweden keinen Fuß breit Land mehr in Deutschland besitzt, noch je zu erwerben wünschen oder hoffen darf, besteht gar kein realer Grund, der eine Verbindung mit Preußen verhindern oder auch nur erschweren könnte. Hat gleichwohl auch seitdem keine solche Verbindung bestanden, so ist das lediglich aus dem pentarchischen System, und insbesondere aus der damit verknüpften heiligen Allianz zu erklären, welche Preußen verhinderte sich mit Schweden zu engagiren, weil dies Rußland nicht erlaubt haben würde, und Preußen sich doch selbst auf Rußland stützte. Die Pentarchie wie die heilige Allianz sind aber gewesen, und jetzt hängt es lediglich von der preußischen Politik selbst ab, in welches Verhältniß man sich zu Schweden setzen will. Darin näher einzugehen ist hier nicht der Ort. Die Sache selbst ist für

Preußen von hoher Wichtigkeit. Aber die vorliegende Schrift soll nicht von preußischer Politik handeln, sondern von deutscher Bundespolitik.

In dieser Beziehung hat Spanien eine mehr direkte Wichtigkeit, weil es ein Gegengewicht gegen Frankreich bilden kann, die Sicherung gegen Frankreich aber die nächste Aufgabe des deutschen Bundes ist. Welche Bedeutung Spanien dadurch für uns gewinnt, ist leicht ersichtlich.

Unleugbar liegt die Basis der französischen Politik in dem romanischen Volkselement, und die Hegemonie über die romanischen Völker ist das Ziel, welches die Bourbonen wie Napoleon I. verfolgten. Von der germanischen Völkermasse will man zwar auch so viel als möglich beherrschen und beeinflussen, und verschmäht auch die Slaven nicht, aber das romanische Element bildet doch die natürliche Machtbasis Frankreichs, und wird auch ausdrücklich als solche anerkannt. Da ferner Louis Napoleon eine Flotte besitzt, welche seinem Oheim fehlte, wird die romanische Richtung zugleich eine mediterrane, und die mediterrane Herrschaft zu gewinnen, ist ihm vielleicht der allerwichtigste Zweck. Wie wichtig also muß Spanien für ihn sein, da es diese Absicht eben so sehr stören als fördern kann.

Betrachten wir die Sache noch etwas näher.

Die englische Herrschaft in Gibraltar ist gewiß ein Ärgerniß für Spanien, aber noch ein viel größeres Ärgerniß für Louis Napoleon, denn Gibraltar ist der Schlüssel zum ganzen Mittelmeer, den Spanien allenfalls entbehren kann, weil es selbst keine exklusive Herrschaft auf diesen Gewässern begehrt, den Frankreich aber nicht in Englands

Besitz lassen darf, oder sein eigener Plan bekommt ein garnicht zu stopfendes Loch. Denn der *lae français* bleibt eine Phrase, so lange die Engländer in Gibraltar stehen, zumal da diese englische Position zugleich einen Stüppunkt für Maroffo bildet, und dadurch die französische Herrschaft in Algerien unsicher macht.

Hier an diesem äußersten Punkte Europas kreuzen sich die verschiedensten Interessen, und an diesem Felsen dürfte vielleicht die *entente cordiale* dereinst zerschellen. Gibraltar gehört zu den festesten Plätzen der Erde, aber unnehmbar ist es nicht. War es doch im Jahre 1782 wirklich schon sehr nahe vor dem Fall. Wie es sich heute behaupten würde, wo die weittragenden Geschütze die natürlichen Bedingungen seiner Festigkeit zum Theil unwirksam machen, und die Schraube den Angriff von der Seejeite her erleichtert, steht dahin. Sebastopol ist auch gefallen. Sollte es aber fallen, — was wird aus der englischen Seeherrschaft, d. h. was wird aus England? Es kann indessen nur fallen durch eine französisch - spanische Allianz, welche bei der so eben gedachten Belagerung von 1782 auch bestand, heute aber in demselben Maße viel wirksamer sein würde, als das heutige Frankreich viel mächtiger ist als das damalige. Für England ist es darum von hohem Interesse, daß Spanien nicht der französischen Politik verfällt. Und daß dies nicht geschieht, dazu können auch die deutschen Mächte beitragen, in deren eigenem Interesse es liegt, sich Spanien so viel als möglich zu nähern. Andererseits würde dies auch für Spanien von nicht geringem Nutzen, und darum auf sein Entgegenkommen zu rechnen sein, wenn es

selbst nur in der Lage wäre, ganz frei über seine Interessen verfügen zu können. Man hat also allerdings erst Hindernisse zu überwinden, um sich Spanien zu nähern, und schwierig wird es freilich für uns sein, gegenüber dem land- und seemächtigen Frankreich, welches hart an den Pyrenäen steht, einen entschiedenen Einfluß in Spanien zu gewinnen, aber auch in demselben Maße wichtig, und jedenfalls nicht unerreichbar. Die Hauptsache wäre, daß wir selbst mit der gehörigen Energie aufträten, um dadurch Zutrauen zu unserer Politik einzuführen.

Es kommt dabei noch wesentlich in Betracht, daß neben der Harmonie der Interessen auch eine natürliche Sympathie zwischen dem spanischen und deutschen Charakter besteht, und daß das spanische Naturell nicht calculirend ist, sondern dem Gefühle einen starken Einfluß auf seine Entschlüsse gestattet. Der ächte Spanier haßt aber den Franzosen, verachtet den Italiener, liebt den Engländer nicht, aber dem Deutschen ist er geneigt, und fühlt sich ihm verwandt. Dasselbe zeigt sich in spanischen Amerika, wo man den Yankee haßt und den Deutschen liebt. Es muß also wohl eine innere Uebereinstimmung bestehn. So ist es auch unter allen Romanen allein der Spanier, welcher eigentlichen Humor entwickelt, weil er etwas dem deutschen Gemüthe Ähnliches hat, wovon Cervantes Zeugniß giebt. Und wie heimelt uns Murillo an! Er ergreift uns unmittelbar, während wir den Rafael studiren müssen. Und so steht die ganze spanische Kunst dem deutschen Gemüthe viel näher als die italienische. Desgleichen findet man in den Sitten und Einrichtungen der Spanier gar viele germanische, und

gradezu deutsche Züge, namentlich Abneigung gegen die Centralisation, und ein freies Gemeindeleben, sogar freier als bei uns. Die alte Hermandad war den deutschen Städtebünden ähnlich, und in den modernen Juntas tritt ein naturwüchsiger Föderalismus hervor, mit einem autonomen Selbstgefühl, welches für einen französischen Centralisationsmann ganz unbegreiflich sein muß, womit man aber den sechsjährigen Kampf gegen Napoleon bestand. Auch hat die Regierung des deutschen Kaisers Karl V. manche Erinnerungen und Nachwirkungen hinterlassen. Man nennt ihn in Spanien immer noch seinem kaiserlichen Charakter, also Carlos quinto, während er als spanischer König vielmehr Karl I. heißen müßte, wie man aber niemals sagt. Noch heute findet man verschiedentlich das Emblem seiner Herrschaft, den deutschen Reichsadler, der sogar über dem Thore von Gibraltar in Stein gehauen ist, wo er sich jetzt sonderbar genug ausnimmt.

Man sieht, der deutsche Reichsadler muß doch einmal etwas bedeutet haben, daß der stolze Spanier ihn nicht als Wappen verschmähte, und der stolze Britte dieses Denkmal deutscher Herrlichkeit achtete. Wohin könnte wohl dieser Vogel fliegen, wenn er einmal als ein neuer Phönix aus seiner Asche erstände?

XXXI.

Der deutsche Bund als Grundlage einer neuen Staatenordnung.

Wöchte er bald wieder aufstiegen, dieser Vogel! Und er kann es thun, wenn jeder deutsche Staat eine Feder in seine Schwingen einfügt, wenn ein fester Wille seine Muskeln belebt, und ein klarer Gedanke sein Auge erleuchtet.

Hoch fliegt der königliche Adler, und so muß die deutsche Politik einen hohen Standpunkt einnehmen, oder es wird nie eine deutsche Politik geben. Sie hat entweder gar kein Princip, oder es muß ein weit umfassendes sein.

Es darf daher nie unser Ziel werden, den deutschen Bund in einen centralisirten Körper zu verwandeln, und um deswillen nöthigenfalls zu verkleinern, sondern man muß ihn erweitern. Auch darf man in dieser Erweiterungstendenz sich nicht auf das unmittelbar Angrenzende beschränken, wie auf Holland, Belgien und die Schweiz, sondern man muß den Blick auf ganz Europa richten, wo sich irgend ein Anknüpfungspunkt darbietet.

Natürlich kann es dabei nicht unsere Meinung sein, fernliegende Staaten dereinst zu förmlichen Gliedern des deutschen Bundes zu machen, aber sie können doch sehr wohl die Richtung der deutschen Politik theilen, und je mehr diese Politik zur Entwicklung gelangt, um so mehr muß

sie ja auch das fern liegende umfassen. Was daraus entstehen kann und soll, ist nichts anderes als eine Symmachie d. h. eine Kampfgenossenschaft, wie es die alten Griechen nannten, und was man in der heutigen Sprache eine Coalition nennt. Aber freilich keine Coalition zu einem bloß augenblicklichen Zweck, sondern mit der entschiedenen Absicht dem europäischen Staatensystem eine neue Ordnung und einen neuen Halt zu geben, nachdem die Auflösung der alten Ordnung, wie das Bedürfnis eines neuen Halttes gleicherweise vor Augen liegen.

Daß in einer solchen Coalition, so bald sie einmal zur Wirksamkeit gelangt, insbesondere auch England eine wesentliche Stellung einnehmen wird, ist selbstredend. Wir aber haben auf die Haltung Englands keinen direkten Einfluß, und soll es zu uns kommen, so muß es aus seinem eigenen Antriebe kommen. Auch wird es kommen, so bald es eine große Continentalmacht begründet sieht, die ihm gestattet sein Verhältniß zu Frankreich zu lösen, ohne sich selbst der Gefahr der Isolirung auszusetzen. Eine solche Continentalmacht ist weder Preußen noch Oesterreich, sondern kann nur aus der Totalität des deutschen Staatensystems hervorgehen.

Darum ist es der deutsche Bund im eigentlichen Sinne, welcher den Kern des Ganzen zu bilden hat. Und darum müssen seine Glieder auch viel inniger verbunden sein, als die ferner stehenden Genossen der Coalition. Verbunden durch ein gemeinsames Organ ihres souveränen Willens, als einer Bundes-Centralgewalt, damit der Bund als eine Gesamtmacht aufzutreten vermag. Sobald dies geschieht,

wird eine deutsche Politik beginnen, und der deutsche Bund der Mittelpunkt des europäischen Staatensystems werden.

In passiver Weise ist er ja dies schon bisher gewesen, und sogar dafür anerkannt. Er bildete den Schlußstein des europäischen Gleichgewichts, wie es 1815 begründet wurde. Und eben deshalb erscheint er selbst in seiner passiven Existenz für Frankreich noch immer so wichtig, und den französischen Projekten so hinderlich, daß es ihn gar sehr zu sprengen wünscht. Eben deswegen aber, weil Frankreich dies wünscht, wünscht Rußland es nicht, sondern es wünscht den deutschen Bund zu erhalten, und hat dazu seine guten Gründe.

Es denkt darüber, wie zu seiner Zeit Napoleon I. über die Türkei. Der sagte einmal zu Alexander I., er sehe die Türkei wie einen Sumpf an, welcher die nützliche Eigenschaft habe Frankreich und Rußland auseinander zu halten. Jetzt möchte nun Rußland diesen türkischen Sumpf in fette Wiesen verwandeln, und dafür Deutschland als Sumpf benutzen. Das ist die Ehre, die es dem deutschen Bunde anthut. Er soll eine nützliche Barrière gegen Frankreich sein, nur bei Leibe sich nie unterstehen, selbst als eine aktive Macht aufzutreten. Das will Fürst Gortschakoff niemals gestatten. Natürlich, vorausgesetzt, daß man ihn darum fragt. Und warum sollte man das wohl thun?

Heraus also aus diesem sumpfigen Dasein, worin man uns erhalten möchte! Heraus aus dieser unwürdigen Lage, in der wir, ohne je selbst etwas zu thun, nur ewig zwischen links und rechts schaukeln! Wir können uns selbst genügen,

und bedürfen keines Protektors, sobald nur der deutsche Bund sich wirklich zu einer Gesamtmacht gestaltet.

Fort desgleichen mit diesem konservativen Sammer, über den Verfall der bestehenden Ordnung. Was heißt es, die bestehende Ordnung in Europa erhalten, wo Königreiche und Großherzogthümer über Nacht verschwinden, und welche Bestandkraft muß diese Ordnung wohl haben? Mag stürzen was nicht halten will, für uns ist die Hauptsache, daß wir selbst zusammenhalten. Unhaltbare Zustände zu halten haben wir nicht die Macht, und noch weniger den Beruf. Denn was ist überhaupt die bestehende Ordnung Europas noch Anderes als die Thatsache, daß Frankreich und Rußland allein etwas auf dem Continent bedeuten, und Deutschland nichts bedeutet? Nein, diese Ordnung der Dinge wollen wir nicht erhalten, und protestiren dagegen als eine empörende Unordnung. Eben so wenig wollen wir die alte Pentarchie aus ihrem Grabe erwecken und restauriren, wobei Deutschland doch wieder nur in die Brüche fiele, und ewig der Sumpf bliebe. Wir wollen nicht conserviren und restauriren, sondern organisiren und reformiren, und zu der neuen europäischen Ordnung, welche wir anstreben, soll die Reform des Bundes selbst die Grundlage bilden.

Jetzt fassen wir in der Kürze zusammen, was zu solcher Reform gehört.

XXXII.

Was dem deutschen Bunde Noth thut.

Ein souveränes, handlungsfähiges Bundesorgan gehört dazu, und für dieses Organ wiederum ein politisches Princip. Endlich zu dem Princip auch noch das Selbstvertrauen zu seiner Kraft, die Zuversicht das Ziel zu erreichen, kurz der Glaube.

Es ist nicht nur ein Bibelwort, daß der Glaube Berge versetzt, sondern es ist zugleich eine geschichtliche Erfahrung, daß sich nur solche Nationen erheben und Großes verrichten, welche an ihren Beruf glauben, und so lange sie daran glauben. Denn es giebt auch einen politischen Glauben, und wie es der religiöse Glaube ist, welcher die Kirche erbaut, so ist es der politische Glaube, wodurch die Staaten erstarken. Ueberfällt sie der Zweifel, so holt sie der Teufel, da mit dem Selbstvertrauen auch das Vertrauen Anderer entschwindet, und die Macht ist dahin. Wie es also zu jedem tüchtigen Menschen gehört, daß Kopf und Herz zusammen stimmen, so gehört es sich auch für den Staatsmann, weil das Staatsleben selbst doch immer ein Spiegel der menschlichen Natur ist. Wo der Kopf bezweifelt was das Herz will, oder das Herz nicht glaubt an das was der Kopf erdenkt, da ist nur ein gebrochenes Wesen. Darum sagt man: Kopf und Herz an der rechten Stelle, und nennt den Muthigen herzhast. Muth aber fordert die Politik ganz eben so sehr als Verstand, und er fehlt oft am meisten.

Der Napoleonismus besitzt drei Dinge: einen souveränen Willen, ein Princip, wonach dieser Wille handelt, und endlich den Glauben an dieses Princip. Darauf beruhen seine Erfolge, und sie werden wachsen, so lange bis wir ihm in gleicher Rüstung entgegentreten. Dem deutschen Bunde fehlt bis jetzt noch alles Dreies. Also ein souveränes Willensorgan, ein politisches Princip für dieses Organ, und der Glaube an dieses Princip, — das ist es, was dem deutschen Bunde Noth thut.

XXXIII.

Schluß.

Nachdem unsere Untersuchung vollendet ist, gehen drei Hauptresultate aus derselben hervor, welche wir dem geneigten Leser hier noch ausdrücklich vor Augen stellen wollen.

- 1) Die Bundesversammlung, oder der Bundestag ist ein jeder Entwicklung unfähiges Institut, und sind daher auch keine weiteren Versuche damit zu machen, sondern wenn wir für das deutsche Bundeswesen irgend einen Fortschritt hoffen, so müssen wir schlechterdings über den Bundestag hinaus.
- 2) Dahingegen trägt der deutsche Bund selbst einen lebensvollen Keim in sich, der nur einer ge-

schickten und sorgsamem Pflege bedarf um kräftig empor zu wachsen, und allmählig wird ein Baum daraus, der die Völker überschattet. Dieser Keim liegt frei und offen in der Grundverfassung des Bundes selbst, und es bedarf zu seiner Entwicklung keiner Veränderung derselben, sondern man soll ihn nur wachsen lassen, dann wird er auf diese Verfassung selbst zurückwirken, und was uns sonst noch Noth thut, führt die Praxis herbei. Laßt uns nur einen einzigen großen Bundeskrieg bestanden haben, und die deutsche Einheit wird fester gekittet sein, als es durch ein Menschenalter von Parlamentarismus möglich wäre, und wir werden auf einmal auch im politischen Sinne des Wortes eine Nation sein, was wir jetzt nur ethnographisch sind.

- 3) Es ist daher ein verhängnißvoller Irrthum, wenn die Mißachtung, welche den Bundestag trifft, auf den Bund selbst übertragen wird. Und eben dieser Irrthum ist es, der seit zwölf Jahren alle deutschen Bestrebungen erfolglos machte, weil er uns dazu verleitet, den realen Boden der gegebenen Verhältnisse zu verlassen, und statt dessen für die deutsche Einheit ein Luftschloß zu erbauen.

Haben wir nun gezeigt, was dem deutschen Bunde Noth thut, damit der in ihm liegende Keim zu seiner Entwicklung gelange, so wollen wir schließlich auch noch sagen, was dem deutschen Publikum Noth thut, wenn es ihm mit seinem Verlangen nach deutscher Einheit ein wirklicher Ernst ist.

Es thut ihm Noth, daß es zu Verstande kommt. Denn ganz verstandlos, um nichts Schlimmeres zu sagen, ist dieses Schmähen und Loben, womit man über den Bund herfällt, über seine Hinfälligkeit und Schwäche sogar spottend frohlockt, und sein baldiges Ende erhofft. Ach, sie wissen nicht was sie thun! Sie wissen nicht, daß eben dieser Bund der letzte Rettungsanker ist, der uns in dem bevorstehenden Schiffbruch des europäischen Staatensystems geblieben. Und zerrisse dieser Anker, — wie wird die deutsche Arche an den Klippen zerfellen, und wer wird ihre Trümmern aufraffen!?

Das ist es ja eben, worauf man in Paris lauert und hinarbeitet. Denn um ohne Bild zu sprechen, man weiß in Paris, wie eben dieser deutsche Bund die Möglichkeit in sich trägt eine deutsche Gesamtmacht auf die Beine zu bringen, und eine solche Macht hätte man zu fürchten. Zerfällt aber der deutsche Bund, so entschwindet selbst die Möglichkeit einer solchen Gesamtmacht, sondern es bliebe nur noch Oesterreich, und Preußen, und Baiern, und Hannover u. s. w., und mit allen diesen wird man sich leicht arrangiren. Ein neuer Rheinbund ist als Projekt schon fertig.

Wenn Gott verderben will, sagt das Sprichwort, dem nimmt er den Verstand, und danach scheint es wohl, wir sind schon verloren. Denn wer will es leugnen, der Verstand ist fort. Aber das Sprichwort sagt auch: Gott verläßt keinen Deutschen, und so bleibt uns immer die Hoffnung den verlorenen Verstand noch wieder zu finden, und hätte er sich auch so weit verirrt, daß wir ihn im Monde

suchen müßten, wie weiland den verlorenen Verstand des rasenden Roland, von welchem Ariosto singt. Ja er wird sich wieder finden dieser verlorene Verstand, wenn man im Lande der Denker nur endlich wieder anfängt wirklich zu denken, und sich des Gefasel und Gephraße zu entschlagen, welches seit lange die Stelle des Gedankens einnahm.

Das ist es, was dem deutschen Publikum Noth thut. Was hingegen den deutschen Regierungen Noth thut, können sie sich nach dem Vorstehenden selber sagen.




~~~~~  
Druck von Gebrüder Grunert in Berlin, Kartgrafenstr. 18.  
~~~~~






3 2044 017 927 245



